

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

**Lothar Rühl,
Deutschland:**
Die strategische Lage
zum Jahreswechsel

Gustav Gressel:
Strategische Überlegungen zur
amerikanischen Raketenabwehr

**Romedio Thun-Hohenstein,
Deutschland:**
Der Krieg in Italien
von 1943-1945

Günter Greimel:
Abrüstung - Rüstungskontrolle von
nuklearen Massenvernichtungswaffen
- Nonproliferation

1/2012



ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Lothar Rühl

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Gustav Gressel

Strategische Überlegungen zur amerikanischen Raketenabwehr

Romedio Thun-Hohenstein

Der Krieg in Italien von 1943-1945

Günter Greimel

Abrüstung, Rüstungskontrolle von nuklearen Massenvernichtungswaffen, Nonproliferation

Rolle des BMLVS im gesamtstaatlichen Zusammenhang

Zusätzlich in der Printausgabe

Anton Oschep

10 Jahre Freiwilligenstreitkräfte in Spanien (Teil 1)

Thomas Nowotny

Welche Rolle kommt dem Militär in einer interdependenten Welt zu?

Harald Pöcher

Das Schicksal der japanischstämmigen Bevölkerung in Amerika während des Zweiten Weltkrieges

Ein in Europa nahezu unbekanntes Stück Zeitgeschichte

Mario Strigl

Generalleutnant Gustav Golja

Kommandant der Fliegerdivision 1977-1984

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Lothar Rühl

Vor dem Hintergrund der fortdauernden Finanzkrise in den USA, die unterschiedliche Wirkungen auf die Weltwirtschaft und insbesondere auf die Länder Europas hat, spielen sich 2011 die internationalen Ereignisse strategischer Bedeutung in Gestalt mehrerer schwerer Krisen ab, die die geopolitischen und strategischen Grundlagen der betroffenen Regionen Nordafrikas, Ostafrikas und des Nahen Ostens erschütterten, während in Südwestasien Krieg und staatliche Destabilisierung ihren Lauf nahmen und das Tsunami-Unglück in der Atomreaktoranlage von Fukushima in Japan über das Land hinaus politische Folgen, insbesondere in Deutschland, aber auch für die Risikoeinschätzung nuklearer Technologie und der Kernenergie allgemein zeitigten.

Diese teils revolutionären Entwicklungen werden sich in den kommenden Jahren voraussichtlich fortsetzen und die Dynamik der internationalen Anarchie gegen jede Ordnungspolitik und kollektive Sicherheit verstärken, obwohl die USA, UNO und NATO in Afghanistan und in Libyen, USA, UNO, EU und Russland auch im Nahen Osten mit dem „Nahostquartett“ zwischen Israel und den Palästinensern positive Entwicklungen in Richtung auf freiheitliche und demokratische Ordnungen zu lenken und Sicherheit zu stiften suchen. Dem sollte von Europa aus die militärische Hilfe für die libyschen Rebellen gegen die Diktatur Ghadafis dienen. Dieser Hilfe wurde nach dem Erfolg ein wirtschaftliches und humanitäres Nothilfeprogramm für eine Übergangszeit hinzugefügt und dem revolutionären Nationalen Übergangsrat als provisorischer Regierung internationale Anerkennung mit dem libyschen Sitz in der UNO verschafft und die gegen das Libyen Ghadafis verhängten Sanktionen gelockert und staatliche Guthaben freigegeben. Die OPEC räumte der erfolgreichen Rebellion den Platz Libyens unter den in ihr zusammengeschlossenen Erdöl exportierenden Staaten ein.

Die allgemein gebrauchten Lösungsworte der internationalen, von den westlichen Ländern noch bestimmten Politik lauten „Stabilität“, „Stabilisierung“ und „Transformation“. Doch es war im Laufe des Jahres 2011 über die allgemeinen Ziele wie „Demokratie“ und „Freiheit“ hinaus nicht mehr überall erkennbar, was „Stabilität“ bedeuten, was „stabilisiert“ und wie was wozu „transformiert“ werden sollte. Dies trat mit Eklat in Afghanistan, Pakistan und Tadschikistan in Zentralasien, ohnehin ein noch verhangener Schauplatz künftiger Krisen, aber v.a. auch in der „arabischen Rebellion“ in Nordafrika und im Nahen/Mittleren Osten hervor. Diese revolutionären Prozesse waren 2011 noch nicht abgeschlossen, sondern, im Gegenteil, noch an ihrem Beginn.

Tatsächlich war in den vergangenen Jahren v.a. die westliche Koalitions- und Allianzpolitik mit ihren Strategien in eine Sinnkrise geraten, in der die Orientierung verloren zu gehen und die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu erstarren droht.

Dies trifft besonders die politisch und militärisch aktiv engagierte NATO, deren drittes „Neues Strategisches Konzept“ seit 1991 zwar die Herausforderungen benennt und Leitsätze dazu formuliert, aber aus dem keine konkreten Verpflichtungen der NATO-Partner für die Bereitstellung von einsatzfähigen Kräften und materiellen Ressourcen, z.B. zu wirksamer „Aufstandsbekämpfung“ (counterinsurgency), Methoden zur aktiven Abwehr von elektronischen „Cyber“-Attacken auf die kritische Infrastruktur der Länder oder zum Kampf gegen die Piraterie abzuleiten sind. Dieses Konzept vom Dezember 2010 war im Wesentlichen mehr ein gelungenes diplomatisch-rhetorisches als ein programmatisch-strategisches Exerzitium. Auch das Verhältnis von kollektiver Verteidigung des Bündnisgebietes und Allianzaktionen für die internationale Sicherheit außerhalb wurde nicht mit ausreichender Verbindlichkeit konkretisiert. Das Konzept von 2010 kann die Wege der NATO auf dem Feld der internationalen Sicherheit zur Krisenbeherrschung weisen, bietet aber weder eine umfassende Wegekarte noch Ausrüstung für lange Märsche über weite Entfernungen und Einsätze mit offenem Ende. Die „Koalitionen der Willigen und Fähigen“ im Bündnis und darüber hinaus, seit der Präsidentschaft Bill Clintons in den USA favorisiert, von Präsident George Bush Jr. forciert, dürften endgültig zur Regel werden wie jüngst in Libyen 2011 - NATO-Einsätze mit allen Mitgliedern die Ausnahme. Das nahende Ende des Einsatzes der NATO in Afghanistan mit Kampftruppen bis Ende 2014, das 2011/12 begonnen hat, wird darüber weiteren Aufschluss geben.

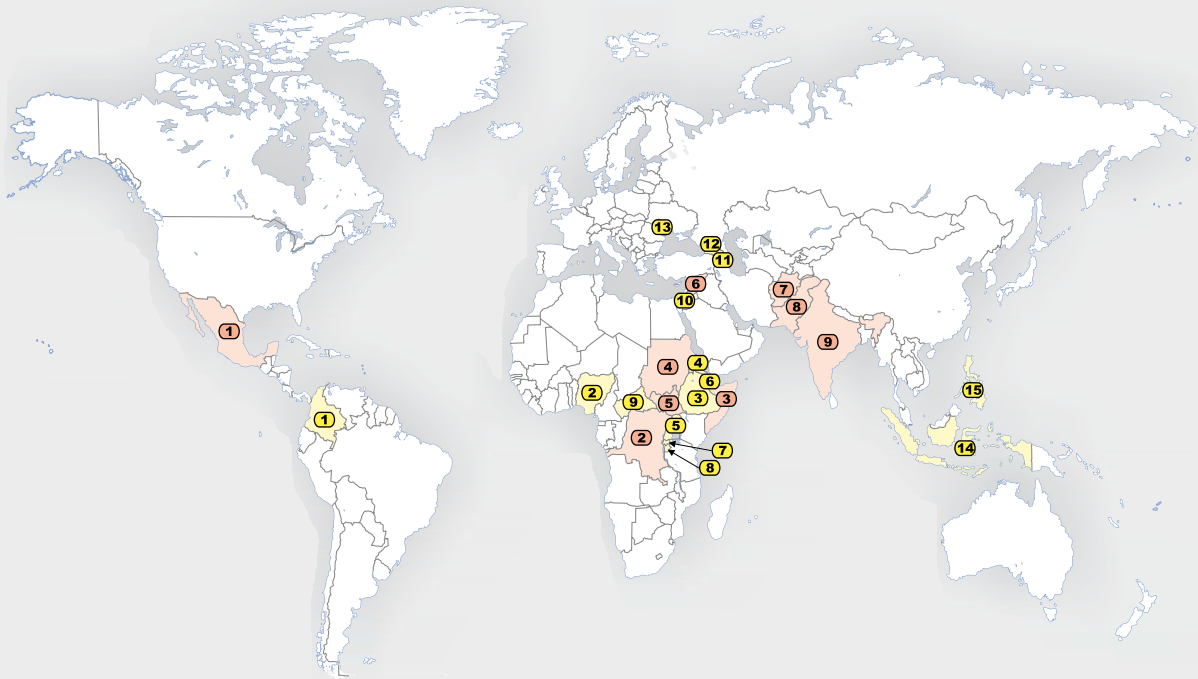
Die Verschiebung der Machtverhältnisse mit der fortgesetzten und von der globalen Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die zunächst inneramerikanische Finanzkrise, beschleunigten Veränderung der Korrelation der ökonomischen, gesellschaftlichen, innovativen und militärischen Kräfte setzte sich fort. Der scheidende Präsident der Europäischen Zentralbank, der Franzose Jean-Claude Trichet, nannte diese Krise im Sommer „die schwerste“ seit dem Zweiten Weltkrieg. Das französische Weißbuch zur Nationalen Verteidigung 2012 wird zum ersten Mal ökonomische und ökologische Krisen als „ruptures stratégiques“ oder Bruch von Grundlinien und Konstanten strategischer Konstellationen aufführen.

Die Finanzkrise breitet sich seit 2008 von den USA her über den Atlantik aus, und es gelang Präsident

Barack Obama 2011 nicht, die Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit wirksam einzudämmen oder die grassierende Arbeitslosigkeit zu verringern - v.a. wegen einer ideologisch verhärteten Konfrontation

zwischen den beiden großen Parteien im Kongress und der fortdauernden radikalen Polarisierung in der öffentlichen Debatte. Der Präsident hat in der Perspektive des Wahljahres 2012 wegen des Verlusts der traditionellen

Wesentliche Konfliktherde 2011



OFFENE KONFLIKTE

- ① MEXIKO:**
heftig geführter Kampf der Regierung gegen Drogenbanden mit Tausenden Opfern;
- ② DEM. REP. KONGO:**
bürgerkriegsähnliche Zustände in mehreren Provinzen unter Beteiligung verschiedener Rebellen Gruppen;
- ③ SOMALIA:**
unverminderte Piraterie vor der Küste, im Land Kampf der Regierung gegen al-Shabaab-Miliz sowie fortgesetzte militärische Interventionen der Nachbarstaaten;
- ④ SUDAN:**
Kämpfe in der Darfur-Provinz;
- ⑤ SÜDSUDAN:**
gewaltsame Auseinandersetzungen verschiedener Gruppierungen nach Staatsgründung;
- ⑥ SYRIEN:**
Kampf der Armee gegen Proteste mit beginnenden Zügen eines Bürgerkriegs;
- ⑦ AFGHANISTAN:**
Fortsetzung der NATO-Operationen gegen Taliban;
- ⑧ PAKISTAN:**
ungelöste Nationalitätenkonflikte und fortgesetzte Afghanistan-Problematik;
- ⑨ INDIEN:**
Kaschmirkonflikt, Grenzkonflikt mit Pakistan;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- ① KOLUMBIEN:** weitere Aktivitäten der FARC;
- ② NIGERIA:**
Guerillakrieg im Nigerdelta, Übergriffe von Islamisten auf Christen;
- ③ ÄTHIOPIEN:**
Grenzstreitigkeiten mit Eritrea, Kampf gegen Rebellen Gruppen;
- ④ ERITREA:**
Grenzstreitigkeiten mit Äthiopien und Dschibuti, Kampf gegen Rebellen Gruppen;
- ⑤ UGANDA:**
fortgesetzter Kampf gegen Lord's Resistance Army mit dem verstärkten Bemühen, den Anführer Joseph Kony zu fangen;
- ⑥ DSCHIBUTI:**
Grenzstreitigkeiten mit Äthiopien und Eritrea, Kampf gegen Rebellen Gruppen;
- ⑦ RUANDA:**
interner ungelöster Nationalitätenkonflikt zwischen Hutus und Tutsis;
- ⑧ BURUNDI:**
Nationalitätenkonflikt zwischen Hutus und Tutsis, Teilnahme an den Konflikten im Kongo;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- ⑨ ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK:**
Kampf gegen Lord's Resistance Army und andere interne Rebellen Gruppierungen;
- ⑩ ISRAEL:**
weiter ungelöster Nahostkonflikt;
- ⑪ ARMENIEN/ASERBAIDCHAN:**
Berg-Karabach-Konflikt;
- ⑫ GEORGIEN:**
Südossetien-Problem;
- ⑬ MOLDAWIEN:**
Transnistrien-Konflikt;
- ⑭ INDONESIEN:**
Guerilla-Krieg in West-Papua;
- ⑮ PHILIPPINEN:**
Moro-Konflikt und Aktivitäten der islamistischen Abu Sayyaf;

„bi-partisanship“ für die großen nationalen Aufgaben in der Innenpolitik keine strategische parteiübergreifende Mehrheit mehr.

Dieser Verlust, der schon unter seinem Amtsvorgänger destruktiv wirkte, beeinträchtigt die strategische Handlungsfähigkeit in der Außenpolitik. Sein Appell an die Staaten der Euro-Währungsunion im September 2011, auf einem Höhepunkt der griechischen Staatsfinanzkrise, ihre Haushalts- und Schuldenprobleme unter Kontrolle zu bringen, samt seiner Warnung vor „globalen Folgen“, d.h. vor einer Eskalation in eine Weltwirtschaftskrise, war kein Ausdruck der Stärke und Autorität, sondern eher ein Zeichen der Schwäche. Was sollten die USA auch tun?

Schließlich forderte die OECD Mitte September die USA und die EU-Staaten auf, ihre Finanzen, Haushalte und Verschuldung unter Kontrolle zu bringen, um eine Weltwirtschaftskrise zu verhüten.

Dies tat auch der chinesische Regierungschef Wen Jiabao Mitte September auf dem Weltwirtschaftsforum in Dalian gegenüber Amerika und Europa mit der Aufforderung, „ihr Haus in Ordnung zu bringen“. Die EU solle „die weitere Ausbreitung der Schuldenkrise verhindern“. China habe „in der Staatsschuldenkrise wiederholt Bereitschaft gezeigt, eine helfende Hand auszustrecken“ und sei auch weiter bereit, „europäische Staatsanleihen zu kaufen und in die EU-Länder zu investieren, besonders in die Realwirtschaft“. Der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen durch die EU sei aber dazu notwendig – eine kritische Bemerkung und ein Hinweis, dass Peking handelspolitische Gegenleistungen erwartet. Die USA müssten ihre Verbindlichkeiten abbauen, das Haushaltsdefizit verringern und neue Arbeitsplätze schaffen.¹⁾

Diese öffentliche Ermahnung durch China zeigt die Veränderung des Verhältnisses an. Es ist in diesem Kontext nicht unbedeutsam, dass kurz zuvor der erste in China gebaute Flugzeugträger vom Stapel lief. Chinas maritime Strategie entfaltet sich für operative Fähigkeiten und signifikante Flottenpräsenz in den Randmeeren und in den Ozeanen. Dies ist auch eine strategische Herausforderung Amerikas und eine beginnende Machtdemonstration gegenüber dem westpazifischen Raum, Südostasien und Indien, ein Signal für eigene militärische Interessenwahrung im Indischen Ozean zum Golf und auf dem Weg nach Afrika,²⁾ wo China in Konkurrenz zu Amerika seine wirtschaftliche Präsenz verstärkt, v.a. im Bergbau und in der Agrarwirtschaft.

Auch wenn die Begrenzung der amerikanischen Handlungsfreiheit und die unter George Bush Jr. wegen des Irakkrieges von 2003 erlittene Einbuße an internationalem Ansehen der USA das politische Gewicht Amerikas reduziert haben und die amerikanische Wirtschaft unter der Last ihrer Finanzkrise in der beginnenden Rezession wankt, bleiben die USA die mit großem Abstand zu allen anderen Staaten stärkste Militärmacht, eine der führenden Technologiemächte und die einzige global handlungsfähige Weltmacht wie die größte Volkswirtschaft der Welt. Dabei sind sie aber nicht länger unabhängig von Allianzen und Koalitionen, internationalen Kompromissen und internationaler Unterstützung samt Legitimation ihres Handelns.

Dies zeigte sich besonders im Verhältnis zu China, dem größten Gläubiger der USA und mit mehr als drei Billionen USD das Land mit den größten Währungsreserven, aber mit einem nach zehn Jahren von offiziellen 10,5% (Wen Jiabao)³⁾ auf maximal etwa 9% zurückgegangenen Wirtschaftswachstum. China ist von seinen Schuldnern und von seinen Handelspartnern, in erster Linie Europa und Amerika, für seine eigene Wirtschaft abhängig, zumal viel eigenes Kapital in China selbst unproduktiv in ungenutzte Infrastruktur und Hochhausbauten angelegt wurde, die sich nicht rentieren und also totes Kapital bilden werden.

Die Abhängigkeit von fossiler Energie, v.a. vom Erdöl, teilt Amerika zu unterschiedlichen Graden mit allen anderen Industrieländern und den Entwicklungsländern in einer schärfer werdenden Konkurrenz um Ressourcen. Diese Konkurrenz trifft auch China und Indien wie Japan, Europa oder Brasilien. Der steile Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts Chinas im Durchschnitt um die 8% p.a. real (unterhalb der regierungsamtlichen Aussage) wird nicht anhalten können, wenn die Rohstoffe knapper und teurer werden.

Keines der asiatischen Länder oder die EU beherrscht Weltmärkte oder dominiert ökonomisch Amerika. Alle sind mehr oder weniger vom Welthandel und vom internationalen Kapitalverkehr wirtschaftlich abhängig. Insofern entsteht im globalen Machtgefüge durchaus eine „multipolare“ Machtverteilung im relativen Sinne: Alle sind Krisen gegenüber exponiert und nach außen wie im Inneren nur beschränkt handlungsfähig. Selbst in seiner Schwäche und im Taumeln bestimmt das amerikanische Schwergewicht noch immer den Zustand der Weltwirtschaft.

Amerika aber kann nach zwei Kriegen im Orient und dem nicht auf beständige Ziele fokussierbaren Antiterrorkampf, der zwar noch nicht global, aber doch in Afrika wie in Asien gegen den transnationalen Terrorismus geführt werden muss, das Schwergewicht seiner noch immer überlegenen Militärmacht nicht im Regelfall als Instrument seiner Politik zur Bewältigung von Krisen und Entscheidung asymmetrischer Konflikte in Guerrillasituationen einsetzen. Libyen ist eine Ausnahme, wobei die USA sich an der militärischen Intervention in den als Aufstand gegen die Unterdrückung begonnenen Bürgerkrieg zwar mit Kampfflugzeugen und wohl auch mit einzelnen kleinen Gruppen von Spezialkräften beteiligten, aber doch später deutlich zurückhielten und jeden Einsatz von Bodentruppen (in Übereinstimmung mit der UNO) ablehnten. Somit waren das aktive militärische Engagement und das Risiko, in einen neuen langen Krieg hineingezogen zu werden, begrenzt.

Die „arabische Rebellion“ als strategischer Faktor der internationalen Politik

Das wohl bedeutendste Ereignis ist die „arabische Rebellion“, eine Serie von Aufruhr gegen Diktatur, Unfreiheit und perspektivlose Lebensverhältnisse in bisher sechs arabischen Staaten. Sie begann in Tunesien zur Jahreswende

2010/11 und brach nach der Flucht des Diktators Ben Ali, der sich mit seiner Familie rücksichtslos bereichert hatte, am 14. Januar ins saudische Exil, im Februar/März 2011 in ihrer ganzen geopolitischen Breite aus. Damit wurde sie zu einem strategischen Faktor der internationalen Sicherheit weit über ihre regionale Bedeutung hinaus. Sie wurde wegen des ersten Höhepunkts im März auch „der arabische Frühling“ genannt.

Im Februar 2011 wurde in Ägypten der gleichfalls diktatorisch mit dem permanenten Ausnahmezustand seit 30 Jahren regierende Präsident Hosni Mubarak unter dem Druck der Protestdemonstrationen nach schweren Unruhen mit mehreren hundert Todesopfern, wahrscheinlich von der hohen Generalität, zum Rücktritt gezwungen, aus Kairo in eine Art Schutzhaft in seiner Residenz in Scharm-el Scheik genommen und später unter dem Druck der Proteste vor Gericht gestellt. Am 11. Februar übernahm ein „Hoher Militärrat“ zunächst provisorisch die oberste Exekutivgewalt und damit praktisch die Macht. Die Demonstrationen dauerten, zunächst im Schutz der Armee, an; sie richteten sich gegen das gestürzte Regime und auf politische Freiheiten, eine demokratische Verfassung, freie Wahlen zwischen frei gegründeten politischen Parteien, Rechtsstaatlichkeit mit einer unabhängigen Justiz und soziale Reformen, aber eben auch auf Arbeit und guten Lohn für alle.

Das ganze Programm sollte so schnell wie möglich verwirklicht werden, was sich aber als unmöglich erwies, da die politischen und sozialen Kräfte sich zunächst selber identifizieren, organisieren und programmatisch wie personell aufstellen mussten - wie dies in Tunesien auch der Fall war. Als stärkste Kraft erschien die Muslimbruderschaft der Islamisten, die sich zunächst zurückgehalten hatten. Zwischen den Aktivisten der Demokratiebewegung und dem Militär entstand ein ambivalentes und unsicheres Bündnis auf Zeit für einen geordneten Übergang in den geforderten und vom Militärrat zugesagten Verfassungsstaat - eine „alliance de circonstance“, von den Umständen vorgegeben. Elemente des Konflikts zwischen dem Militär, das ja Mubaraks Armee gewesen war, und der zivilen Demokratiebewegung lagen in dieser Situation und dem von dieser erzwungenen politischen Arrangements für den Moment.

Die inneren Widersprüche und Gegensätze dauern an. Die Frage nach dem Resultat blieb im Herbst 2011 offen. Der wilde Sturm von Aktivisten, in dem auch wieder der Mob tobte, auf die israelische Botschaft in Kairo im September nach einem Grenzzwischenfall zu Israel - von palästinensischen Terroristen auf israelischer Seite durch einen Überfall auf einen israelischen Bus provoziert - mit fünf im Schusswechsel eher unglücklich und zufällig getöteten ägyptischen Grenzern legte die Realität bloß: die Fragilität der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Ägypten, der politischen Autorität und der tatsächlichen Kraft der ägyptischen Militärführung, die Unklarheit über deren wirkliche Ziele und der Basis des ägyptisch-israelischen Friedens.

Schon von Beginn der Protestbewegung an war dieser Friede von militanten Demonstranten und einigen politischen Gruppen mit der Forderung in Frage gestellt

worden, den Friedensvertrag von 1979 entweder aufzukündigen oder abzuändern.

Auch waren in den vergangenen Jahren immer wieder israelische Fahnen auf Kairoer Straßen verbrannt worden.

Während Saddam Hussein im Kuwaitkrieg 1991 Raketen auf Israel abfeuern ließ, jubelten nicht nur die palästinensischen Volksmassen, sondern auch die ägyptischen. Aber das autoritäre Regime in Kairo verlor niemals die Kontrolle. Mubarak stand zu Sadats Frieden mit dem Erzfeind Israel und verbürgte eine stabile Beziehung in gegenseitiger Sicherheit wie die Assad-Diktatur in Syrien ohne Friedensschluss und in einer politischen Konfrontation mit Israel seit dem verlorenen Koalitionskrieg vom Herbst 1973.

Doch die Qualität des ägyptisch-israelischen Verhältnisses in dem von den USA vermittelten Friedenszustand war bis zum Ausbruch der Revolution in Ägypten eine ganz andere mit amerikanischen Subsidien für Ägypten wie für Israel. Als politischer und finanzieller Klient Amerikas war und ist Ägypten dazu auch gehalten. Allein das ägyptische Militär erhält Jahr für Jahr etwa 2,2 Mrd. USD Hilfe aus USA. Die Generalität hat also gute Gründe, Frieden mit Israel und Ruhe an der Grenze zu halten. Sie ließ aber an jenem Tag im September den Angreifern gegen die israelische Botschaft lange Zeit, während der die Polizei sich passiv verhielt. Erst ein nächtlicher Anruf Präsident Obamas bei Feldmarschall Tantawi brachte ein militärisches Sonderkommando vor Ort, das dann den blutigen Spuk mit Gewalt beendete. Die Militärführung hatte zuvor schon versichert, dass Ägypten den Friedensvertrag einhalten werde. Aber am 15. September erklärte der ägyptische Ministerpräsident Essam Scharaf im Fernsehen: „Das Camp-David-Abkommen ist nicht sakrosankt. Wir könnten eine Änderung vollziehen, wenn nötig“. Er bezog dies auf „einen fairen Frieden, der der Region nützlich wäre“.⁴⁾

Die Frage ist also gestellt, ob und wie Volksfreiheit und Volksherrschaft, falls es in Ägypten tatsächlich dazu kommen sollte, sich mit Friedfertigkeit gegenüber Israel und Kooperation mit den USA verbinden werden. Diese Frage ist seit den Septemberdemonstrationen in Amman auch in Jordanien gestellt, das gleichfalls einen Friedensvertrag mit Israel hat.

Euphemistisch wird das chaotische Geschehen des Umsturzes von der Straße her von Arabern selbst „Arabisches Erwachen“ (der Fernsehsender „Al Dschasira“ hat dies als Kennzeichen erwählt) genannt. Doch diese Rebellionen werden in einigen Ländern auch von alten Stammesfehden, so in Jemen und Libyen, in Bahrain vom religiös-kulturellen Gegensatz zwischen der herrschenden sunnitischen Minderheit und der diskriminierten, die soziale Unterschicht bildenden schiitischen Bevölkerungsmehrheit, in Syrien auch vom Gegensatz zwischen den herrschenden Alawiten, einer unorthodoxen schiitischen Sekte, die rund 10% der syrischen Bevölkerung ausmacht, und der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit vorangetrieben.

Im Irak, der im Sommer 2011 keinen neuen Aufstand erlebte, aber noch immer von einer Terrorwelle

mit durchschnittlich 200 bis 250 Todesopfern im Monat, zumeist Schiiten, verunsichert wird, bleibt die religiöse und ethnische Gemengelage mit Kurden und Turkmenen im Norden und dem historischen Gegensatz zwischen der (von der Diktatur Saddam Husseins privilegierten) sunnitischen Minderheit und der schiitischen Mehrheit der arabischen Bevölkerung labil, die Wirksamkeit der Koalitionsregierung des Premiers Nuri al-Maliki auch nach den jüngsten Parlamentswahlen bei knapper Mandatsmehrheit begrenzt.

Bisher erhielt nur die Präsenz der noch 48.000 US-Soldaten, die nach der Ankündigung in Washington bis Ende 2011 abgezogen werden sollten, eine gewisse oberflächliche Stabilität in den kritischen Landesteilen im Zentrum, südlich von Bagdad und im kurdischen Norden aufrecht. Die Erklärung des scheidenden US-Verteidigungsministers Robert Gates über den Abzug des Gros der US-Truppen nach Kuwait oder Amerika rief Furcht vor den Folgen ohne die Amerikaner, deren Abzug viele Politiker seit Jahren gefordert hatten, hervor. Der Schatten des Bürgerkrieges legte sich wieder als drohende Gefahr über das Land, zumal die schiitisch-kurdische Koalitionsregierung in Bagdad den von den US-Truppen unter General Petraeus mit den sunnitischen Stämmen für die Sicherheit und den Kampf gegen die Al Qaida geschlossenen Pakt vernachlässigt und etwa 80% der von den USA in Sold genommenen sunnitischen Stammesmilizen entlassen hatte.

Der Irak bleibt also für absehbare Zeit als Unruheherd hoher Explosivkraft und als Spielfeld iranischen Einflusses auf die Schiiten des Landes erhalten. Wie die „arabische Rebellion“ über Syrien und Jordanien oder aus Bahrain auf den Irak wirken wird, lässt sich nicht abschätzen.

Dies gilt auch für das von solchen revolutionären Ausbrüchen an seinen Grenzen und von Spannungen im Innern gefährdete Königreich Saudi-Arabien mit seiner fundamentalistischen Orthodoxie der herrschenden wahabbitischen Sekte des sunnitischen Islam, die schon in den 1990er-Jahren die dschihadistische „Al Qaida“ Osama bin Ladens nährte, und für Kuwait, aber auch allgemein für alle arabischen Golfstaaten. Im konfessionellen und sozialen Gegensatz dazu lebt die schiitische Bevölkerung an der ölfreien saudischen Küste.

Damit erklärt sich auch die saudische militärische Hilfe für die bedrängte sunnitische Monarchie in Bahrain Mitte März auf dem Höhepunkt des Aufruhrs. Die zweitausend entsandten saudischen Soldaten entschieden den Ausgang der Konfrontation. Die gewaltsame Niederschlagung des überwiegend schiitischen Aufruhrs schuf zunächst wieder Ruhe an der Oberfläche in Bahrain. Aber die Probleme bleiben ungelöst wie im Irak.

Unterschiede der Rebellionen zwischen Maghreb und Nahost

Der Vergleich zwischen Nordafrika und Syrien verdeutlicht die Komplexität der so genannten „Arabischen Rebellion“, wobei das Wort Rebellion nur den politischen Definitions-mangel verdeckt und damit die Erkenntnis-lücke im Verständnis des Geschehens, das zwischen zunächst gewaltlosem Protest, Straßenrevolte und Revolution mit

schweren Ausschreitungen in der Konfrontation zwischen Sicherheitskräften der Regierungen und Demonstranten schwankt. Wahrscheinlich hat die Repression der diktatorischen Regime in Tripolis, Kairo, Damaskus und auch in Tunis die Revolte provoziert und mit der Dauer der gewaltsamen Konfrontationen die revolutionären Kräfte freigesetzt und gestärkt. Andererseits hat auch der soziale Mob mit seinen kriminellen Aktionen wie Plünderung und Brandstiftung die in allen Revolutionen hervorgetretene Rolle als Brandbeschleuniger gespielt. Jedenfalls wurden die schlimmsten Exzesse nicht allein von den Sicherheitskräften verübt, obwohl diese zunächst in Tunesien, Ägypten und Syrien hauptsächlich dafür verantwortlich gewesen waren.

In Libyen verursachte die in eine politische Revolution umgeschlagene Rebellion einen Bürgerkrieg, der im Frühjahr 2011 eine Situation zu schaffen drohte, wie sie zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs im Sommer 1936 entstanden war und zu einer Kriegsdauer von drei Jahren geführt hatte: Spaltung des Landes, mehrere Frontbildungen um die Hochburgen der Rebellion und als Gegenüber der Regierungskräfte, von denen einige monatelang umkämpft oder belagert wurden, bis die einzelnen Fronten in eine landesweite Kriegslage übergingen. So weit kam es in Libyen nicht, v.a. dank der militärischen Intervention einer kleinen internationalen Koalition, zunächst unter amerikanischer Führung, später durch die NATO, nachdem Frankreich im März vor Bengasi, das direkt von den Regierungstruppen Ghadafis bedroht war, mit Kampfflugzeugen gegen deren Panzer und Geschütze eingegriffen hatte. Doch die Gegenwehr des Regimes erwies sich als zäh und verbissen noch nach dem Fall von Tripolis im August während des Monats September v.a. in den Städten Sirte und Bani Walid, im Süden in Sabha, Hochburgen der Parteigänger Ghadafis trotz Angeboten der Rebellen, diese Städte gegen Zusicherung von Sicherheit und Straffreiheit zu übergeben.⁵⁾ Die NATO setzte ihre Luftangriffe zur Unterstützung der Rebellen auf Ghadafi-Truppen, zunächst bis Ende September, fort.

Der westliche Eingriff internationalisierte den beginnenden libyschen Bürgerkrieg auf der Basis der UNO-Sicherheitsratsresolution 1973 vom März 2011, die neben einem Waffenembargo und anderen Sanktionen zur Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen zum Schutze der Zivilbevölkerung und allen dafür notwendigen Maßnahmen ermächtigte. Damit war die „arabische Rebellion“ zum Anlass und Einsatz einer internationalen militärischen Intervention im Auftrag der UNO mit der dabei unumgänglichen Parteinahme für die bewaffneten Rebellen gegen die international anerkannte libysche Regierung geworden.

Im Sicherheitsrat hatten sich Russland, China, Indien, Brasilien und Deutschland der Stimme enthalten. Im Falle der beiden Vetomächte Russland und China bedeutete dies, dass sie die von den Westmächten auf Drängen der Arabischen Liga eingebrachte Resolution passieren ließen - also diesen nicht in den Arm fielen. Im deutschen Fall bedeutete die Enthaltung aber eine Distanzierung von der Intervention der Hauptverbündeten und damit auch eine Nichtbeteiligung an der

militärischen Umsetzung des Flugverbots über Libyen, wofür Berlin von Ghadafi ausdrücklich gelobt wurde. Diese Haltung der deutschen Regierung, die unter heftige Kritik auch in Deutschland kam, war ein politischer désaveu der Libyenpolitik der drei Hauptalliierten durch Berlin in einer akuten Krise von existenzieller Bedeutung für die libysche Bevölkerung und in einem historischen Moment der Beziehungen Westeuropas zu Nordafrika. Sie trug auch wesentlich zur Spaltung und Lähmung der EU mit ihrer „Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“ und zur Unterteilung der NATO in eine kleine, aber wirkungsmächtige „Koalition der Willigen und Fähigen“ gegenüber einer passiven Mehrheit im Verhältnis 8 zu 20 bei. Da im Maghreb und im westlichen Mittelmeer v.a. europäische Interessen liegen, war die deutsche Politik in der Libyenkrise für Europa ein schwerer Rückschlag wie ein schwerer Schlag gegen die Stellung Deutschlands in NATO und EU und eine Minderung des internationalen Ansehens und Einflusses Deutschlands. Frankreich und Großbritannien traten als die Befreier Libyens, als dessen europäische Hauptpartner und in Europa als die Führungsmächte hervor, denen auch vom neuen Regime sofort öffentlich wirtschaftliche Vorteile in Gestalt von Aufträgen für Wiederaufbau und Entwicklung, dazu Erdölgeschäfte zugesichert wurden.

Der Krieg in Libyen, der ein revolutionärer Bürgerkrieg war und mit dem Tod von Ghadafi endete, hat mehrere erhebliche politische Auswirkungen auf die internationale Situation und die Beziehungen zwischen den Mächten.

1. Die UNO-Resolution 1973 ist ambivalent, bedeutete aber unter den gegebenen Umständen im Endeffekt einen Regimewechsel durch militärische Intervention. Nur wenn der Diktator Ghadafi keinen Widerstand geleistet hätte oder dieser Widerstand unter den Schlägen aus der Luft und den Gegenangriffen der Rebellen schnell zusammengebrochen wäre, hätte es Zeit und politische Marge für eine diplomatische Lösung des Konflikts gegeben entweder durch Machtteilung oder durch Abgang des Ghadafi-Clans in ein Exil, das anfangs für den Diktator in Afrika, in Zentralamerika oder in Venezuela durchaus möglich gewesen wäre.

„Ghadafi ist nicht unser Ziel; er könnte im Lande bleiben“, erklärte zu Beginn der Intervention der Oberbefehlshaber des „U.S. Africa Command“, General Carter Ham, der die Operationen in der ersten Woche als Koalitionsbefehlshaber leitete, bevor die NATO übernahm, im amerikanischen Fernsehen CNN. Zu dieser Zeit war auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag noch nicht auf den Plan getreten.

Die internationalen Wirtschaftssanktionen wirkten schon auf die Banken ein, doch Ghadafi und die libysche Regierung in Tripolis verfügten noch über reichlich Waffen, Munition, Kämpfer, Unterstützung in Afrika, Devisen und Goldbarren, geheime Konten und Fonds, um ein Arrangement auszuhandeln oder sich zurückzuziehen, bevor das Blutvergießen die Verhandlungsoption und die Asyloption fortspülte. Sowohl die selbst ernannte Rebellenführung in Bengasi als auch inoffiziell die vier

Alliierten, die die Koalition anführten, USA, Frankreich, Großbritannien und Italien, waren zu einer schnellen Beendigung des Konflikts zu annehmbaren Bedingungen bereit, um sich einen länger hingezogenen Zermürbungskrieg mit Abnutzung ihres Kriegsmaterials und hohen Kosten zu ersparen.⁶⁾

Ghadafis taktisches Manövrieren, seine rhetorischen Ausfälle und offensichtliche psychische Störung, seine Eskalation der Gewalt mit Racheakten seiner Truppen und letztlich seine Mentalität von Wahn, Stolz und Starrsinn ließen eine „politische Lösung“ nicht zu. So musste dieser internationalisierte Bürgerkrieg Libyens im Regimesturz von innen und außen enden.

Dafür hatte die UNO kein explizites Mandat erteilt. Russland und China protestierten gegen die extensive Auslegung dieses Mandats durch die Interventionsmächte, konnten aber bei der UNO nichts mehr ändern. Moskau und Peking drohten, künftig keine solchen Resolutionen mehr hinzunehmen. Die UNO war wieder durch die Vetolage im Sicherheitsrat gelähmt und faktisch von jeder signifikanten Mitwirkung in Libyen ausgeschlossen. Die Zeichen in New York deuten darauf hin, dass sie sich mit dem *Fait accompli* abfinden wird wie 1991 nach dem Kuwaitkrieg ohne UNO-Mandat, 1999 nach dem Kosovokrieg ohne UNO-Mandat und 2003 nach dem Irakkrieg ohne UNO-Mandat, um nach dem Ende der bewaffneten Feindseligkeiten noch politisch zum Zuge zu kommen.

Solange die Intervenienten keine Truppen in Libyen stationieren, wozu sie keinerlei Absicht haben, handeln sie im Rahmen der Resolution 1973 bei großzügiger Auslegung und vorsichtiger Anwendung. Ihre „air campaign“ war zielgenau und darauf bedacht, keine Kollateralschäden zu verursachen, was anscheinend im Wesentlichen gelang, obwohl versehentlich auch in einzelnen Fällen Rebellen angegriffen wurden und Unbeteiligte zu Schaden kamen. Aber es gab keine größeren Verluste der Bevölkerung durch Luftangriffe. Die Luftwaffe und Flugabwehr Ghadafis wurden schnell am Boden zerstört, später auch große Teile der militärischen Infrastruktur und natürlich die Kampftruppen mit ihren Panzern und Artilleriewaffen zum Ziel genommen, in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und schließlich in einem halben Jahr alliierter Luftkrieg und Bodenkrieg durch die Rebellen abgekämpft.

2. Die große Kampfkraft und Zielwirkung der US/NATO-Luftstreitkräfte wurde abermals bewiesen. Sie waren entscheidend für den Sieg der Rebellen, ohne die (oder alliierte Bodentruppen) aber der Luftkrieg auch keine Entscheidung hätte erzwingen können. Damit wurde eine alte Erfahrung seit dem Zweiten Weltkrieg bestätigt: Die so genannten „neuen Kriege“ haben viele Wesensmerkmale der alten - der konventionellen. Dies war in Libyen deshalb möglich, weil der Krieg überwiegend entlang der Küste in offenem Gelände, sozusagen in einem Sandkasten, geführt wurde wie die beiden Kriege gegen den Irak und weil die Rebellen weniger als Partisanen denn in geschlossenen Verbänden taktisch wie reguläre Truppen operieren konnten und mussten. Dem entsprachen auch die alliierte taktische Luft-Boden-Unterstützung und der alliierte Luftkrieg gegen strategische Ziele, bis zur Einnahme von Tripolis, 22. August, 22.000 Einsätze, davon

7.500 Luftangriffe, die nicht sämtlich militärische, sondern auch politische waren, wie im Kosovokrieg und in den beiden Irakkriegen.

3. Geopolitisch-strategisch war und bleibt Libyen ein Nebenkriegsschauplatz im globalen und selbst im regionalen Maßstab. Dies wurde von Anfang an im März 2011 deutlich in der amerikanischen Zurückhaltung und dem zeitlich wie quantitativ begrenzten militärischen Engagement der USA, die auch die anfängliche Speerspitze neben der anglo-französischen bald aufgaben, um „leading from behind“, d.h. von hinten aus der politischen Deckung und strategischen Reserve zu führen. Dabei ist zu bemerken, dass ohne den beträchtlichen amerikanischen Aufwand an Drohnen und Laser-gesteuerten Bomben, an Aufklärung, Raumüberwachung, Informationssammlung, Datenauswertung, Operationsplanung und Logistik die Intervention nur mit europäischen Mitteln nicht hätte ein halbes Jahr andauern und zum Erfolg führen können.

Aber es war eindeutig, dass Washington, wie der damalige Verteidigungsminister Robert Gates in Übereinstimmung mit den US-Generalstabschefs es warnend im März öffentlich tat, als er von „einem großen Land und einer großen Aufgabe“ für Streitkräfte sprach, sich selber vor einem dritten Krieg warnte, einem Krieg, der Monate, wenn nicht noch länger dauern und in Guerilla plus Terror übergehen könnte. Auch darüber war im Herbst 2011 trotz des Sieges der Rebellen mit alliierter Hilfe das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Große Quantitäten von Waffen und Munition, v.a. leichte Panzerabwehrwaffen (Panzerfäuste) und Flugabwehrwaffen (Fliegerfäuste), schwere MGs, leichte Granatwerfer und Raketenwerfer samt Raketen, Handfeuerwaffen aller Art sind während der Kriegsmonate verschwunden oder von den Rebellen erbeutet worden. In Tripolis, wo die verschiedenen Rebellen-„Brigaden“ sich nach der Eroberung die Stadtviertel, Flughafen und Hafen nach dem Zugriffsrecht der ersten Besetzung aufteilten, waren auf den Straßen überall Bewaffnete zu sehen. Der „Kommandeur der Tripolis-Brigade“, Abdul Hakim Belhadj, trat als der mächtigste Mann in der Hauptstadt hervor. Er war im September de facto zum Militärgouverneur von Tripolis geworden. Bekannt war er zuvor als „Emir“ der salafistischen „Libyschen Islamischen Kampfgruppe“ im Untergrund gegen das Ghadafi-Regime. Belhadj versicherte gegenüber französischen Zeitungen, dass er keinen islamistischen Staat wolle, sondern eine Demokratie, und dass er kein Anhänger oder Verbündeter der Al Qaida sei.⁷⁾

Was dies aber praktisch bedeuten wird, steht dahin. Dies zumal, als der Vorsitzende des „Nationalen Übergangsrates“, Mustafa Abdul Dschalil, öffentlich die Scharia als „Hauptquelle der Gesetzgebung und Rechtsfindung“ unter der künftigen Verfassung bezeichnete.

Zweifel besteht auch über die Frage, wo die Vielzahl der Waffen nach der von den zivilen Rebellen versprochenen Rückgabe eines Tages wieder auftauchen wird und in wessen Händen. Es kann dies überall in Afrika, in Palästina oder im Libanon, am Golf oder am Horn von Afrika sein. Die libyschen Probleme waren im Herbst

2011 noch ungelöst, die Risiken noch nicht kalkulierbar.⁸⁾

Strategische Interessen

Das Interesse Amerikas liegt weniger im westlichen Mittelmeer und im Maghreb als im östlichen Mittelmeer mit der Türkei, Israel, Ägypten, Jordanien, dem von innen gefährdeten Libanon und dem feindlichen Syrien, das aber im Kuwaitkrieg 1990/91 unter Assad Sr. auch einmal der Halbverbündete der USA in der internationalen Koalition neben Ägypten und Saudi-Arabien gegen den Irak Saddam Husseins gewesen war. Der Maghreb und das westliche Mittelmeer liegen Westeuropa näher und deshalb in dessen politischem Verantwortungsbereich, soweit die Kräfte reichen.

Die USA aber haben eigene afrikanische Interessen im Osten, Westen und Süden des Kontinents. Dafür haben sie vor einigen Jahren das „U.S. Africa Command“ in Stuttgart aufgestellt, das zivil-militärisch zusammengesetzt ist und umfassende Kooperationsaufgaben von der Ausbildung der Streitkräfte, der Polizei, des Zolls, der Küstenwache bis zur Sondierung des Bodens für Bergbau und Erdölgewinnung mit einer Reihe afrikanischer Staaten hat, die auch für die US-Wirtschaft von besonderem Interesse sind, v.a. wegen ihrer Bodenschätze. Gerade deshalb aber besteht auch ein amerikanisches Interesse an Libyen und dessen Neugestaltung nach dem Bürgerkrieg. Hier wird die zivil-militärische und ökonomische Strategie Washingtons aus der Reserve und Deckung aktiv werden wollen, und damit wird die Konkurrenz zu europäischen wie zu chinesischen Interessen aktiv bleiben. Ein vollständiger Rückzug Amerikas aus dem westlichen Nordafrika wäre damit nicht vereinbar. Dies umso weniger, als der islamistische Terror sich sehr wohl weiter als bisher in Nordafrika, in der Sahelzone und in Westafrika wie in Ostafrika ausbreiten und, unabhängig von dieser Möglichkeit, auch islamische Fundamentalisten gegen den Westen gerichteten politischen Einfluss gewinnen und dort, wo dieser schon besteht, ausweiten und stärken könnten.⁹⁾

Aber im Ganzen hat Washington den arabischen Maghreb und Libyen zunächst nicht in die Nähe der Spitze auf der amerikanischen Prioritätenskala gerückt. Dort bleibt Ägypten neben Saudi-Arabien mit der ganzen arabischen Golfküste, Israel und der Türkei, dem schwierig gewordenen Ecksteinverbündeten zum Orient und Kaukasus auf dem Balkan, an der Levante und am Schwarzen Meer.

4. Abgesehen von dieser Konstante, einem Basisdatum der Geostrategie für die USA und für Europa, ist die gesamte geopolitische Konstellation des Nahen und Mittleren Ostens durch die „arabische Revolution“ v.a. in Ägypten und in Syrien in einem tektonischen Umbruch erschüttert und die neu entstehende Situation für alle Staaten der Region wie für die externen Mächte noch nicht fassbar.

Die Rebellion in Syrien, aus friedlichen Protesten gegen das Regime und dessen repressiv-terroristische Reaktion entstanden, hat sich in eine anhaltende politische Revolution verwandelt, die große Teile der Bevölkerung ergriffen hat. Diese Revolution, die im Herbst 2011 noch

nicht abgeschlossen, geschweige denn erfolgreich war, die noch immer niedergeschlagen werden könnte, hat das gesamte politische Koordinatensystem des Nahen Ostens zerstört. Unabhängig davon, wie die Zukunft in Syrien selbst aussehen wird, haben alle anderen Länder der Region neue Orientierungen zu finden. Dies erklärt die Zurückhaltung über die politische Verurteilung der Repression des Assad-Regimes und Parteinahme für die Rebellen hinaus, die Passivität der Arabischen Liga, die in der Libyenkrise sofort aktiv geworden war, und die diplomatische Vorsicht in der UNO gegenüber der Situation in Syrien. Sanktionen wurden beschlossen, aber diese brauchen, wie immer, Zeit, um zu wirken.

Diese Situation stellt sich, von außen gesehen, wie das aufgehäufte Gewirr von Stäbchen eines Mikado-Spiels dar: Wer das erste Stäbchen herauszieht, riskiert, dass alles einstürzt und er das Spiel verliert. Israel hatte in der Assad-Diktatur nach dem Krieg von 1973, in dem Syrien den Golan verlor, einen historischen, aber passiven und kontrollierten Feind, auf dessen Zurückhaltung vor kriegesischen Verwicklungen Israel sich verlassen konnte und mit dem es an der gemeinsamen Waffenstillstandslinie (für Israel die internationale Grenze zu Syrien) bis zur arabischen Rebellion nicht mehr zu ernststen Zwischenfällen kam. Auch im Libanonkrieg Israels 2006 verhielt Syrien sich ruhig und abseits. Dies ist für die Zukunft nicht mehr sicher. Es ist ungewiss, wie Syrien unter welcher Regierung sich künftig verhalten wird.

Dies gilt auch im Libanon, wo Syrien noch immer eine starke Stellung hat. Assad unterstützte die schiitische Hisbollah mit Waffenlieferungen, v.a. aus dem Iran, und gab ihr politischen Rückhalt als von Syrien abhängiger Unternehmer für die Belästigung und Bedrohung Israels.

Für den Iran ist Syrien der Brückenkopf im Nahen Osten. Wird die Achse Teheran-Damaskus nach dem Ende der syrischen Unruhen halten und unter Belastung tragfähig sein? Der öffentliche Appell des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad im September an Assad, einen Ausgleich mit den Rebellen auf der Basis geforderter Reformen zu suchen, weist auf die Befürchtungen in Teheran hin, den syrischen Verbündeten zu verlieren.

Für die Türkei gilt spiegelverkehrt das Gleiche. Die Außenpolitik Ankaras unter der Regierung Erdogan hat für einen Einfluss in der arabischen Welt v.a. auf Syrien gesetzt. Auch ihr droht in der Rebellion ein Partner verloren zu gehen, wenn Assad sich geschwächt und international geächtet, wenn nicht isoliert, an der Regierung hält, aber an Handlungsfreiheit einbüßt. Deshalb bemüht sich Ankara um eine Vermittlung, gleichzeitig aber fordert es Assad zum Rückzug auf und sucht Kontakt zu den Rebellen, um für den Fall eines Sieges der Rebellion den syrischen Partner mit neuer Couleur zu behalten, wie dies der türkische Premier Erdogan mit seiner Rücktrittsforderung an Assad und den Reisen nach Ägypten und Libyen im September demonstrierte. Die türkische Regierung legte sich schließlich eindeutig auf einen Sieg der syrischen Opposition über Assad fest. Dabei versucht die Türkei, wie der Auftritt Erdogans in Kairo zeigte, das künftige post-revolutionäre Ägypten als Vorzugspartner zu gewinnen. Die ägyptische Muslimbruderschaft zeigte dem Besucher Erdogan aber

mit einer Masse grüner Fahnen und den Rufen nach der Scharia die Grenzen des türkischen Einflusses auf, als der türkische Regierungschef in Kairo Ägypten einen „säkularen Staat“ nach türkischem Vorbild empfahl.

In Bengasi und Tripolis wurde Erdogan ohne islamistische Gegendemonstration von den Massen bejubelt, als er „das türkische Modell Islam und Demokratie“ zum Vorbild für Libyen ausrief. Doch des Sprechers der Rebellion, Dschalil, programmatischer Bezug auf die islamische Scharia als Rechtsgrundlage des neuen Staates machte die inneren Widersprüche in Libyen wie in Ägypten und auch in Tunesien deutlich.

Mit der politischen Offensive der militanten Islamisten für die angekündigten Wahlen in Ägypten und Libyen ist zu rechnen. Der türkische Einfluss wird begrenzt sein wie der westliche aus Amerika und Europa.

Israel und Palästina - das unbewältigte Problem

Palästina liegt zwischen den neuen politischen Fronten und Bruchlinien. Schon darum bot sich ein Versuch an, seine unabhängige Staatlichkeit in den Grenzen von 1967 vor dem Nahostkrieg mit den israelischen Eroberungen durch einen symbolischen Grundsatzbeschluss der Vollversammlung der UNO anerkennen zu lassen und die Aufnahme als Vollmitglied in die UNO zu suchen, auch wenn ein amerikanisches Veto im Sicherheitsrat jeden exekutiven Beschluss verhindern würde. Doch schon die Symbolik und die damit verbundene politische Delegitimation der israelischen Besetzung im Westjordanland, die zwar nur eine Bestätigung früherer UNO-Resolutionen in der Sache wäre, würde ausreichen, um die „Zwei-Staaten-Lösung“ für Palästina, die trotz rhetorischer Unterstützung seitens der USA auf dem Papier geblieben ist, als erreichbares Ziel zu bewahren.

Israel wird sich mehr und mehr in einem Belagerungszustand sehen, aus dem es nur mit einer politischen Initiative für den oft angesagten, aber nie geschlossenen „historischen Kompromiss“ mit den Palästinensern, der Anerkennung des Staates Palästina in vereinbarten Grenzen, ausbrechen könnte. Präsident Obama machte dafür einen allgemein gehaltenen Vorschlag für eine Verhandlung über einen territorialen Kompromiss, ausgehend von der „grünen Linie“ von 1948 vor dem Junikrieg von 1967 mit Abänderungen für die dieser Linie nahen jüdischen Großsiedlungen und um West-Jerusalem mit Gebietsaustausch und Freigabe des Jordantals durch Israel.

Südwestasien in Erwartung des internationalen Truppenrückzugs

Das strategische Datum für Afghanistan wurde im Jahre 2010 von Präsident Obama mit der Einleitung einer Verringerung der US-Truppen im Jahre 2011 gesetzt. Bis Ende 2014 sollen alle US-„Kampftruppen“ das Land verlassen haben. Dies bedeutet etwa dreieinhalb Jahre für den strategischen Rückzug. Ob es in dieser Zeit zu geheimen Verhandlungen mit den Taliban über einen ungestörten Abzug, wie 1988 zwischen der UdSSR und den afghanischen „Mudschaheddin“ jener Zeit kommt und wie die Alliierten der internationalen Schutztruppe ISAF dabei

mitziehen würden, blieb 2011 noch eine offene Frage. Da der politische Kalender der USA mit den Präsidenten- und Kongresswahlen im November 2012 die Agenda der internationalen Afghanistanpolitik und militärischen Präsenz in Afghanistan bestimmt, wird der Takt der „exit strategy“ von Amerika vorgegeben, das mit bisher etwa 100.000 Soldaten auch das mit Abstand größte Truppenkontingent stellt und die Hauptverantwortung über das Grenzgebiet zu Pakistan trägt. Die Sicherheitslage in Afghanistan und in Pakistan blieb 2011 im Wesentlichen unverändert ambivalent und instabil. Taktische Erfolge der alliierten Truppen führten nicht zu einem strategischen Durchbruch, geschweige denn zu einer entscheidenden Schwächung der „Aufständischen“ mit dem notwendigen Zwang entweder zur Kapitulation oder zu einer Verhandlung.

Damit kam auch das schon zurückgenommene Ziel der Alliierten, eine relative Stabilität in den kritischen Gebieten des Landes und an der Grenze zu Pakistan wie in Kabul herzustellen, nicht näher. Die Guerillaüberfälle und Terroranschläge hielten an. Ein blutiges Beispiel bot der Angriff auf die US-Botschaft und das ISAF-Hauptquartier in Kabul im September mit Panzerfäusten, tragbaren Raketenwerfern und Maschinengewehren in einem über 20 Stunden dauernden Feuergefecht im Zentrum der Hochsicherheitszone der afghanischen Hauptstadt. Das Ziel war nicht etwa ein Sturm auf dieses Gebäude, sondern die Botschaft, dass nichts sicher sei.

Der asymmetrische Zermürbungskrieg zog sich unentschieden durch die Endpartie, die 2009/10 begonnen hatte. Während des Jahres 2011 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den USA und ihrem Verbündeten Pakistan, der am Krieg in Afghanistan widersprüchlich zwischen der Unterstützung Kabuls und der USA einerseits, der Taliban als seiner Kreation und Zukunftsoption, v.a. gegen indischen Einfluss auf Afghanistan und zur eigenen Entlastung im Kaschmirkonflikt mit Indien indirekt teilnimmt. Die nur widerwillig als notwendiges Übel geduldete amerikanische Kriegführung gegen die Taliban in den Stammesgebieten an der Grenze mit Drohnen, die die Bevölkerung gegen die USA und gegen die eigene Regierung aufbringt und den Islamisten politisch nutzt, auch wenn sie ihrer Führung empfindliche Verluste zugefügt und die Bewegungsfreiheit reduziert hat, belastet das Land, den islamischen Staat und die pakistanische Armee. Hinzu kam als Ursache für eine allgemeine Empörung im Frühjahr 2011 das amerikanische Kommandounternehmen, das den Al Qaida-Führer Osama bin Laden liquidierte; dies v.a., weil die US-Hubschrauber unangemeldet in einer geheimen Operation, die von Misstrauen gegen das pakistanische Militär und die Regierung des verbündeten Landes zeugte, zweimal - hin und zurück - die pakistanische Flugabwehr unterflogen. Aber auch, weil Bin Laden getötet, seine Leiche abtransportiert und im Ozean versenkt wurde.

Dieses Unternehmen stellte auch Armee und Regierungsbehörden Pakistans bloß, die angeblich oder auch wirklich nichts über zehn Jahre von Bin Ladens Anwesenheit in einem Haus in einer Kleinstadt mit einer Militärakademie gewusst hatten und sich dann von den Amerikanern düpierten ließen. Der Vorgang dürfte noch

weitere politische Folgen in Pakistan und im Verhältnis zu Amerika haben. Dieser Tod Bin Ladens, eine Satisfaktion für Amerika, richtete beträchtlichen Schaden für die USA in Pakistan an. Für die Entwicklung in Afghanistan war er ohne Bedeutung.

Strategisch betrachtet gehen die westlichen Verbündeten mit einem bedeutenden, wenngleich noch unvollkommenen, nicht gefestigten Erfolg in Nordafrika und mehreren unsicheren offenen Flanken in das Jahr 2012, das kritische Wahljahr in den USA: In Afghanistan und Pakistan, in Tadschikistan in Zentralasien, gegenüber dem Iran, in Syrien und Libanon, in Israel und Palästina, im Irak, am Golf in Bahrain und am Horn von Afrika mit den vollkommen unsicheren Lagen im Jemen und in Somalia. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) FAZ v. 15. September 2011 (Wirtschaft) China stellt Bedingungen für Schuldenhilfe.
- 2) FAZ v. 21.6.2011, Lothar Rühl: China als kommende Seemacht.
- 3) Vgl. Anmerkung 1).
- 4) FAZ v. 16. September 2011.
- 5) IHT v. 14. September 2011: Libya hears reconciliation call.
- 6) Informationen des Verfassers in Brüssel.
- 7) Le Monde, Paris v. 4. September 2011: « M. Belhaj „Nous voulons un Etat civil en Libye“ »; le Figaro, Paris v. 3./4. September 2011: Belhaj, ex-djihadiste, rattaché à l'Occident.
- 8) IHT v. 15. September 2011: Islamist role fuels a debate among Libyans; vgl. auch: Portable heat-seeking missiles vanish in Libya.
- 9) Le Figaro, Paris, v. 5. September 2011: La montée en puissance de la branche sahélienne - Al Qaida au Maghreb islamique; Le Monde, Paris, v. 10. September 2011: A Alger, les Etats du Sahel craignent une poussée de l'islamisme dans la région.



Prof. Dr. Lothar Rühl

Staatssekretär a.D. (ehemals im Bundesverteidigungsministerium, Bonn); Professor für Internationale Beziehungen am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; ehem. Vorstandsmitglied der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, und des SIPRI Stockholm, ehem. Mitglied des Akademischen Beirats des NATO Defense College, Rom und des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, Mitglied der Studiengruppe Strategie der DGAP Berlin.

Strategische Überlegungen zur amerikanischen Raketenabwehr

Gustav Gressel

Die Proliferation von Raketen größerer Reichweite, meist in Verbindung mit militärischen Atomprogrammen, ist ein kennzeichnendes Moment der Militärstruktur des frühen 21. Jahrhunderts, insbesondere des Mittleren Ostens. Auch instabile (latent) revisionistische Staaten wie Saudi-Arabien, Nordkorea, der Iran und Pakistan verfügen heute über Raketen mit einer Reichweite von über 2.000 km. Die letzten drei Staaten verfügen auch über eingeschränkte Produktionskapazitäten: Raketen mit flüssigem Treibstoff (R-17/SCUD, R-18/Nodong/Shahab-3/Gauri, inklusive Derivate wie Gadr) stammen aus russischer Hand, Tanks, Gefechtskopf und Struktur werden lokal gefertigt, Triebwerke und Steuerung über den nordkoreanischen Zwischenhändler importiert (es ist davon auszugehen, dass Nordkorea kein einziges Triebwerk selbst hergestellt hat), Raketen mit festem Treibstoff (Sajil, Shaheen 1 und 2) stammen aus China und werden in inoffizieller Lizenzfertigung hergestellt, wobei einige kritische Elemente (Lenksystem) noch aus China bezogen werden.¹⁾

Der Westen wiederum suchte von Anbeginn an dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten: durch Stärkung der Rüstungskontrolle (Ausweiten des MTCR auf Russland und China, der Proliferation Security Initiative - PSI - etc.), durch Sanktionierung der aufrüstenden Regionalmächte wie auch durch die Anwendung direkter militärischer Gewalt (Irakkrieg 1990/91 und 2003).

Die Resultate dieser Bemühungen sind wenig zufriedenstellend. Trotz MTCR finden sich die Spuren exportierter Raketen und Raketenkomponenten in der Dritten Welt wieder, Sanktionen gegen Nordkorea und den Iran blieben zahnlos, und die Anwendung direkter militärischer Zwangsgewalt war mit hohen Folgekosten verbunden. Somit ist es nicht verwunderlich, dass man sich heute in den Hauptstädten der westlichen Führungsnationen in erster Linie Gedanken um die Anschaffung strategischer Defensivwaffen - sprich Raketenabwehrsysteme - macht. Dieser Abschnitt soll sich weniger mit den technischen Details,²⁾ vielmehr aber mit den Einsatzmöglichkeiten der Abwehrsysteme und den dahinterliegenden strategischen Absichten befassen.

Von der taktischen Raketenabwehr zur National Missile Defense

Raketenabwehrkonzepte gibt es seit dem Einsatz der ersten ballistischen Raketen durch das Dritte Reich. Für diesen Artikel sind jedoch nur jene Programme interessant, die der Verbreitung von Raketen und Kernwaffen in Entwicklungsländern entgegengesetzt wurden - die früheren Überlegungen aus dem Kalten Krieg sind für die heutige Beurteilung der Lage kaum relevant.

Diese Entwicklung begann mit dem Golfkrieg 1990/91, als sich Fliegerabwehrsysteme größerer Reichweite als wenig effektiv gegen die vom Irak eingesetzten R-17/SCUD erwiesen.³⁾ Das Resultat entsprechender Gegenmaßnahmen war eine neue Generation leistungsgesteigerter Fliegerabwehrwaffen: der amerikanischen Patriot PAC 3,⁴⁾ der israelischen „Arrow“, der französisch-italienischen ASTER-30⁵⁾ und der russischen S-400.⁶⁾ Es sind radargelenkte Flugkörper mit einem explosiven Gefechtskopf (gerichtete Splitter), die sowohl zur Bekämpfung von Flugzeugen als auch zur Bekämpfung taktischer ballistischer Raketen geeignet sind. Sie werden aerodynamisch gesteuert und bekämpfen ihre Ziele jeweils innerhalb der Atmosphärenschichten. Damit sind sie aber in der Reichweite auf den mittelbaren Bereich des Schutzobjektes (etwa 20-40 km vom Raketenstandort) und von der Zielgeschwindigkeit auf Raketen kürzerer Reichweite (etwa bis zu 300 km) beschränkt.⁷⁾ Tests beliefen sich stets auf das Abfangen von Integralflugkörpern, nicht von Wiedereintrittsvehikeln. Man spricht daher auch von „erweiterter Fliegerabwehr“, die sich in der NATO bewusst am Abfangen von Sub-MTCR-klassifizierten Flugkörpern orientierte, da man nicht durch Rüstungsmaßnahmen implizieren wollte, dass der MTCR umgangen werde. Auch innerhalb der NATO war das „Raketenabwehrthema“ bis 2010 aus politischen Gründen auf diese Bandbreite fixiert.⁸⁾

Clintons „National Missile Defense“ und das Ende des ABM-Vertrages

Dass mit dem Abfangen taktisch-ballistischer Raketen der Lage nicht Genüge getan ist, mussten die USA feststellen - allerdings nicht erst die Regierung Bush (jun.), sondern die Administration Clinton II. Grund hierfür war der Start einer mehrstufigen Rakete am 31. August 1998 durch Nordkorea, wobei die Anrainerstaaten weder über den Starttermin noch über Raketentyp, Ladung und geplante Strecke informiert wurden.⁹⁾ Die Vorbereitungen des Starts waren per Satellit zu verfolgen - und warfen einige beunruhigende Fragen auf: Beinhaltet die Nutzlast gefährliche Substanzen oder Sprengköpfe? Wenn der Test fehlschlägt, könnte die Rakete auf bewohntes Gebiet stürzen? Wäre ein nordkoreanischer Atomsprengkopf mit ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen versehen, nicht bei einem vorzeitigen Aufschlag zu detonieren? V.a., was sollte passieren, wenn Verbündete durch Nordkorea unintentional (Absturz, Testversagen) zu Schaden kommen würden?

Die Lage war für Clinton äußerst unkomfortabel: Die Nähe Nordkoreas zu China und die direkt betroffenen chinesischen Interessen ließen einen präventiven Militärschlag

als gangbare Option ausschließen. Andererseits reichte es nicht aus, sich nur auf die eigene nukleare Abschreckung zu verlassen: Denn war die nukleare Gegendrohung im Falle sehr begrenzter nordkoreanischer Handlungen der heimischen wie internationalen Öffentlichkeit kommunizierbar? Völlige Untätigkeit wiederum würde die Glaubwürdigkeit amerikanischer Bündnisversprechen schweren Schaden nehmen lassen.

Abschreckung prädestiniert stets eine gewisse Reaktion. Dies kann im Umgang mit schwierig einzuschätzenden Gegnern oder sich dynamisch entwickelnden Lagen sehr unvorteilhaft sein: Denn so sehr man durch die Drohung mit starken Reaktionen einen Gegner abzuschrecken versucht, so unvorteilhaft kann es sein, diese womöglich unter sich rasch verändernden Situationen einlösen zu müssen. So sehr Systeme gegenseitiger Abschreckung erlauben, in den zwischenstaatlichen Beziehungen zweier an sich konkurrierender Staaten eine Art Routine einkehren zu lassen, so problematisch kann es werden, sich in Krisensituationen ausschließlich auf diese zu verlassen.

Schlussendlich konnte Clinton erleichtert zur Kenntnis nehmen, dass es sich bei der erwähnten nordkoreanischen Rakete um einen Satellitenstart handelte und dass alle Teile der sich im Flug desintegrierenden Rakete weitab des japanischen Festlandes ins Meer stürzten.¹⁰⁾ Allerdings sah Clinton auch die Notwendigkeit, alternative Strategien zur Präemption und Abschreckung zu suchen. Zeit und Handlungsspielraum für diplomatische Absprachen sollten gewonnen werden, Optionen, die andere Großmächte nicht sofort konfrontierten, geschaffen werden und v.a. die amerikanische Außenpolitik in ihrer Reaktion nicht gebunden werden. Eine limitierte, aber strategische Raketenabwehr bot diese Optionen. Zum einen wird durch deren Stationierung Entschlossenheit und den Verbündeten Sicherheit kommuniziert. Weiters schaffen sie eine Wirkmöglichkeit gegen den Raketenangriff, ohne die weiteren Schritte zu determinieren. Der Diplomatie wäre dadurch Zeit gewonnen, Reaktionen mit den Verbündeten wie eventuell auch dem Sicherheitsrat zu akkordieren.¹¹⁾

Der Entwicklung und Stationierung von Systemen, die Raketen von der Größe einer IRBM oder ICBM abfangen könnten, stand jedoch der ABM-Vertrag entgegen.¹²⁾ Dieser untersagte zudem den Schutz von Verbündeten sowie die Stationierung von Abwehrsystemen auf Schiffen. Das Erste ist Ziel der neuen Raketenabwehrarchitektur, das Zweite notwendig, um hinsichtlich der geringen geographischen Tiefe Südkoreas, Japans und der pazifischen Inselstützpunkte ausreichend Systeme zusammenziehen und rasch auf Lageänderungen reagieren zu können.

Clintons „National Missile Defense“-Programm¹³⁾ war - obwohl aus politischen Gründen anders bezeichnet - ein auf Bündnisverteidigung ausgerichtetes System. Zum flächendeckenden Schutz der USA sollten silogestützte Interzeptoren (die Ground-Based Interceptors, kurz GBI) stationiert werden, zum Schutz vorwärts eingesetzter Truppen und Verbündeter mobile Systeme (das THAAD und die schiffgestützte SM-3). Damit war aber klar, dass, sofern Clintons Missile Defense-Pläne realisiert werden sollten, der ABM-Vertrag fallen musste. Angesichts der

Störung des russisch-amerikanischen Verhältnisses durch die Kosovokrise wollte Clinton in der Raketenabwehrfrage jedoch kein weiteres Öl ins Feuer gießen. So entschied er sich, mit dem Missile Defense-Gesetz¹⁴⁾ die Entwicklung und den Bau von Abwehrsystemen in Auftrag zu geben, deren Stationierung eine Kündigung des ABM-Vertrages voraussetzt, andererseits den Vertrag vorerst noch in Kraft ließ.

Amerikanische Raketenabwehr unter George W. Bush

Der nach dem 11. September und dem beginnenden amerikanischen Engagement in Afghanistan einsetzende russisch-amerikanische Konsens gab Bush die Möglichkeit, den ABM-Vertrag zu kündigen, was von Moskau damals mit Achselzucken zur Kenntnis genommen wurde.¹⁵⁾ Weiters war klar, dass die USA in den nächsten Jahren im Mittleren Osten militärisch gebunden sein¹⁶⁾ und daher in Ostasien nicht über die Kräfte verfügen werden, eine mögliche Provokation Nordkoreas alleine abzufangen. Im Mittleren Osten hingegen - so glaubte man - könnte man die Situation durch eine militärische Konfrontation mit den an der Proliferation beteiligten Staaten lösen.¹⁷⁾

Daher wurde die amerikanische Raketenabwehrarchitektur auch primär gegen eine Bedrohung aus dem ostasiatischen Raum ausgelegt.¹⁸⁾ Die größte GBI-Basis¹⁹⁾ wurde in Fort Greely, Alaska, stationiert. Für die Feuerleitung wäre ein Seabased X-Band-Radar in den Aleuten vorgesehen gewesen. Aus Nordkorea anfliegende Raketen würden ihren Weg über die Aleuten bzw. etwas nordwärts der Kette in die USA nehmen.

Die Verdichtung der regionalen taktisch-operativen Architektur (Patriot PAC-3 und THAAD) wurde aus geographischen Gründen durch schiffgestützte Systeme - genauer die SM-3 - bewerkstelligt. Im Falle Japans wie auch der amerikanischen Pazifikstützpunkte ist der seegestützte Einsatz die einzige Möglichkeit der Vorwärtsstationierung. Da die Systeme auf bereits entwickelten Komponenten basierten, waren sie in relativ kurzer Zeit einsatzbereit.²⁰⁾ Die ersten Stationierungspläne der Amerikaner waren rein auf Ostasien gerichtet, sahen keine Stützpunkte oder Einrichtungen in Europa oder an der US-Ostküste vor. Nordkorea war auch die einzige Nation, die in den ersten Dokumenten explizit als Bedrohung genannt wurde. Allerdings wurde auch das Außenministerium beauftragt, innerhalb der NATO über eine mögliche Kooperation hinsichtlich der Raketenabwehr zu verhandeln.²¹⁾

Spätestens 2005 musste Washington jedoch erkannt haben, dass sich die Lage im Mittleren Osten erheblich komplizierter gestaltete und die weitere Projektion militärischen Druckes als schwer möglich erschien. Im Irak konnte man weder ein stabiles Regime inthronisieren noch den erstarkenden militärischen Widerstand unter Kontrolle bringen. Insbesondere iranisches Training und Unterstützungsleistungen für schiitische Milizen wurden zunehmend spürbar.²²⁾ Ebenso waren die Taliban in Afghanistan zwar geschwächt, das Land aber alles andere als stabilisiert. Auch hier war iranischer Einfluss nicht von der Hand zu weisen.²³⁾ Anstatt den Iran von einer Forcierung des Atom- und Raketenprogramms abzuschrecken, schien

die Invasion im Irak den Hardlinern im Iran innenpolitischen Auftrieb zu verschaffen.²⁴⁾ Der Iran forcierte sein Atomprogramm, und der 2005 an die Macht gekommene Präsident Mahmud Ahmadinedschad trug mit seinem herausfordernden Auftreten zur Vermehrung der Furcht vor einer iranischen Vorherrschaft am Golf bei. Besonders nach dem Libanonkrieg im Juli 2006 machte sich unter den arabischen Golfstaaten erhebliche Nervosität breit. Dessen Eskalation durch die Hisbollah wurde von vielen Beobachtern auch als iranische Demonstration der Stärke betrachtet.²⁵⁾ Was sollte geschehen, wenn vom Iran unterstützte Machtorganisationen auch im Irak oder gar in einem der Golfstaaten nach der Macht greifen würden? Größere schiitische Minderheiten finden sich neben dem Irak und Afghanistan auch im Libanon, in Pakistan, Saudi-Arabien, Oman, Kuwait, Bahrain, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Jemen. Und an Washington richtete sich die Frage, wie es in einer solchen Situation reagieren würde.

Sollten die USA gegen den Iran zu militärischen Mitteln greifen, so war es höchst wahrscheinlich, dass der Iran als Reaktion die von ihm unterstützten Gewaltorganisationen in den Nachbarländern anstiftete, die Lage eskalieren zu lassen - mit vermutlich fatalen Folgen für den Irak und Afghanistan, aber auch die übrige Region. Wenn nun der Iran durch seine Fähigkeiten der subkonventionellen Kriegführung eine militärische Lösung des Proliferationsproblems verhindern kann und Sanktionen das Regime in Teheran nicht zu einer Aufgabe seiner nuklearen Ambitionen zwingen können, dann stellt sich für die USA die Frage, wie man mit einem nuklear bewaffneten Iran umgehen sollte - v.a. wenn dieser aus der sicheren Deckung eines schwer angreifbaren Atomstaates heraus seine subversiven Tätigkeiten ausweiten könnte. Mehr noch, er könnte durch Zurschaustellung nuklearer Projektionsfähigkeit Druck auf westliche Staaten ausüben, in diesen lokalen Konflikten nicht zu intervenieren, Druck auf Staaten der Region auszuüben, westliche Interventionskräfte nicht auf eigenem Territorium zu dulden oder gar iranischen Forderungen nachzugeben.

Die Lage war nicht unähnlich der in Nordkorea: Direkter militärischer Druck war kaum anwendbar, allerdings konnten und wollten die USA keine nuklearen Beistandsgarantien für die Staaten der Region aussprechen. Diese wären auch schwer zu interpretieren, würde doch eine Eskalation mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht direkt vom Iran, sondern von einer durch diesen unterstützten nichtstaatlichen Organisation ausgehen. Und zu guter Letzt wären die diplomatischen Folgen eines solchen Schrittes (man denke an die Reaktion Russlands und Chinas) kaum auszudenken. Andererseits musste man den Golfstaaten auch Sicherheit vermitteln, wollte man eine weitere Proliferation von Kernwaffen aufhalten.

Auch hier bot die Raketenabwehr die Möglichkeit, die militärischen Optionen des Irans einzugrenzen, den Verbündeten Sicherheit zu kommunizieren und gleichzeitig die eigene Diplomatie nicht durch Zusagen zu binden. Es stellten sich aber einige schwierig zu beantwortende Fragen: Wie weit war der Iran mit seinen Atomwaffen- und Raketenprogrammen tatsächlich? Und welchem Projekt

sollte strategische Priorität zuerkannt werden: dem Schutz der USA, weiträumiger Verbündeter (Europa) oder lokaler Verbündeter?

Regionale Verbündete konnten durch dieselben taktisch-operativen Systeme geschützt werden, die auch schon für den ostasiatischen Raum entwickelt worden waren. Hierzu bietet der Persische Golf eine gute maritime Bewegungslinie, an der man entsprechende Kräfte rasch zusammenziehen kann. Allerdings waren der europäische Kontinent und die USA gegen Angriffe aus diesem Raum offen,²⁶⁾ und so man dem Iran die Entwicklung von Fernwaffen entsprechender Reichweite zutraute, galt es diese offene Flanke zu schließen. Daher entschied die Bush-Regierung 2005, die bis dahin fruchtlos verlaufenen Verhandlungen um eine erweiterte NATO-Raketenabwehr aufzugeben und bilateral mit Polen, der Tschechischen Republik, Dänemark, Großbritannien und Ungarn über mögliche Aufstellungsorte einer weiteren GBI-Basis zu verhandeln.²⁷⁾

Amerikanische Raketenabwehr in Europa

Die so genannte „3rd Site“ sah eine Basis für zehn GBI-Interceptoren in Rezkowo/Polen und eine Radarstation in Brdy/Tschechische Republik vor. Der osteuropäische Raum kam deshalb in Frage, da Raketen aus dem Mittleren Osten Richtung USA diesen Raum überfliegen würden.²⁸⁾ Das System orientierte sich primär am Schutzbedürfnis der USA, war aber gut in der Lage, den gesamten europäischen Kontinent bis inklusive Griechenland zu verteidigen. Der NATO-Staat Türkei konnte allerdings nicht mehr durch dieses System abgedeckt werden.²⁹⁾ Gleichzeitig sollten die Frühwarnradargeräte in Fylingdales/Großbritannien und Thule (Grönland) modernisiert³⁰⁾ sowie ein X-Band-Feuerleitradar in Brdy (Tschechische Republik) installiert werden. Die S-Band-Radare in England und Grönland besitzen eine enorme Reichweite, selbst gegen kleine Wiedereintrittskörper. Aufgrund des großen Keulöffnungswinkels ist das Radar jedoch nicht in der Lage, den Zielcluster aufzulösen (also den Wiedereintrittskörper, Teile der ausgebrannten letzten Stufe, Täuschkörper etc. als jeweils separate Ziele zu identifizieren). Auch sind diese Radargeräte nicht in der Lage zu verifizieren, ob in einem Bekämpfungsvorgang der Sprengkopf oder ein anderes Teil getroffen wurde. Das Feuerleitradar³¹⁾ in Brdy zu errichten wäre daher für die Funktionalität des Abwehrsystems dringend erforderlich gewesen. Zu guter Letzt sollte das Radar auch durch Infrarotsatelliten eingewiesen werden. Nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen erheblichen Kosten wurde der erste Satellit erst 2009 ins All befördert.³²⁾ Da sich die Indienststellung der Satelliten wie der Ratifikationsprozess mit Polen und der Tschechischen Republik hinauszögerten, hätte man mit einer Einsatzbereitschaft des Gesamtsystems etwa im Zeitraum ab 2017-2020 rechnen müssen.

Die russische Opposition gegen die amerikanische Raketenabwehr

Beginnend mit der Debatte um eine Stationierung von Komponenten der amerikanischen Raketenabwehr in Osteuropa machte sich seitens Moskaus Widerspruch

bemerkbar. Von den Gegnern der amerikanischen Stationierungspläne in Europa wurden die russischen Einwände auch als primäres Argument gegen deren Verwirklichung ins Feld geführt: Man beschwöre dadurch angeblich ein erneutes Wettrüsten herauf,³³⁾ manch einer bezeichnete diese generell als „Provokation“.³⁴⁾

Der gewichtigste Vorwurf von russischer Seite war freilich, dass die in Europa stationierten Komponenten die russische Erstschlagfähigkeit herabsetzen und daher das nukleare Gleichgewicht zwischen Russland und den USA gefährden würden. Nach amerikanischen Angaben kann der zweistufige GBI russische Raketen nicht mehr einholen. In der offenen Literatur dreht sich nun die Frage darum, ob dies zutreffe oder nicht. Manche computergestützten Simulationsprogramme bezweifeln die amerikanischen Angaben, die genauesten offenen Quellen scheinen die amerikanischen Angaben zu bestätigen.³⁵⁾ Die deutlich unterschiedlichen Einschätzungen gehen in erster Linie auf den Auflösungsgrad der verwendeten Simulationsprogramme zurück. Das Abfangen russischer Raketen wäre für einen Interzeptor aus Polen eine Nachschusssituation: Selbst bei optimaler Satellitenvorwarnung muss das Kill-Vehicle den russischen Wiedereintrittskörper erst einholen - dies braucht erhebliche Zeit, und die Relativgeschwindigkeit zwischen zwei fast in dieselbe Richtung jagenden Körpern ist gering. Wird bei der Untersuchung möglicher Flugbahnen nicht berücksichtigt, dass das Kill-Vehicle mit einer gewissen Restgeschwindigkeit auf den Sprengkopf treffen muss, um diesen auch in der Funktion zu stören, und bleibt weiter unberücksichtigt, dass das Kill-Vehicle nur über einen begrenzten Energievorrat verfügt, um seine Sensoren zu betreiben, Funkkontakt zu halten und Steuerbefehle auszuführen, geht sich ein „Treffer“ meist aus. Mit anderen Worten, das Kill-Vehicle könnte russische Gefechtsköpfe zu einem Zeitpunkt einholen, an dem es nichts mehr sieht, nicht mehr steuern kann und über zu wenig kinetische Energie verfügt, um Schaden anzurichten. Ein tatsächliches Abfangen russischer Raketen wäre daher als Glückstreffer zu werten, und keine seriöse amerikanische Planung könnte sich im Falle einer amerikanisch-russischen Konfrontation auf die Interzeptoren in Polen verlassen.

Gegenüber Zeitungen gab Putin auch seine Bedenken kund, die USA könnten die in Polen stationierten GBI auch zu Offensivwaffen umrüsten.³⁶⁾ Eine Umrüstung des GBI oder des Taurus-XL-Satellitenträgers würde eines gewissen Entwicklungs- und Testaufwandes bedürfen, der nicht zu verbergen ist. Lediglich Entwicklungsländer schießen mit unerprobten Raketen herum, die USA mit Sicherheit nicht! Zudem würde eine Stationierung von Atomraketen in Silos in Polen keine strategischen Vorteile bringen. Die Position ist bekannt und im Ernstfall leicht angreifbar. Die Stationierung der Raketen in Silos ist auch nur im Hinblick auf defensive Einsatzzwecke von Vorteil: Raketen können dort einfacher gefechtsbereit gehalten werden. Da jedoch der Angreifer stets den Zeitpunkt bestimmt, ist dies nur im Verteidigungsfall von Bedeutung und wiegt den Nachteil des bekannten und verwundbaren Standorts nicht auf. Ein heimliches Umrüsten etwa amerikanischer SSGN-U-Boote von Tomahawk auf Trident würde eine viel schnellere, bes-

sere, wirkungsvollere und durch Russland kaum bemerkbare zusätzliche Angriffsoption schaffen. Die russischen Vergleiche der Raketenabwehrdebatte mit der Kubakrise sind daher als übertrieben zu bezeichnen.

Damit nicht genug, wurde von Moskauer Seite auch behauptet, das Radar in der Tschechischen Republik würde den USA tiefe Einblicke in den russischen Luftraum gewähren.³⁷⁾ In der Tat verfügt es über eine große Reichweite. Was jedoch die russischen Kritiker übersahen, ist, dass die Erde rund ist und sich der russische Luftraum hinter dem Erdhorizont befindet! Das Radar kann daher nur Objekte orten, die aus Russland in den Weltraum geschickt werden - und hierzu verfügen die aus dem Kalten Krieg stammenden Frühwarnradare in Grönland und Schottland über eine größere Reichweite.

Als „Gegenvorschlag“ bot Putin Bush die Nutzung einer russischen Radarstation in Gabala an - als angebliche Alternative zu den geplanten Einrichtungen in Polen und der Tschechischen Republik.³⁸⁾ Hierzu ist zu sagen, dass es sich bei dieser Radaranlage um ein Frühwarnradar handelt,³⁹⁾ dessen Auflösungsvermögen zu gering ist, um als Feuerleitradar Verwendung zu finden. Es könnte bestenfalls die amerikanische Architektur ergänzen, aber nicht ersetzen. Zudem hat die Russische Föderation die Station - die seit dem Zerfall der Sowjetunion auf dem Territorium Aserbaidschans liegt - nur bis 2012 gepachtet.⁴⁰⁾

Die russische Opposition gegen die amerikanischen Raketenabwehrpläne ist neben innenpolitischer Show und Abarbeitung der ideologisch-antiwestlichen Grundhaltung des russischen Establishments in erster Linie gegen jede Art militärischer alliierter Präsenz in Osteuropa gerichtet.⁴¹⁾ Moskau scheint noch an ein Vorrecht der militärischen Intervention im ehemaligen Einflussbereich zu glauben, und amerikanische Truppen in dieser Region stören dieses Empfinden der russischen Eliten. Es war deshalb auch nicht verwunderlich, dass Russland bald auch Bedenken gegen die neue Obama-Architektur anmeldete und seine bellizistische Rhetorik wieder aufwärmte.⁴²⁾

Dass sich Russland mit dieser Argumentation und bulligem Verhalten eine privilegierte Behandlung in der NATO durch die Aufwertung des NATO-Russland-Rates und ein Miteinbeziehen in die NATO-Raketenabwehrpläne erkämpfen konnte, ist in erster Linie als Führungsschwäche westeuropäischer Staaten und der USA zu interpretieren. Es mag belustigend sein, dass sich die russischen Eliten mit dem Argument einer flachen Erde auf die Jagd nach Aufmerksamkeit machen, es ist aber beschämend, dass man in Europa nichts Besseres weiß, als diese ernst zu nehmen oder gar zu reproduzieren!

Die Neugestaltung der Raketenabwehr unter Obama

Zusammenfassend kann man den Bush-Plan als durchdacht und für den Schutz Europas brauchbar bezeichnen. Ob die Art und Weise, wie die Verhandlungen mit den Europäern geführt wurden, immer passend war, darüber lässt sich streiten.

Die Anlage eines solchen Abwehrsystems in Europa - die USA hätten dem alten Kontinent einen vollständigen Schutz vor ballistischen Raketen aus der Golfregion

finanziert - zeigte auch, dass die USA unter Bush zumindest Teile Europas als vollwertige Verbündete ansahen. Denn der Schutz des alten Kontinents würde für die USA nur insoweit Nutzen abwerfen, als man ein durch eine Raketenbedrohung erwirktes Ausscheren europäischer Bündnispartner aus einer möglichen Koalition zum militärischen Eingriff am Golf als nachteilig empfindet. Keine Rückversicherung gegen mögliche iranische Raketen zu haben, würde eine probate Interventionsbremse darstellen. Und nicht zuletzt musste man auch mit Rückwirkungen der öffentlichen Meinungswahrnehmung aus Europa in die USA rechnen.

Allerdings zögerten Polen und die Tschechische Republik die Ratifizierung der Stationierungsverträge durch langwierige Verhandlungen um Gegenleistungen wie auch aufgrund innenpolitischer Differenzen hinaus.⁴³⁾ Der Prozess zog sich über die Präsidentschaftswahlen in den USA und gab der neuen amerikanischen Führung die Möglichkeit, die bisherige Politik Bushs zu überdenken. Zunächst passte man die Bedrohungswahrnehmung den neuen Erkenntnissen über das iranische Raketenprogramm an. Ging die Regierung Bush davon aus, dass der Iran bis 2015 Raketen entwickeln werde, die Europa oder sogar die USA erreichen könnten,⁴⁴⁾ gelten derart pessimistische Prognosen heute als wenig wahrscheinlich. Die Neubewertung der strategischen Prioritäten und der Bedeutung der Bündnispartner durch die Regierung Obama führte aber bald zu einer drastischeren Entscheidung.

Der „Phased Adaptive Approach“ Obamas

Am 17. September 2009 verkündete der neu gewählte Präsident der USA, Barack Obama, die geplante „3rd Site“ in Europa nicht zu stationieren. Stattdessen plane man eine phasenweise Einführung eines neuen mobilen Systems auf Basis der SM-3. In der ersten Phase (2011-2015) sollen amerikanische Kriegsschiffe mit der SM-3 Block 1A in angrenzenden Gewässern patrouillieren, in Phase 2 (2015-2018) sollen mobile, landgestützte SM-3 Block 1B in Rumänien hinzukommen und das Sensornetzwerk (vermutlich AN-TPY-2-Radargeräte) verdichtet werden, ab Phase 3 kommt die verbesserte SM-3 Block 2 in land- und seegestützten Plattformen zu Einsatz.⁴⁵⁾ Ein neues C²-Netzwerk und mobile Radargeräte sollen entwickelt werden.

Seitens der amerikanischen Spitzen wird hierfür ins Treffen geführt, dass dieser Ansatz flexibler sei, schon ab 2011 einen Raketenabwehrschirm für Europa bieten würde und auf erprobter Technologie aufbaue, somit das Entwicklungsrisiko minimiere.⁴⁶⁾ Scheinbar aus politischen Gründen wurde diese Argumentation in Westeuropa mit Begeisterung aufgenommen,⁴⁷⁾ obwohl sich alle Argumente bei genauerem Hinsehen als grundfalsch herausstellen.

Die scheinbar gewonnene Flexibilität der Aufstellungsorte relativiert sich im Einsatz in Europa durch die zu erkaufende Abhängigkeit vom Aufstellungsstandort. Im Falle fester Anlagen muss die Stationierung im Krisenfall ja nicht erneut verhandelt werden. Bei mobilen Systemen ist es jedoch möglich, dass in Krisenzeiten, wenn diese stationiert werden sollten, ein politisches Gerangel um

das Abringen von Zugeständnissen im Falle der Stationierung entsteht.

Das gilt v.a. im Hinblick auf die Türkei bzw. das Schwarze Meer, das sich für einen effektiven Einsatz der schiffsgestützten SM-3 am ehesten anbieten würde.⁴⁸⁾ Der Vertrag von Montreux⁴⁹⁾ beschränkt eine mögliche Stationierung amerikanischer Marineeinheiten auf ein einziges Schiff. Die Entsendung von Verbänden ist auf drei Wochen begrenzt.⁵⁰⁾ Im Konfliktfall kann die Türkei die Straße auch für die militärische Schifffahrt sperren. Da die Türkei unter der gegenwärtigen Führung eher an guten Beziehungen zum Iran interessiert ist⁵¹⁾ und die amerikanischen Raketenabwehrpläne eher als Hindernis der eigenen Nachbarschaftspolitik sieht,⁵²⁾ würde die Erlaubnis der Passage - so sie überhaupt erteilt wird - an politische Konzessionen gebunden werden. Damit ergeben sich im Falle einer Konfrontation für Teheran aber wieder Spielräume, denn es weiß, dass es im Falle des Falles über Ankara die Einnahme eines wirkungsvollen amerikanischen Verteidigungsdispositivs vereiteln kann.

Zweitens ist die SM-3 ein viel zu leistungsschwacher Flugkörper, um größere Räume gegen weitreichende Raketen zu schützen. Sie wurde ja auch zum Schutz kleiner Landmassen (Südkorea, die japanischen Inseln), Flotten oder Inselstützpunkte gegen Raketen bis zu einer Reichweite von etwa 1.500 km konzipiert. Nach bisher veröffentlichtem Bildmaterial der Tests wurde sie auch stets gegen Integralflugkörper erprobt, nie gegen Zielraketen, die eine Reichweite von über 1.000 km aufweisen.⁵³⁾ Gegen eine Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von etwa 4.000 km kann die SM-3 Block 1 etwa einen Radius von 500 km um die Feuerstellung abdecken.⁵⁴⁾ Ob sich dies mit der neu zu entwickelnden SM-3 Block-2 ändern könnte, ist als fraglich zu bewerten, da mit einer derart kleinen Rakete⁵⁵⁾ die anvisierte Brennschlussgeschwindigkeit von über 5.000 m/s nur mit einem extrem leichten Kill-Vehicle⁵⁶⁾ zu erreichen wäre. Ein solches würde nur über einen wenig leistungsfähigen IR-Sensor verfügen, was angesichts der geringen Radarreichweite keine gangbare Lösung darstellt.

Noch dramatischer fällt der Leistungsverlust des mobilen AN/TPY-2 gegenüber dem stationären GBR-P in Brdy aus. Ersteres wurde zum Erkennen und Verfolgen von Integralflugkörpern in taktischen Szenarien entwickelt. Für die Ortung der viel schnelleren, kleineren Wiedereintrittskörper einer IRBM, die über einen erheblich geringeren Radarquerschnitt verfügen, verfügt es nicht über die notwendige Leistung.⁵⁷⁾ Das bordeigene Radar der AEGIS-Schiffe, auf denen die Raketen in der ersten Phase stationiert sind, verfügt ebenfalls nur über eine geringe Reichweite.⁵⁸⁾ Das System wäre also auf eine genaue Einweisung durch Infrarotsatelliten angewiesen. Hier unterscheidet sich die neue Lösung nicht von der alten, denn Satelliten zur Zieleinweisung sind auch ein wesentlicher Baustein der Clinton/Bush-Architektur. Allerdings sind diese Satelliten einer der größten Kostentreiber im System - es befinden sich erst zwei Erprobungssatelliten im All, vor 2020 dürfte also jedwede Raketenabwehrarchitektur für Europa nicht einsatzbereit sein.

Im November 2010 wurde die SM-3 Block 2B auch

zugunsten eines neuen Entwicklungsprogramms (der Next Generation AEGIS Missile - NGAM) fallen gelassen.⁵⁹⁾ Ziel ist die Entwicklung eines schnelleren Interzeptors, der Raketen möglichst früh abfangen und auch Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen bekämpfen können soll.⁶⁰⁾ Damit revidiert Obama seine auch im Wahlkampf stets postulierte Forderung, teure Entwicklungsprogramme in der Raketenabwehr einzustellen und nur auf bereits ausgereifte Technologien zu setzen - denn dies ist ein sehr anspruchsvolles, neues Entwicklungsprogramm. Auch der zweistufige GBI, jener von Bush für Europa vorgesehene Interceptor, wird nach wie vor getestet.⁶¹⁾ Der alte Stationierungsplan wäre also noch eine Rückfalloption. Es sei aber erwähnt, dass sich die USA selbst durch eine dritte GBI-Basis an der amerikanischen Ostküste schützen können. Hiefür braucht es keine Stationierungsverträge mit Europa.

Raketenabwehr im Rahmen der NATO?

Der Phased Adaptive Approach Obamas bietet also für Europa eine vorerst wenig leistungsfähige Lösung, die z. T. auf noch nicht entwickelten Komponenten beruht und erst ab 2020 realistisch einsatzbereit sein wird. Für Europa ist dieser Schritt - abgesehen vom Versuch des Appeasements Moskaus - wenig sinnvoll.

Die Entscheidung Obamas ist aber auch unter anderen Gesichtspunkten nachvollziehbar. Sollen die Systeme aber nur in Europa stationiert und im Einsatzfall zur Verdichtung der Raketenabwehrarchitektur im Mittleren Osten herangezogen werden, ist eine mobile Architektur auf Basis der SM-3 erstrebenswert. Dass man sich bei dieser Entscheidung auf eine Neu-Evaluierung des iranischen Raketenprogramms stützte und die Abwehr von Raketen bis zu einer Reichweite von maximal 2.000 km ins Auge fasste (diese Raketen fliegen nicht bis Europa!), scheint der Entscheidung logisch nachvollziehbare Gründe zu geben. Luftverlastbare Systeme können rasch in den Mittleren Osten geflogen werden, um dort wichtige amerikanische Einrichtungen wie auch die regionalen Bündnispartner zu schützen. Der Persische Golf, das Rote Meer und das

Mittelmeer geben Schiffen gute Bewegungslinien. Gegen eine Shahab-3 oder Sajil ist die SM-3 eine gute Wahl. Durch die Möglichkeit, Verbündete im Mittleren Osten vor iranischen Raketenangriffen zu schützen, soll nicht nur einer expansiven iranischen Außenpolitik vorgebeugt werden, es soll auch verhindert werden, dass etwa Saudi-Arabien, die Türkei oder Ägypten durch das Lancieren eigener Atom- und Raketenprogramme ein Gegengewicht zum Iran schaffen.

Die Bereitstellung einer Raketenabwehr, um im Konfliktfalle eine Beruhigung der politischen Eliten wie des Massenpublikums zumindest der wichtigen europäischen Bündnispartner sicherzustellen, scheint nicht mehr als kostendeckend beurteilt zu werden. Dass die amerikanische Architektur nicht (alleine) in der Lage ist, Europa zu schützen, wurde auf leisen Sohlen auch eingestanden.⁶²⁾ Stattdessen werden die Europäer über die NATO eingeladen, selbst in die Tasche zu greifen und die Entwicklung wie Beschaffung geeigneter Sensoren und Flugkörper mitzutragen.

Am Lissabonner Gipfel 2010 wurde zumindest der Aufbau einer Raketenabwehrarchitektur in Europa ins Auge gefasst.⁶³⁾ Doch Beschlüsse allein reichen nicht, es kommt auf die Implementation an. Hiezu sind die Planungsstäbe der NATO gefordert, den politischen Entscheidungsträgern konkrete Konzepte vorzulegen. Hier tut man sich insbesondere mit den türkischen Forderungen nach einem flächendeckenden Schutz - also nicht nur wichtiger Zentren - aller NATO-Staaten,⁶⁴⁾ einem türkischen Kommando der in der Türkei stationierten NATO-Raketenabwehrkomponenten⁶⁵⁾ und keinen Staat als Referenzfeind in entsprechenden NATO-Positionen zuzulassen,⁶⁶⁾ schwer. All dies hat große Auswirkungen auf die Zahl der benötigten Systeme und die Führungsinfrastruktur.

Die Position Erdogans ist nicht unverständlich, wenn man die neoosmanische Dimension seiner Außenpolitik in Betracht zieht.⁶⁷⁾ Soll der Mittlere Osten zum Objektbereich eigener Hegemonialambitionen werden, gilt es zunächst die westlichen Staaten (also die NATO) durch

Abb.1 Ausbaustufen strategischer Offensiv- und Defensivwaffenpotenziale

Stufe	Ziel	Offensivsysteme	Defensivsysteme
Stufe 1	Symbolischer Wert, technische Demonstration	Wenige Raketen, geringe Zuverlässigkeit der Gesamtsysteme, keine Truppeneinführung, lediglich Versuchs- und Erprobungsmuster;	Wenige Systeme, keine Truppeneinführung, Erprobungs- und Versuchsmuster, Systemdemonstration, geringe Zuverlässigkeit unter Einsatzbedingungen;
Stufe 2	Begrenztes Potenzial	Truppeneinführung von wenigen Raketen, Zuverlässigkeit des Einzelsystems > 95%, Möglichkeit, wenige Ziele auszuschalten ➔ eher politisches Druckmittel denn militärisches Offensivpotenzial;	Truppeneinführung einiger Komponenten, noch geringer Abstimmungsgrad Sensoren/Flugkörper, Möglichkeit, einige Raketen abzufangen und die gegnerische Offensivplanung zu verunsichern;
Stufe 3	Erhebliches Potenzial	Truppeneinführung einer größeren Zahl sich ergänzender Waffensysteme, nachgewiesene hohe Zuverlässigkeit des Systemverbundes, Möglichkeit zur offensiven Planung ➔ Chance, das militärisch-strategische Potenzial des Gegners entscheidend zu schwächen!	Truppeneinführung einer größeren Zahl sich ergänzender Systeme, hohe Zuverlässigkeit des Gesamtsystems unter Einsatzbedingungen, Möglichkeit, so viele Raketen abzufangen, dass ein strategischer Erstschlag seiner entwaffnenden Wirkung beraubt werden kann!
Stufe 4	Erhebliches Potenzial + Reserve	Möglichkeit zum entwaffnenden Erstschlag mit einer gewissen zweitschlagfähigen Reserve, die einen zweiten Bekämpfungsvorgang ermöglicht!	Möglichkeit, einen Erstschlag vollständig zu begegnen und einer Reserve, auch weitere Bekämpfungsvorgänge durchzuführen!
Stufe 5	„Overkill“	Möglichkeit, mehrere vollständig entwaffnende Schläge zu führen ➔ „Overkill“	Ausreichend Systeme, um alle Sättigungsversuche und mehrwellige Angriffe abzufangen;

Quelle: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Veriteln der Raketenabwehroption politisch aus der Region zu halten - unter anderem auch durch Verwehren einer effektiven NATO-Raketenabwehr. Daran hat sich auch durch Erdogans vorläufiges Einverständnis zu einer Stationierung eines Radars nichts geändert.⁶⁸⁾ Es war in erster Linie ein taktischer Schachzug, um die amerikanische Kritik an Erdogan anlässlich der Eintrübung des türkisch-israelischen Verhältnisses abzuwehren. Denn um die Details der Stationierung zu verhandeln und einen möglichen Vertrag zu ratifizieren, will man sich Zeit lassen.⁶⁹⁾ Wie sich das Bündnis angesichts der Tatsache verhält, mit der Türkei eher einen potenziellen Opponenten denn Bündnispartner in den Entscheidungsgremien sitzen zu haben, wird sich in Zukunft weisen.⁷⁰⁾

Abschließende Bemerkungen zur Raketenabwehr

Echte Raketenabwehr, also das exoatmosphärische Zerstören der Raketen oder des Sprengkopfes, um ein Verglühen der Debris in der Atmosphäre sicherzustellen, ist von endoatmosphärischer Bekämpfung kleiner Flugkörper im Rahmen der taktischen Fliegerabwehr zu unterscheiden. Die ständigen Unkenrufe, dass Ersteres nicht funktionieren könne, da es keine 100%ige Trefferwahrscheinlichkeit gebe oder Abwehr stets übersättigt werden könne, können als wenig gerechtfertigt angesehen werden. Eine 100%ige Funktionssicherheit gibt es bei keinem Waffensystem, auch nicht bei strategischen Offensivwaffen. Raketenabwehr muss auch nicht eine 100%ige Abwehrchance bedeuten, genauso wenig wie ein nukleares Abschreckungspotenzial immer die Möglichkeit bieten wird, den Gegner vollständig zu vernichten.

Im Bereich der Defensiv- wie der Offensivwaffen gibt es Systeme beschränkter Abschreckung, und diese haben nicht unerhebliche Konsequenzen für die strategische Planung der jeweiligen Gegenseite. Auch beschränkte Abwehrkapazitäten können einen nuklearen Offensivplan zunichte machen, wenn der Gegner sich nicht sicher sein kann, vitale Erstschlagziele mit Sicherheit auszuschalten. Selbiges gilt für die politische Symbolwirkung, die einem Raketenstaat entgegengesetzt werden kann. Diese Möglichkeit schlägt sich freilich wiederum in politischem Einfluss nieder und eröffnet der Diplomatie weitere Optionen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Defensivsysteme stehen mit Offensivsystemen in Wechselwirkung!

Das sowjetisch-amerikanische Patt während des Kalten Krieges - im Sinne obiger Tabelle Stufe 5 auf beiden Seiten - ist eine historische Ausnahmesituation. Alle anderen nuklearen Mächte - Großbritannien (1952), Frankreich (1960), China (1964), Israel (~1965), Indien (1974), Südafrika (1978), Pakistan (1998) und Nordkorea (2006) - strebten jeweils ein beschränktes Abschreckungspotenzial an. Die amerikanisch-sowjetische Ausnahmesituation zur Messlatte aller strategischen Rüstungsprojekte zu machen und Raketenabwehr heute noch nach den Prämissen des Kalten Krieges zu diskutieren, ist aus Sicht des Verfassers wenig sinnvoll.

V.a. wenn man bedenkt, wo jene Staaten stehen, gegen die sich das Raketenabwehrprogramm der USA wendet:

Im Bereich der Offensivwaffen befindet sich Nordkorea auf Stufe 1, der Iran hingegen unternimmt ernsthafte Anstrengungen, gegenüber dem regionalen Umfeld Stufe 2 zu erreichen. Die USA ziehen dementsprechend im Bereich der Defensivwaffen gleich. Mit der SM-3 wird man zur regional begrenzten Raketenabwehr in der Lage sein. Hauptziel der USA dürfte sein, durch die Möglichkeit der Raketenabwehr einer weiteren Proliferation von Atomwaffen im Mittleren Osten zu begegnen. Saudi-Arabien, Ägypten oder die Türkei sollen nicht selbst zur Bombe greifen, um dem Iran die Stirn bieten zu können. Vielmehr soll der amerikanische Schutzschirm verbessert und attraktiver gestaltet werden und so - so hofft man - auch der amerikanische Einfluss gewahrt bleiben.

Was die Abwehr weiter reichender Flugkörper angeht, so haben die USA nicht aufgehört, den GBI weiter zu entwickeln (auch die für Europa vorgesehene zweistufige Variante wurde getestet). Im Falle einer Reichweitenteigerung mittelöstlicher Raketen (auch durch Import!) könnten sich die USA auch durch eine dritte Basis an der Ostküste schützen. Als vordringlich dürfte aber die Entwicklung geeigneter Sensoren, besonders der Frühwarn- und Verfolgungssatelliten, wie der erforderlichen C²-Struktur für den Sensorverbund sein.

Dass Europa in den strategischen Kalkulationen Washingtons keine Rolle mehr spielt, wurde durch die Aufgabe der Raketenabwehrpläne für Europa (die Systeme werden zwar in Europa stationiert, können dort aber kaum vernünftig eingesetzt werden), bestätigt. Einzig Frankreich scheint die Lage erfasst zu haben und sucht durch eigene Anstrengungen gegenzusteuern. ■

ANMERKUNGEN:

1) Zur Proliferationssituation vgl.: The International Institute for Strategic Studies, Iran's Ballistic Missile Capabilities, A net assessment, London 2010; Robert H. Schmucker, Markus Schiller: Fernwaffen in Entwicklungsländern, Technologie und Verbreitung, 14. Auflage, Vorlesungsskriptum der TU München 2009; Markus Schiller: Fernraketen im Iran und Nordkorea, - Technische Einschätzung der Bedrohungssituation. In: Peter Sequard-Base (Hrsg.) Beiträge zum Workshop Raketenabwehr Wien, 17.2.2010, S.107-122; vgl. auch die Online-Version dieses Beitrages, die sich intensiver der Proliferationsproblematik widmet: Gustav C. Gressel: Raketenabwehr als strategisches Korrektiv, Teil 1, Die Proliferationssituation, vgl. hierzu die jeweiligen Onlineausgaben der ÖMZ unter: www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben.shtml.

2) Zur den technischen Aspekten sei verwiesen auf: Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr, Schriftenreihe des Amtes für Rüstung und Wehrtechnik, Ausgabe 1, Wien 2009; sowie Peter Sequard-Base (Hrsg.): Beiträge zum Workshop Raketenabwehr, 17.2.2010, Schriftenreihe des Amtes für Wehrtechnik, Ausgabe 2, Wien.

3) Wie Untersuchungen nach dem Golfkrieg zutage förderten, gingen die meisten „Abschüsse“ von SCUD-Raketen in Israel nicht auf das Konto der Patriot, sondern diese Raketen brachen von selbst auseinander. Um die Reichweite der R-17 auf ca. 600 km zu steigern, verlängerte der Irak die Treibstofftanks erheblich, was zu einer ungünstigen Gewichtsverteilung und hoher struktureller Belastung der Raketen beim Wiedereintritt in die Atmosphäre führte. Diesem hielten sie nicht stand. Vgl.: Alexander Simon: The Patriot Missile, Performance in the Gulf War Reviewed, 15th July 1996, www.cdi.org/issues/bmd/patriot.html; Peter Sequard-Base: Raketenabwehr, Bedrohung-Verteidigung, Eine physikalisch-technische Annäherung, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, 1/2003, Wien S.31ff.

4) Duncan Lennox: Jane's Strategic Weapons Systems, Issue 49, Coulsdon 2008, S.348-351.

- 5) Ibid., S.234-238.
- 6) Ibid., S.302-305.
- 7) Im Falle der Arrow dürfte der Schutzbereich etwas größer sein, bekämpft sie ihre Ziele doch in den äußersten Atmosphärenschichten. Diese Rakete stellt jedoch auch das Maximum dar, was mit „erweiterter Fliegerabwehr“ zu erreichen ist. Und für einen Staat mit einer derart kleinen Flächenausdehnung dürfte dies auch ausreichen. Vgl. zur Rakete: Ibid., S.252-256.
- 8) David S. Yost: Missile Defence on NATO's agenda, www.nato.int/docu/review/2006/issue3/english/analysis1.html; Holger H. Mey: Raketenabwehr - Einige grundlegende Gedanken zu einer Idee, deren Zeit gekommen ist. In: Erich Reiter, Ernst M. Felberbauer (Hrsg.): Perspektiven einer europäischen Raketenabwehr, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, 2/2002, Wien, S.15-22.
- 9) Zum Raketenstest: Joseph S. Bermudez: A History of Ballistic Missile Development in the DPRK, Monterey Institute of International Studies, Monitoring Proliferation Threats Studies, Occasional Paper Nr. 2, download: <http://cns.mii.edu/pubs/opapers/op2/op2.pdf>, S.26ff.
- 10) Ibid., S.26ff.
- 11) Vgl. auch: Raketenabwehr in Europa - die Diskussion in den USA, Tschechien, Polen und Russland, Diskussionspapier, Konrad-Adenauer-Stiftung, www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokumente_dok_pdf_1177_1.pdf, S.3-4.
- 12) Der gesamte Vertragstext ist abrufbar: www.state.gov/www/global/arms/treaties/abm/abm2.html.
- 13) Eine Übersicht über Clintons Programm, das in der Diskussion um die Architektur Bushs in der Literatur stiefmütterlich behandelt wurde, findet sich unter: www.globalsecurity.org/space/system/nmd.htm.
- 14) National Missile Defense Act of 1999, <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c106:S.296>.
- 15) America withdraws from ABM-treaty, BBC-News Online, 13. Dezember 2001. Putins Kommentar hierzu: „I fully believe that the decision taken by the president of the United States does not pose a threat to the national security of the Russian Federation.“ Ibid.
- 16) Zur Beurteilung der strategischen Situation in dieser Zeit vgl.: Big Bang: 11 September and US Non-proliferation Policy. In: The International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 2001/2002, Oxford, S.17-35.
- 17) Vgl. Ibid., S.28-35; Keith B. Payne: Bush Administration Strategic Policy: A Reality Check, The Journal of Strategic Studies, Vol.28, No.5, October 2005, S.775-787.
- 18) The White House, Washington, National Security Presidential Directive /NSPD-23, December 16, 2006, www.fas.org/irp/offdocs/nspd-23.htm; Missile Defense Agency, The Missile Defence Programm 2009-2010, August 2009, Washington D.C.; oder: Missile Defense Agency, Global Ballistic Missile Defense, A Layered Integrated Defense, BMDS Booklet, fourth edition, Washington D.C., 2006.
- 19) Der Ground Based Interceptor (GBI) ist eine Abfangrakete gegen Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen. Sie ist heute auch weltweit die einzige konventionell armierte strategische Defensivwaffe. Zur Rakete vgl.: Duncan Lennox: Jane's Strategic Weapons Systems, a.a.O., p.333-337; Zur Leistungsfähigkeit der Waffe gegen ballistische Raketen siehe: Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr, a.a.O., S.31-34.
- 20) Raketenabwehr der USA angeblich aktiviert, Besorgnis über Nordkorea, Neue Zürcher Zeitung Online, 21.6.2006; Zu den Abfangraketen und deren Leistungsdaten vgl.: Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr, a.a.O., S.31-36.
- 21) Vgl.: The White House, Washington, National Security Presidential Directive, NSPD-23, December 16, 2006, www.fas.org/irp/offdocs/nspd-23.htm.
- 22) Iran verlangt Freilassung, Neue Zürcher Zeitung Online, 14. Jänner 2007; U.S. says arms link Iranians to Iraqi Shiites, International Herald Tribune Online, 11 February 2007; U.S. links Iran to raid that killed GIs in Iraq, International Herald Tribune Online, 2 July 2007.
- 23) A Stronger Enemy? Afghan Insurgents' Improved Skills Could come from Outside Sources, Defense News, 8 June 2009, p.28.
- 24) Vgl.: Ali M. Ansari: Iran under Ahmadinejad, The policies of confrontation, Adelphi Paper Nr. 393, London 2007, S.58-62.
- 25) The International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 2007, The Annual Review of World Affairs, London, S.239-241.
- 26) Die bisher installierten GBI-Feuerstellungen in Alaska und Kalifornien wiesen eine Feuerlücke über der Ostküste aus. Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr, a.a.O., S.78-81.
- 27) Polen will Basis für US-Raketenschild werden, Die Welt Online, 18.11.2005.
- 28) Vgl. zur Leistungsfähigkeit des Systems zur Abwehr von Raketen Richtung USA und Europa: Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr, a.a.O., S.70-82.
- 29) Vgl.: Ibid., S.73.
- 30) Beide Radargeräte waren AN/FPS-115, operierten im S-Band ($\lambda \approx 0,7\text{m}$), der Antennendurchmesser beträgt 25,6 m und die Spitzenleistung 0,87 MW. Keulöffnungswinkel ist 24,2 MRad. Zur Anlage siehe: Ibid., S.57.
- 31) Zum Radar und seinen technischen Daten vgl.: Ibid., S.49f. Zur Diskussion um die benötigte Sendeleistung vgl.: Eugene Kogan, Gustav C. Gressel: Missile Defence in Europe: Systems, Policies and Strategic Choices, Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Liberale Politik, Reihe Studien, Wien 2009, S.17-18.
- 32) Zur kurzen Übersicht über die Space Based Infrared Satellites (SBIRIS) vgl.: Infrared Space Systems Directorate, www.losangeles.af.mil/library/factsheets/factsheet.asp?id05330.
- 33) Steinmeier warnt vor neuem Wettrüsten, Stern Online, 17. März 2007.
- 34) „US-Raketenabwehr ist eine Provokation“, Die Presse Online, 22. August 2007.
- 35) Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr a.a.O., S.82-88; Zur selben Schlussfolgerung kommt: Dean Wilkening: European Missile Defense Options, a.a.O.
- 36) Putin: US risks new Cuban missile crisis, The Guardian Online, 27. Oktober 2007; Obama's Missile Defence Decision, The View From Europe, New Atlanticist Online, 18. September 2009; Als Chefpropagandist Moskaus im Westen fiel natürlich dazu ein: George N. Lewis, Theodore A. Postol: European Missile Defence: The Technological Basis of Russian Concerns, www.armscontrol.org/print/2616.
- 37) Der damalige und heutige Vizepremier Sergej Ivanow behauptete 2007, dass die in Tschechien geplante Radarstation „das verfolgen kann, was sich auf einem bedeutenden Territorium des russischen Territoriums abspielt“. Diese Argumentation floss weiter in die Debatte um die Raketenabwehr ein: Ist US-Raketenabwehrsystem gegen Iran oder gegen Russland gerichtet? - Wscemja Nowostej, RIA Novosti Online, 19. August 2007; Obama's Missile Defence Decision: The View From Europe, New Atlanticist Online, 18.9.2009.
- 38) Taleh Ziyadov: Putin's Gabala Offer gets Mixed Reaction in Azerbaijan, The Jamestown Foundation Online, 22.7.2007.
- 39) Das Gerät arbeitet im VHF-Bereich mit einer Frequenz von 150-200 Mhz ($\lambda = 1,5\text{-}2\text{ m}$). Vgl. zur Station: Pavel Podvig, History and the Current Status of the Russian Early-Warning System, Science and Global Security, 10:21-60, 2002, <http://iis-db.stanford.edu/pubs/20734/Podvig-S&GS.pdf>.
- 40) Taleh Ziyadov: Putin's Gabala Offer gets Mixed Reaction in Azerbaijan, a.a.O.
- 41) David Smith: Obama Missile Defence Blunder, Defense News, 28.9.2009, p.37; Andrei V. Zagorski: Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse? Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des IILP, Wien, Dezember 2007, S.18-24.
- 42) Smiles but little else as Medwedew meets Obama, The Moscow Times Online, 27.05.2011; Russia warns of „new Cold War“ as US focuses on Mideast, Hürriyet Daily News Online, 18.5.2011.
- 43) Polen schachert um US-Raketenabwehr, Besseres Angebot gefordert, Neue Zürcher Zeitung Online, 10.7.2008; Neue Gespräche über geplante US-Raketenabwehr in Polen, Annäherung beider Seiten - Russland weiter skeptisch, Neue Zürcher Zeitung Online, 14.8.2008; Polen und Tschechien signalisieren Ja, Süddeutsche Zeitung Online, 19. Februar 2007.
- 44) Vgl.: The International Institute for Strategic Studies, Iran's Ballistic Missile Capabilities, A Net Assessment, London 2010, S.8.
- 45) Zum Phased Adaptive Approach vgl.: Ballistic Missile Defence Review, Military Technology, 8/2010, S.14-20.
- 46) Obama speech on missiles, Financial Times Online, 17.9.2009; Robert M. Gates: A Better Missile Defense for a Safer Europe, New York Times Online, 19.9.2009.

- 47) Ein Beispiel: Mark Fitzpatrick, A Prudent Decision on Missile Defence, *Survival*, Vol.51, No. 6, December 2009, S.5-12.
- 48) Vgl.: Dean Wilkening: European Missile Defense Options, a.a.O.S.39ff.
- 49) Christian Rumpf: Dardanelles, Sea of Marmara, Bosphorus. In: Rudolf Bernhardt (Ed.): *Encyclopaedia of Public International Law*, Volume I, Amsterdam, a.o., 945-950, p.947-950; Montreux Convention. (2010). In *Encyclopædia Britannica*. Retrieved January 10, 2010, from *Encyclopædia Britannica Online*: <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/1319887/Montreux-Convention>.
- 50) Vgl.: Christian Rumpf: Dardanelles, Sea of Marmara, Bosphorus a.a.O., S.947-950.
- 51) Turkey: NATO's Man in Mideast or Vice-Versa? *Defense News*, 8. November 2010, S.14; Turkey Ups Push for Mideast Security Zone, *Defence News*, 6.12.2010, S.14; Turkey, Syria, Lebanon, Jordan Near Trade Pact, *Defense News*, 25.10.2010, S.1 und 6.
- 52) Saban Kardas: Erdogan Discusses Missile Defense with Obama Ahead of NATO's Summit in Lisbon, *The Jamestown Foundation Online*, 15.11.2010.
- 53) Vgl.: George N. Lewis: Theodore A. Postol, A Flawed and Dangerous U.S. Missile Defence Plan. In: *Arms Control Today*, May 2010; Der Artikel ist nur aufgrund der abgedruckten Suchkopfbilder interessant. Ansonsten ist Postols und Lewis' Argumentation wenig schlüssig und eher als emotionale Kreuzzugsliteratur zu werten.
- 54) Vgl.: Peter Sequard-Base: Missile Defence for Europe, Comparison of Defence Concepts computed with RAAB Model. In: Peter Sequard Base: Beiträge zum Workshop Raketenabwehr, vom 17.2.2010 in Wien, Wien 2010, S.49.
- 55) Jede SM-3 ist an die Maße des Abschusscontainers gebunden, in dem sie auf den Schiffen oder einer möglichen landgestützten Abschussvorrichtung stationiert werden soll. Dieser gibt v.a. den Durchmesser mit 53,3 cm vor, die Länge wäre beim längsten Modul (Strike-Module) mit ca. 7,5 m begrenzt. Lockheed Martin, The MK 41 Vertical Launching System (VLS), http://www.lockheedmartin.com/data/assets/ms2/pdf/MK41_VLS_factsheet.pdf.
- 56) Sequard-Base nimmt 5 kg für das Kill-Vehicle an (Model. In: Peter Sequard Base: Missile Defence for Europe, a.a.O., S.40-41). Nach seinen Angaben lässt sich sonst die vom Personal der MDA angegebene maximale Brennschlussgeschwindigkeit von 5.700 m/s nicht erreichen. Mit jedem schwereren Kill-Vehicle wäre die Brennschlussgeschwindigkeit deutlich geringer, und damit ergeben sich erhebliche Einschränkungen in den taktischen Szenarien. Allerdings ist zu bezweifeln, ob das Kill-Vehicle tatsächlich so weit erleichtert werden kann, denn es kann bei den geplanten Aufschaltentfernungen wie der durch die zu schwachen Radargeräte notwendigen Diskriminierungs- und Unterscheidungsleistungen des Suchkopfes nicht auf einen sehr leistungsfähigen IR-Sensor verzichten. Dieser wiegt aber mit Sicherheit mehr. Daher wird in Jane's das Gewicht des „Leightweight ExoAtmospheric Projectile“ (LEAP) für die SM-3 Block I mit 23 kg angegeben. (Duncan Lennox, Jane's Strategic Weapons Systems, a.a.O., S.355). Gils, der der SM-3 generell ein positives Zeugnis ausstellt, macht keine Angaben zum Gewicht des Kill-Vehicles. Vgl.: Hans Christinan Gils: Modellierung von Raketentrajektorien und deren Anwendung für die Untersuchung von Raketenabwehrsystemen (BMD-Systemen). In: Peter Sequard-Base (Hrsg.): Beiträge zum Workshop Raketenabwehr, 17.2.2010, Schriftenreihe des Amtes für Wehrtechnik, Ausgabe 2, S.4-18.
- 57) Wolfgang Rosmann: Radare in der Raketenabwehr, Technische Aspekte zur Analyse und Modellierung. In: Peter Sequard Base (Hrsg.): Beiträge zum Workshop Raketenabwehr, 17.2.2010, Schriftenreihe des Amtes für Wehrtechnik, Ausgabe 2, S.101-102.
- 58) Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr a.a.O., S.96-97.
- 59) Aiming High: Briefing, Sea-Based Ballistic Missile Defence. In: Jane's Defence Weekly, Vol.48, Issue 1, 5th January 2011, S.25.
- 60) Defence Update, Next Generation AEGIS Missile, defenceupdate.com/features/2010/november/18112010_aegis_ng.html; vgl. auch: Aiming High: Briefing, Sea-Based Ballistic Missile Defence, a.a.O., S.25.
- 61) Dieser scheint für den mobilen Einsatz zumindest erwogen zu werden: Boeing Unveils Mobile GBI, *Aviation Week Online*, 19. August 2009. Der Test des zweistufigen GBI (man sieht die Startfrequenz) wurde von der Missile Defense Agency auf Youtube gestellt, sonst gibt sich die MDA darüber bedeckt. www.youtube.com/watch?v=IE_1_Wd5fa8.

www.youtube.com/watch?v=IE_1_Wd5fa8.

62) Vgl.: Missile Defense Tops NATO Summit Plan, *Defense News*, 15. November 2010, S.4.

63) Eine entsprechende Absicht wurde im neuen strategischen Konzept bekundet (Active Engagement, Modern Defence, Strategic Concept of the Members of the North Atlantic Treaty Organization, www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf).

64) Options Complicate Turkish Role in NATO Plan, *Defense News*, 29. November 2010, S.8; At NATO, Doubts on Missile Shield's Price Tag, *Defence News*, 29.11.2010, S.8.

65) Turkey wants control in NATO missile shield-Erdogan, *Reuters*, 16.11.2010.

66) The decision that Ankara hates making, *Hürriyet Daily News Online*, 29.10.2010.

67) Vgl. hierzu: Options Complicate Turkish Role in NATO Plan, *Defense News*, 29. November 2010, S.8; Soner Cagaptay: Is Turkey Leaving the West? In: *Foreign Affairs Online*, 26. October 2009, <http://www.foreignaffairs.com/articles/65661/soner-cagaptay/is-turkey-leaving-the-west>; Soner Cagaptay: Sultan of the Muslim World. In: *Foreign Affairs Online*, 15. November 2010, <http://www.foreignaffairs.com/articles/67009/soner-cagaptay/sultan-of-the-muslim-world>.

68) U.S. Hails Deal With Turkey on Missile Shield, *New York Times Online*, 15.09.2011.

69) Missile approval left till after key US visit, *Hürriyet Daily News Online*, 19.09.2011.

70) Zu dieser Frage sei verwiesen auf: Eugene Kogan: Turkey's Place and Role in Changing NATO. In: *Zur Außen- und Innenpolitik der Türkei, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien*, November 2010, S.3-10.



Mag. Gustav Gressel

Geb. 1979; 1997-2002 Dienst im Österreichischen Bundesheer, darunter die Ausbildung zum Fliegerabwehroffizier; 2003-2007 Studium der Politikwissenschaft, Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: strategische Rüstung, Großmachtbeziehungen und der Schwarzmeerraum; zurzeit Referent für internationale Sicherheitspolitik und Strategie im Büro für Sicherheitspolitik des BMLVS.

Der Krieg in Italien von 1943-1945

Romedio Thun-Hohenstein

Das Jahr 1943 begann für Hitlers Deutschland mit der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad, der im Mai die Kapitulation der italienischen und deutschen Streitkräfte in Tunesien folgte, ca. 270.000 Soldaten gingen dort in die Kriegsgefangenschaft.¹⁾ Die personellen und materiellen Ressourcen des „Deutschen Reiches“ reichten längst nicht mehr aus, die Anforderungen der Ostfront, des Luftkrieges und der Rüstungsindustrie gleichermaßen zu erfüllen.

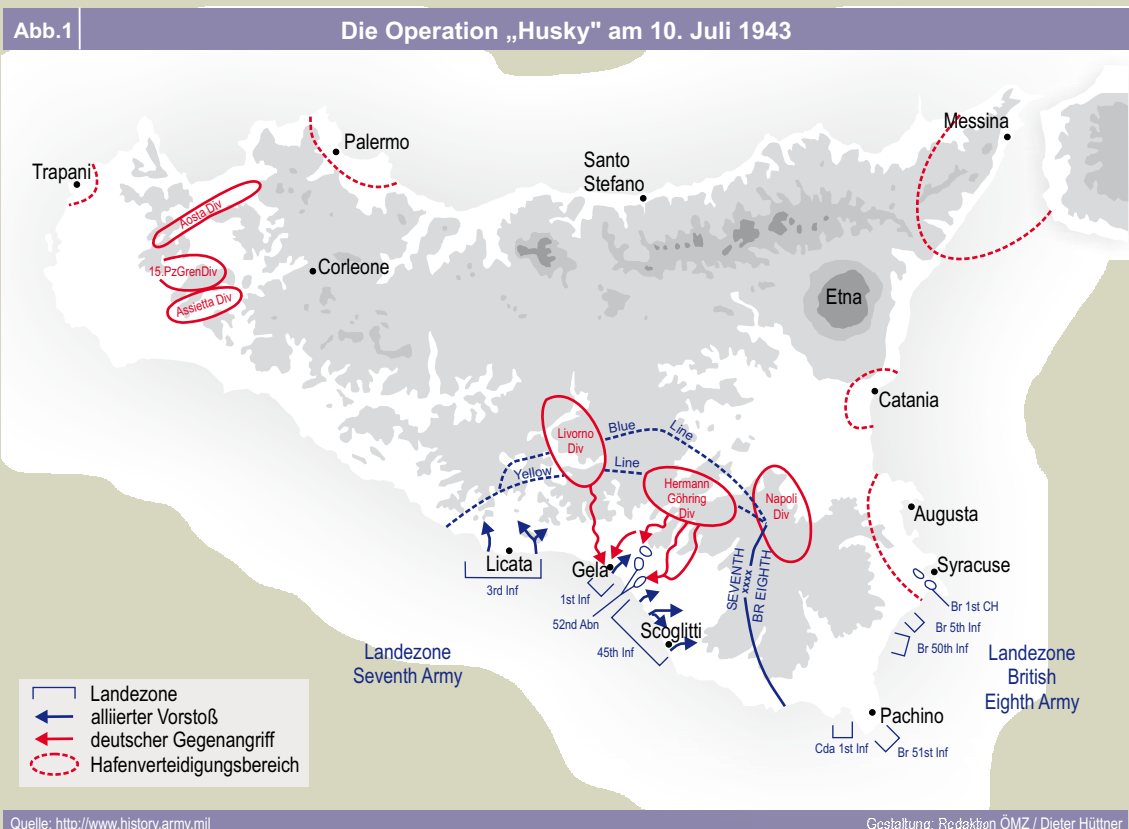
Für die Alliierten sah die Lage nach dem Tiefpunkt im Sommer 1942 günstiger aus. Allerdings herrschte keine Übereinstimmung über das weitere Vorgehen. Während die Amerikaner so schnell wie möglich direkt nach Deutschland hineinstoßen wollten und deshalb für eine Landung in Nordwestfrankreich noch 1943 plädierten, vertraten die Briten eine mehr indirekte Strategie, wofür sich eine alliierte Landung in Sizilien anbot. Damit verfolgten sie mehrere Ziele: die Zersplitterung und Abnutzung der deutschen Kräfte, die Lösung Italiens aus dem Achsenbündnis und die Sicherung des Mittelmeerraumes.

Bei der Casablanca-Konferenz im Januar 1943 setzten sich die Briten durch, und man beschloss die Landung in Sizilien nach dem Ende der Kämpfe in Tunesien durchzuführen. Was nach der Einnahme Siziliens geschehen sollte, wurde erst auf der „Trident“-Konferenz in Washington im Mai 1943 festgelegt, auf der die Landung in Frankreich für den 1. Mai 1944 beschlossen wurde. Allerdings hielt man daran fest, Italien aus dem Krieg zu bringen, was auch eine Landung auf dem italienischen Festland einschloss. Weil aber zum 1. November 1943 sieben Divisionen und ein großer Teil der Landungsfahrzeuge für die geplante Landung in Frankreich überführt werden sollten, beschränkte man damit von vornherein die eigenen Erfolgsaussichten.

Für die geplante Landung in Sizilien wurde der amerikanische General Dwight D. Eisenhower²⁾ Oberbefehlshaber der al-

liierten Streitkräfte im Mittelmeer, aber der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, General Sir Harold Alexander,³⁾ sowie die Oberbefehlshaber der See- und Luftstreitkräfte, Admiral of the Fleet Sir Andrew Cunningham⁴⁾ und Air Chief Marshal Sir Arthur Tedder⁵⁾, waren alle Briten. Damit besaßen die Briten zum Ärger Eisenhowers ein deutliches Übergewicht, aber sie waren der Meinung, dies sei angesichts des keineswegs überzeugenden Kampfwerts der Amerikaner eine Notwendigkeit.

Hitler rechnete zwar schon im März 1943 mit dem Verlust Italiens, war aber keineswegs gewillt, den Verbündeten von vornherein abzuschreiben. Allerdings sahen sich die Deutschen außerstande, eine alliierte Landungsoperation schon auf See abzuwehren. Während die Alliierten für die Landungsoperation annähernd 3.000 Schiffe aller Art bereitstellen konnten, darunter allein acht Schlachtschiffe und zwei große Flugzeugträger, unterstützt von 4.328 Flugzeugen aller Typen, verfügte die deutsche Luftwaffe über gerade 932 Maschinen, von denen nur 563 einsatzbereit waren, zu denen ca. 450 Flugzeuge der italienischen Luftwaffe traten. Im OKW hielt man eine Landung in Griechenland oder auf Sardinien ebenfalls für möglich, während der italienische Oberbefehlshaber auf Sizilien, Armeegeneral Guzzoni,⁶⁾ dagegen eine Landung auf Si-



zilien erwartete. Die Streitkräfte der Achsenmächte dort betrugen ca. 28.000 Deutsche und 175.000 Italiener, die sich bis zum Ende der Kämpfe auf 62.000 deutsche und ca. 190.000 italienische Soldaten erhöhen sollte.

Operation „Husky“⁷⁾ der alliierten Landung am 10. Juli 1943, ging ein missglücktes Luftlandeunternehmen der britischen 1st Airborne Division und der 82. U.S.-Airborne Division bei Syrakus und Gela in der Nacht voran, während die Anlandung von See erfolgreich ablief. Die britische 8. Armee unter General Sir Bernard Montgomery⁸⁾ landete im Raum Syrakus-Pachino, während die 7. US-Armee unter dem Befehl von Lieutenant General George S. Patton⁹⁾ zwischen Licata und Vittoria an Land ging. Am 13. Juli standen bereits 80.000 britische und amerikanische Soldaten auf Sizilien, die sich erbitterte Gefechte mit den deutschen Verteidigern lieferten, während die Mehrzahl der italienischen Truppen als kampffähige Verbände rasch ausschied. Eine schnelle Räumung Siziliens wurde jedoch wegen der möglichen demoralisierenden Wirkung auf den Bündnispartner nicht durchgeführt. Stattdessen wurden innerhalb von fünf Tagen nach der Landung die ursprünglich zwei deutschen Divisionen (Panzerdivision „Hermann Göring“ und 15. Panzergrenadierdivision) auf der Insel durch zwei weitere Divisionen (1. Fallschirmjäger- und 29. Panzergrenadierdivision) mit dem Ziel verstärkt, den Vormarsch des Gegners auf einer Linie Santo Stefano-Catania zum Stehen zu bringen.

Bei den Alliierten sah der ursprüngliche Plan den direkten Stoß Montgomerys über Catania auf Messina vor, während die 7. US-Armee lediglich Flankenschutz geben sollte. Montgomerys Stoß lief sich jedoch bald fest, während Patton von Alexander Handlungsfreiheit erwirkte und mit

einem raschen Stoß Palermo in Besitz nehmen konnte. Der Vormarsch auf Messina erwies sich jedoch wegen der zähen und geschickten deutschen Verteidigung als zeitraubende Angelegenheit. Am 31. Juli musste General Guzzoni den Oberbefehl über „alle deutschen und italienischen Truppen in der Kampfzone“ dem General der Panzertruppe Hube¹⁰⁾ überlassen. Das von Misstrauen gekennzeichnete Verhältnis der Achsenpartner verschlechterte sich nach der Absetzung Mussolinis durch den Großrat des Faschismus am 25. Juli ganz erheblich, sodass es mehrfach zu bewaffneten Zwischenfällen kam. Dennoch ist es nicht so, dass alle italienischen Einheiten immer gleich kapitulierten, wie die Deutschen behaupteten, denn im Tagebuch General Pattons liest man unter dem 19. Juli: „*The Italians are fighting very well in face of certain defeat. They must crack soon.*“¹¹⁾ Das sollte zwar bald der Fall sein, aber den Alliierten gelang es trotz ihrer Luftüberlegenheit nicht, die Evakuierung der deutschen Truppen über die Straße von Messina zu verhindern. Allein gegen Sizilien flogen USAAF und RAF insgesamt 8.174 Einsätze, bei denen insgesamt 8.188 Tonnen Bomben abgeworfen wurden.¹²⁾

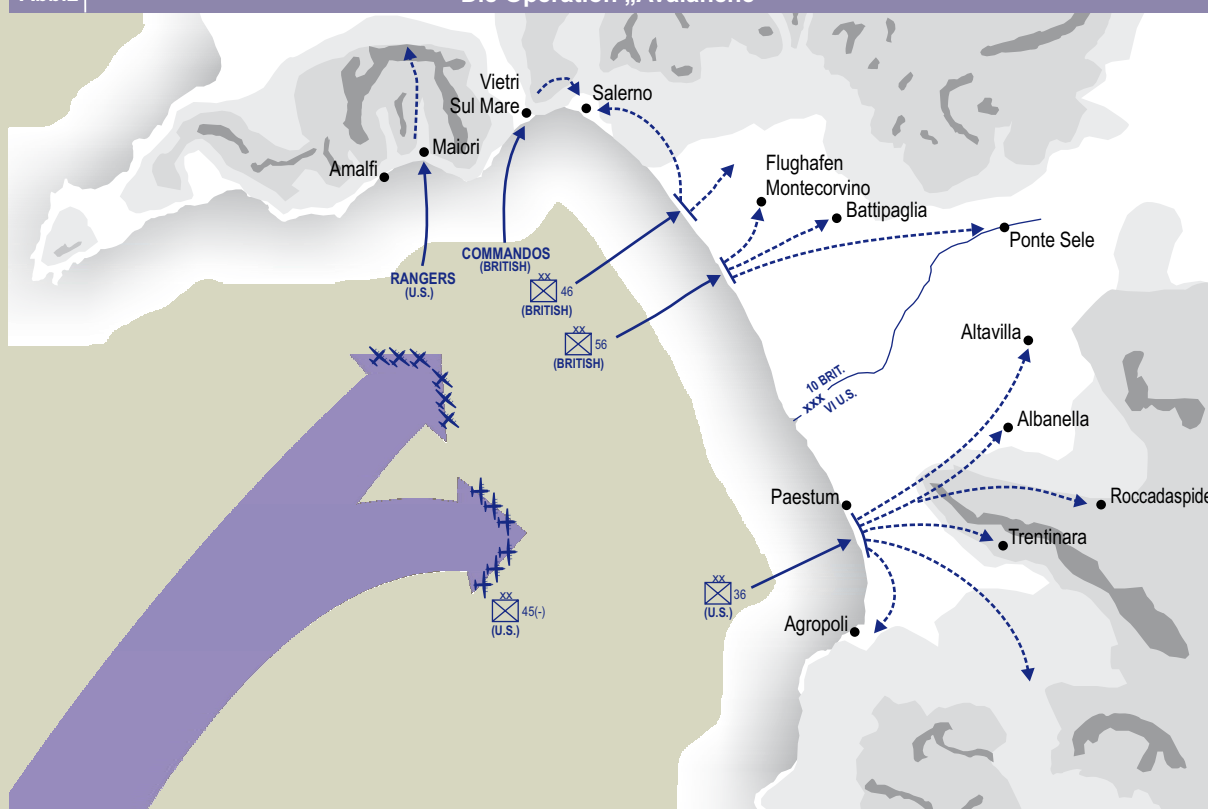
Im Schutz eines massiven Flakschirms gelang es der deutschen Führung im Rahmen des Unternehmens „Lehrgang“ vom 11. bis 17. August, ungefähr 40.000 Mann mit Fahrzeugen und schwerem Gerät auf das Festland zu transportieren.¹³⁾ Die Italiener setzten zwischen dem 3. und 17. August 62.000 Mann über. Die Gründe für das Entkommen der deutschen Truppen lagen v.a. in der mangelnden Abstimmung unter den britischen Oberbefehlshabern, sodass ein Einsatz aller verfügbaren Luftstreitkräfte in der Straße von Messina offenbar nicht erwogen wurde: „*At no stage did the three Allied Commanders-in-Chief repre-*

sent to the Supreme Commander that an emergency, such as would justify the diversion of all available air-strength, had arisen.“¹⁴⁾ Auch Cunningham hat offenbar einen Vorstoß seiner schweren See- und Luftstreitkräfte gegen die Straße von Messina nicht in Erwägung gezogen;¹⁵⁾ möglicherweise stand ihm das Schicksal von Admiral de Robeck in den Dardanellen 1915 vor Augen.¹⁶⁾ Die personellen Verluste bei der Eroberung von Sizilien waren auf beiden Seiten hoch:

4.678 deutsche und 4.325 italienische Soldaten waren gefallen, ge-

Abb.2

Die Operation „Avalanche“

Quelle: <http://www.history.army.mil>

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

genüber 2.721 britischen und 2.811 amerikanischen. Die jeweiligen Verwundetenzahlen betrugen 13.500 bei den Deutschen, 32.500 bei den Italienern sowie 7.939 bei den Briten und 6.470 bei den Amerikanern. 4.583 Deutsche und 40.655 Italiener wurden vermisst, 5.532 deutsche und 116.681 italienische Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Für die Alliierten war Sizilien „*a truly horrid country in climate, fleas, mosquitos, sand, bugs, mountains, and inhabitants*“, wie General Patton in einem Brief vom 6. August 1943 schrieb.¹⁷⁾

Nach dem Verlust Siziliens hatten sich die Deutschen längst auf den völligen Abfall Italiens eingestellt. Unter dem Decknamen „Achse“ waren die Besetzung des italienischen Territoriums, die Entwaffnung der königlichen Streitkräfte, die Rücknahme der in Süditalien stehenden deutschen Verbände und das Vorschieben von Großverbänden der Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Rommel¹⁸⁾ bis zu einer Linie ostwärts Perugia - Porto Civita Nova geplant.¹⁹⁾ Dennoch gingen die Gespräche zwischen Italienern und Deutschen über die gemeinsame Verteidigung zunächst weiter. Nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 begann die neue Regierung unter Marshall Badoglio Geheimverhandlungen mit den Alliierten, die dann am 3. September zur Unterzeichnung eines „Short Term“-Waffenstillstandes führten, den die Alliierten am 8. September bekannt gaben.

Derweil hatten sich die Alliierten auf der Quadrant-Konferenz in Quebec über das weitere Vorgehen gestritten. Marshall witterte hinter den britischen Vorschlägen deren Balkan-Ambitionen, wo sie offensichtlich den Sowjets zuvorkommen wollten, und betrachtete jede Verstärkung im Mittelmeer als Schwächung von „Overlord“, der geplanten Landung in Nordwestfrankreich. Die sowjetische Bedrohung für ein Nachkriegseuropa sah er als nichtexistent an. Der Chef des britischen Generalstabes, General Sir Alan Brooke, schrieb am 15. August über Marshall: „*I entirely failed to get Marshall to realize the relation between cross Channel and Italian operations, and the repercussions which the one exercises on the other.*“²⁰⁾

Das Ergebnis war ein Kompromiss, der neben der Ausschaltung Italiens als Kriegsgegner die Gewinnung von Flugplätzen im Raum Rom, die Besetzung Sardiniens und Korsikas und die Aufrechterhaltung eines starken Drucks auf den Gegner vorsah, um günstige Bedingungen für „Overlord“ zu schaffen. Was damit genau gemeint war, blieb unklar, klar war jedoch, dass eine Eroberung Süd- und Mittelitaliens erfolgen würde. Durch den am 8. September von Eisenhower verkündeten Waffenstillstand schied zwar Italien als Kriegsgegner aus, doch konnten die Alliierten keinen Nutzen aus dem Potenzial der kampfmüden italienischen Truppen ziehen. Stattdessen gab Hitler um 20:00 Uhr den Befehl für „Achse“. Dass es keinen ernsthaften Widerstand gegen die von den Deutschen durchgeführte Entwaffnung von immerhin 1.007.000 Soldaten²¹⁾ gab, lag daran, dass die italienischen Verbände keinerlei entsprechende Befehle erhalten hatten. Versuche, dies am 12. September zu korrigieren, kamen zu spät. Außerdem glaubten die meisten Soldaten, dass der Krieg für sie nun wirklich zu Ende sei. Die von den Deutschen

psychologisch geschickt ausgegebene Parole, deshalb einfach nach Hause zu gehen, führte zur Selbstaflösung des italienischen Heeres.

Am 3. September landeten die Briten in der Operation „Baytown“ mit der 5. Infanteriedivision und der 1. kanadischen Division des britischen XIII. Korps, Lieutenant-General Sir Miles Dempsey,²²⁾ bei Reggio di Calabria und stießen anschließend bei relativ geringem Widerstand der deutschen 26. Panzerdivision und der 29. Panzergrenadierdivision des LXXVI. Panzerkorps, General der Panzertruppe Traugott Herr,²³⁾ entlang der beiden Küsten nach Norden vor. Sechs Tage später erfolgte die Landung der 5. US-Armee unter dem Befehl von Lieutenant General Mark Clark²⁴⁾ bei Salerno, Operation „Avalanche“,²⁵⁾ mit zwei britischen und zwei US-Divisionen.

Der von Clarks Stab entworfene Operationsplan sah zwei getrennte Landezonen für die beiden Korps vor und verzichtete wegen des Überraschungsmoments auf eine längere Vorbereitung durch die Schiffsartillerie. Die Briten landeten an einem 10 km breiten Abschnitt auf der Höhe von Battipaglia zwischen Maiori und der Sele-Mündung, während der amerikanische Landeabschnitt nur etwa 4 km breit war und gegenüber Paestum lag. Zwischen der rechten Flanke der Briten und der linken der Amerikaner lagen fast 18 km. Diese räumliche Trennung der beiden Abschnitte lud die Verteidiger zu einem Vorstoß in diese Lücke geradezu ein, um die gelandeten Briten und Amerikaner dann anschließend einzeln zu vernichten. Die Verteidigung oblag der 16. Panzerdivision, die zum XIV. Panzerkorps gehörte, einer ostfronterfahrenen Division, deren Kampfgruppen unmittelbar nach der Landung zum Gegenangriff antraten.

Am Abend des Landungstages hatten die Briten einen Brückenkopf von gerade 5 Meilen Tiefe gewonnen, während die Amerikaner sich in einem Brückenkopf drängten, der unter permanentem Feuer der Deutschen lag, sodass ihre Truppen an den Stränden erhebliche Verluste erlitten. Erschwerend trat hinzu, dass es der von Kalabrien vorstoßenden 8. Armee Montgomerys nicht gelungen war, die beiden deutschen Divisionen in Süditalien an ihrem geordneten Rückzug zu hindern, geschweige denn zu vernichten. So erreichten die 26. Panzer- und die 29. Panzergrenadierdivision noch vor den Briten den Ring der verteidigenden 16. Panzerdivision um Salerno und griffen dort in die Kämpfe ein. Das galt ebenso für die aus dem Raum Gaeta und Neapel kommenden beiden anderen Divisionen des XIV. Panzerkorps, der Panzerdivision „Hermann Göring“ und der 15. Panzergrenadierdivision, die in Richtung Salerno in Marsch gesetzt wurden.

Während alle deutschen Gegenstöße am 9. und 10. September im Feuer der gegnerischen Artillerie und Schiffsartillerie schließlich liegen blieben, entwickelte sich aus dem mit Kräften von drei Divisionen am 13. und 14. September 1943 vorgetragenen deutschen Angriff eine Krise. Auch der Absprung der 82. U.S.-Airborne Division in der Nacht zum 13. September brachte zunächst keine spürbare Verbesserung der bedrängten Lage des VI. Korps. Am 14. erwog Clark offenbar zeitweise die Wiedereinschiffung der US-Truppen und deren Landung im britischen Sektor oder umgekehrt, wie Commodore Oliver,²⁶⁾ Naval Commander Northern Attack Force,

beschreibt: „*I protested to Hewitt* ²⁷⁾ *that re-embarkation of heavily engaged troops from a rather shallow beach-head, followed by disembarkation again, was simply not on, quite apart from other considerations.*“

Am 13. September zog General Sir Alan Brooke sogar ein völliges Scheitern in Erwägung: „*The Salerno landing in my view seems doomed to failure.*“ ²⁸⁾ Dass es nicht dazu kam, lag an der durch die Schiffsartillerie der Kreuzer und Zerstörer verstärkten artilleristischen Überlegenheit der Amerikaner und Briten, die verbissen kämpften, sodass sich die deutsche Gegenoffensive bis zum 16.9. festlief. Mit der Landung der britischen 7th Armoured Division stabilisierte sich bei den Briten die Lage. Schließlich hatte auch Montgomery auf das wiederholte Drängen Alexanders hin seinen Vormarsch beschleunigt, sodass am 16.9. Vorausabteilungen der britischen 5. Infanteriedivision den Ring um Salerno durchbrachen.

Der Ausgang war knapp, und der deutschen Luftwaffe gelang es sogar, mit ferngelenkten Bomben zwei alliierte Kreuzer und das britische Schlachtschiff „*War-spire*“ schwer zu beschädigen sowie das italienische Schlachtschiff „*Roma*“ beim Marsch der italienischen Flotte zur Internierung nach Malta zu versenken. Erst die schweren Angriffe gegen deutsche Flugplätze am 16. und 17. September durch etwa 600 Bomber der NASAF (North West African Strategic Air Force) reduzierten die deutschen Luftangriffe nachhaltig und zwangen die Deutschen, ihre verbleibenden Bomber nach Norditalien und Südfrankreich zu verlegen. ²⁹⁾ Umgekehrt hatten die alliierten Luftangriffe den Anmarsch der 29. Panzergrenadierdivision um entscheidende Stunden verzögert. ³⁰⁾ Am 18. September brachen die Deutschen ihre Angriffe ab, und die 10. Armee zog sich bis Anfang Oktober auf eine Linie Volturno-Mündung - Capua - Termoli zurück.

Die Deutschen hatten immerhin einen Abwehrerfolg errungen, aber es war ihnen nicht gelungen, die bei Salerno gelandeten Alliierten zu zerschlagen. Zudem war man sich nicht über das weitere Vorgehen einig. Während Rommel für eine Verteidigung unter Ausnutzung des nördlichen Apennin plädierte, entschied sich Hitler für eine Verteidigung weit im Süden, entlang der Linie Gaeta-Ortona. Rommel erfuhr dies zu seiner Überraschung erst am 6. November im Führerhauptquartier, wo ihm eröffnet wurde, dass er nun zum Oberbefehlshaber eines neuen Heeresgruppenkommandos z.B.V. zur Abwehr eines alliierten Landungsversuchs in Nordwestfrankreich ernannt worden sei. Goebbels triumphierte, hatte er doch Rommel in seinen Tagebüchern als „innerlich gebrochen“ bezeichnet, der den Krieg „von der defeatistischen Seite aus“ betrachte. ³¹⁾ Neuer Oberbefehlshaber Südwest wurde Generalfeldmarschall Albert Kesselring. ³²⁾

Die Alliierten hatten ihr Hauptziel verfehlt: das Abschneiden der deutschen Divisionen in Süditalien. Die Gründe dafür waren breit gestreut. Clark wie Alexander hatten es versäumt, den Plan für „*Avalanche*“ auf seine innere Stringenz hin zu prüfen, denn die große Lücke zwischen den beiden Landungsabschnitten entpuppte sich als fatal. Ebenso war der Absprung der 82. U.S.-Airborne Division verfehlt, er geschah zu spät und am falschen Ort. Eine amphibische Landung oder auch der Massenabsprung

dieser kampfkraftigen Division in der Lücke zwischen den beiden Korps hätte sich sofort bemerkbar gemacht. Clark zeigte sich keineswegs auf der Höhe, was das Ergreifen taktischer Gelegenheiten betraf, aber dies galt noch mehr für Dawley, den Clark schließlich etwas widerwillig als Sündenbock seines Kommandos enthob. ³³⁾ Clarks Misstrauen gegenüber den Briten verfestigte sich nach „*Avalanche*“. Hinzu kam, dass er der festen Überzeugung war, die eigene Luftwaffe habe ihn bis zum 14. September hängen lassen. Weil Tedder und Air Vice Marshal Coningham, der Befehlshaber der 1st Allied Tactical Air Force, Briten waren, machte Clark die Briten, die er permanent der Überheblichkeit verdächtigte, dafür verantwortlich. Alexander wiederum versäumte es, die Schwachpunkte von „*Avalanche*“ mit seiner Autorität als Befehlshaber zu ändern. Als die Lage bedrohlich wurde, befahl er weder Clark den sofortigen Einsatz der verfügbaren 82. U.S.-Airborne Division noch Montgomery den schnellstmöglichen Vormarsch in Richtung Salerno. ³⁴⁾ Montgomery hatte Clark vor dem Beginn der Operationen gesagt, er solle sich um Alexander nicht weiter kümmern, was Clark gerne annahm, mit negativem Resultat. ³⁵⁾ Clark war ein ausgezeichnete Stabsoffizier, aber kein hervorragender Truppenführer. Die Soldaten der beiden US-Divisionen waren unerfahren, zusammengewürfelt und auf der taktischen Ebene schlecht geführt. „*Most officers from replacement depots report soft and unprepared for the arduous task of leading a platoon in combat. The results is that they break down under stress and strain of battle and whole units become disorganised.*“ ³⁶⁾

Die Deutschen hingegen waren der Ansicht, dass sie v.a. den Amerikanern weit überlegen waren, sodass Kesselring meinte, ein deutscher Soldat wiege drei US-Soldaten auf, und die Zahlen schienen ihm recht zu geben: Zwischen dem 9. und 18. September verloren die Alliierten 6.958, nach anderen Zahlen sogar 8.659 Gefallene, Verwundete und Vermisste, denen ca. 3.500 deutsche Verluste gegenüber standen. ³⁷⁾

Während sich die Deutschen bis Mitte November auf die so genannte „Bernhardlinie“ zurückzogen, ging der weitere alliierte Vormarsch nur zäh voran. Die Gründe dafür lagen zunächst v.a. im Terrain. Italien wird hauptsächlich von der 1.400 km langen Gebirgskette des Apennin geprägt, der sich mit Höhen bis zu 3.000 m und mit Seitenausläufern zur Adria und zum Tyrrhenischen Meer hin erstreckt. Bei einem dieser Ausläufer zwischen Gaeta und Ortona existierten nur wenige Straßen, die im Winter kaum oder schlecht passierbar waren. Straßenverbindungen zwischen Adria und Tyrrhenischem Meer gab es nur zwischen Neapel und Termoli und zwischen Rom und Pescara. Ein Vormarsch motorisierter Truppen war daher nur in den schmalen Küstenstreifen möglich, die im Westen eine Breite von 40 km und im Osten von 20 km aufwiesen. Die Topographie begünstigte den Verteidiger, und dies wurde noch durch im Herbst und Winter reißende Flüsse verstärkt, die sowohl nach Westen wie auch nach Osten fließen. In dieser Jahreszeit ließen schwere Regenfälle sämtliche unbefestigten Wege und Straßen, die keinen felsigen Untergrund besaßen, im Schlamm versinken.

Die ab November in den höheren Lagen einsetzende Kälte führte schließlich zu einem Gebirgskrieg, auf den die Alliierten nicht vorbereitet waren.

Den an der Adriaküste vorstoßenden Briten gelang zwar bis Anfang Januar 1944 der Übergang über den Sangro und der Einbruch in die Bernhard-Stellung, aber Montgomery nutzte diesen Erfolg nicht weiter aus; vielmehr musste er Ende Dezember 1943 den Oberbefehl über die 8. Armee an General Sir Oliver Leese³⁸⁾ abgeben, um den Oberbefehl über die Landstreitkräfte für „Overlord“, die Invasion in der Normandie, zu übernehmen. Clarks 5. US-Armee wiederum war Mitte November derart abgekämpft, dass er nach zweiwöchiger Kampfpause erst am 1. Dezember die Operationen wieder aufnahm, jedoch bis zum 15. Januar 1944 kaum Boden gewann.

Dies war die Ausgangslage für Alexanders Operationsbefehle vom 12. Januar 1944 mit dem etwas euphemistischen Titel „Schlacht um Rom“, in denen der Angriff der 5. US-Armee Richtung Liri-Tal zum Durchbruch durch die „Gustavlinie“ führen sollte. Weil der Verbleib der britischen Panzer-Landungsboote (LST - Landing Ship Tank) zunächst noch bis zum 20. Januar 1944 vorgesehen war,³⁹⁾ plante Alexander parallel zur Landoffensive eine Landung von zwei Divisionen im Rücken der Deutschen bei Anzio - Operation „Shingle“.⁴⁰⁾ Dadurch sollten die Deutschen zum Abzug ihrer Reserven nach Norden gezwungen werden, die 5. US-Armee sollte sich danach mit den gelandeten Kräften vereinigen, und zusammen wollte man die Masse des deutschen XIV. Panzerkorps vernichten und Rom einnehmen.

Um jedoch auf Rom vorzustößen, musste die 5. Armee das etwa 10 km breite Liri-Tal gewinnen, das sich von Nordwesten nach Südosten erstreckt, jedoch im Süden und Norden von Bergen flankiert wird, die sich in der Hand der Deutschen befanden. Die niedrigste Erhebung ist 300 m hoch, die höchste, der Monte Cairo, 1.700 m und einen Teil des Jahres mit Schnee bedeckt. Durch das Liri-Tal und die Stadt Cassino führt auch die Straße Nr. 6, die alte Via Casilina, die Rom mit Neapel verbindet. Die Deutschen hatten in Anlehnung an die Flussläufe des Rapido, Gari und Garigliano eine zum Teil in der Tiefe gestaffelte Verteidigungslinie mit festen Stützpunkten errichtet, die in der Talsohle hinter den Flussläufen und auf den Gratstellungen im Gebirge lagen. Außerdem konnte man das Liri-Tal durch Schließen des Dammes über den Rapido überschwemmen.

Was nun folgte, war eine der längsten und erbittertsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges, die an den Stellungskrieg des Ersten Weltkrieges erinnerte:⁴¹⁾ ein vier Monate andauerndes, frontales Anrennen der Alliierten gegen die deutsche Cassino-Stellung. Zunächst griffen die Briten mit der 5. und 56. Infanteriedivision des X. Korps in der Nacht zum 17. Januar an, und ihnen gelang auch der Übergang über den Garigliano, der sorgfältig vorbereitet und geübt worden war. Nur mit einem improvisierten Gegenangriff durch Entblößung anderer Frontteile konnten die Deutschen den Angriff schließlich zum Stehen bringen. Ein größerer Erfolg im Süden Cassinos wurde jedoch durch den gescheiterten Versuch der links neben dem II. US-Korps eingesetzten 46. Infanteriedivision der

Briten verhindert, die zwar kurzfristig einen Brückenkopf auf dem anderen Ufer des Garigliano bilden konnten, sich dann aber unter schweren Verlusten zurückziehen mussten. Den höchsten Blutzoll zahlte die 36. US-Infanteriedivision, deren Versuch, zwischen dem 20. und 23. Januar den Rapido bei St. Angelo zu überschreiten, mit einem Fiasko und dem Verlust von über 2.000 Soldaten endete.⁴²⁾

Damit war der Versuch, die deutsche Front zu durchstoßen, gescheitert und eine der Voraussetzungen für eine Landung bei Anzio, die in den Morgenstunden des 22. Januar begann, nicht erfüllt.

Die Landung selbst wurde zu einer vollständigen Überraschung, weil die Deutschen die Alliierten in der Nähe von Rom erwartet hatten. Die Truppen des VI. US-Korps, Major General Lucas,⁴³⁾ die aus der 3. US-Infanteriedivision, zwei Regimentern der 1. US-Panzerdivision, der britischen 1. Infanteriedivision und zwei britischen Kommandos bestanden, konnten unbehelligt an Land gehen und einen Brückenkopf bilden. Statt nun sofort ins Landesinnere vorzustößen und durch energische Aufklärung Richtung Albaner Berge - Campoleone - Cisterna die Bedingungen zum Abschneiden der deutschen Cassino-Front zu schaffen, wie es Alexander mehrfach gegenüber Lucas gefordert hatte, konsolidierte dieser zunächst den Brückenkopf. Dadurch wurde wertvolle Zeit vertan, die den Deutschen Gelegenheit zum Gegenangriff gab. Weil bis dahin keine deutschen Truppen im Raum Anzio standen, dauerte es einige Tage, bis 27 Bataillone von insgesamt zwölf verschiedenen Divisionen in den Raum Anzio geworfen und der 14. Armee unterstellt wurden. Nach ständigem Drängen von Clark und Alexander begann Lucas endlich am 30. Januar 1944 mit einem Großangriff, nachdem noch die 45. US-Infanteriedivision zugeführt worden war. Der Angriff, schlecht geplant und ohne sorgfältige Erkundung des Terrains mit zwei auseinanderdriftenden Angriffsspitzen ausgeführt, lief sich bis zum 1. Februar fest.⁴⁴⁾

Damit war auch der zweite Eckpfeiler der alliierten Planung zusammengebrochen, die ja die Vereinigung der gelandeten Truppen des VI. US-Korps mit den Angriffsspitzen der vom Süden vorstoßenden 5. US-Armee vorgesehen hatte. Die Deutschen vermochten zwar die gelandeten Kräfte der Alliierten abzuriegeln, aber alle Versuche in den nächsten Wochen, sie wieder ins Meer zu werfen, scheiterten an der artilleristischen Überlegenheit und der Luftherrschaft der Alliierten⁴⁵⁾ - darin wiederholten sich die Erfahrungen von Sizilien und Salerno. Es sollte jedoch 125 Tage dauern, bis den Alliierten der Ausbruch aus dem Brückenkopf gelang, in dem sich bereits 14 Tage nach der Landung über 70.000 Mann und 18.000 Fahrzeuge befanden, was Churchill zu erregten Demarchen veranlasste. Lucas wurde schließlich am 22. Februar seines Kommandos enthoben und durch Major General Lucian Truscott⁴⁶⁾ ersetzt.

An der Cassino-Front hatte das ständige Anrennen gegen die deutschen Stellungen zu derartigen Verlusten geführt, dass das II. US-Korps nach dreiwöchigen Kämpfen am Ende war. Diese Erkenntnis sickerte nur langsam nach oben durch, denn die alliierten Befehlshaber „verirrten“ sich praktisch nie an die Front und besaßen keine Vor-

stellung von den Bedingungen, unter denen ihre Soldaten kämpfen mussten. Die Bataillons- und Kompaniestärken sanken teilweise bis auf 40% des Sollbestandes ab, bei den Deutschen betrug die Bataillonstärke etwa der 44. Infanteriedivision Anfang Februar gerade noch knapp 180 Mann.⁴⁷⁾ Durch die Bildung des neuseeländischen Korps unter dem Befehl des beim Durchbruch von El Alamein bewährten Lieutenant-General Bernard Freyberg⁴⁸⁾ mit der neuseeländischen 2. und der indischen 4. Division, die von der britischen 8. Armee in den Abschnitt des II. US-Korps verlegt wurden, hoffte Alexander doch noch den Durchbruch zu erkämpfen. Alexander und General Sir Henry Wilson,⁴⁹⁾ Eisenhowers Nachfolger als Oberkommandierender im Mittelmeerraum, saßen Churchill im Nacken, der durch den doppelten Stillstand der Operationen bei Cassino und Anzio über kurz oder lang eine Reduzierung des amerikanischen Engagements im Mittelmeer zugunsten von „Overlord“ befürchtete. Andererseits waren die britischen Chiefs of Staff der Ansicht, dass man statt der zusätzlich zu Overlord geplanten Landung in Südfrankreich alle Anstrengungen auf Italien konzentrieren sollte.⁵⁰⁾

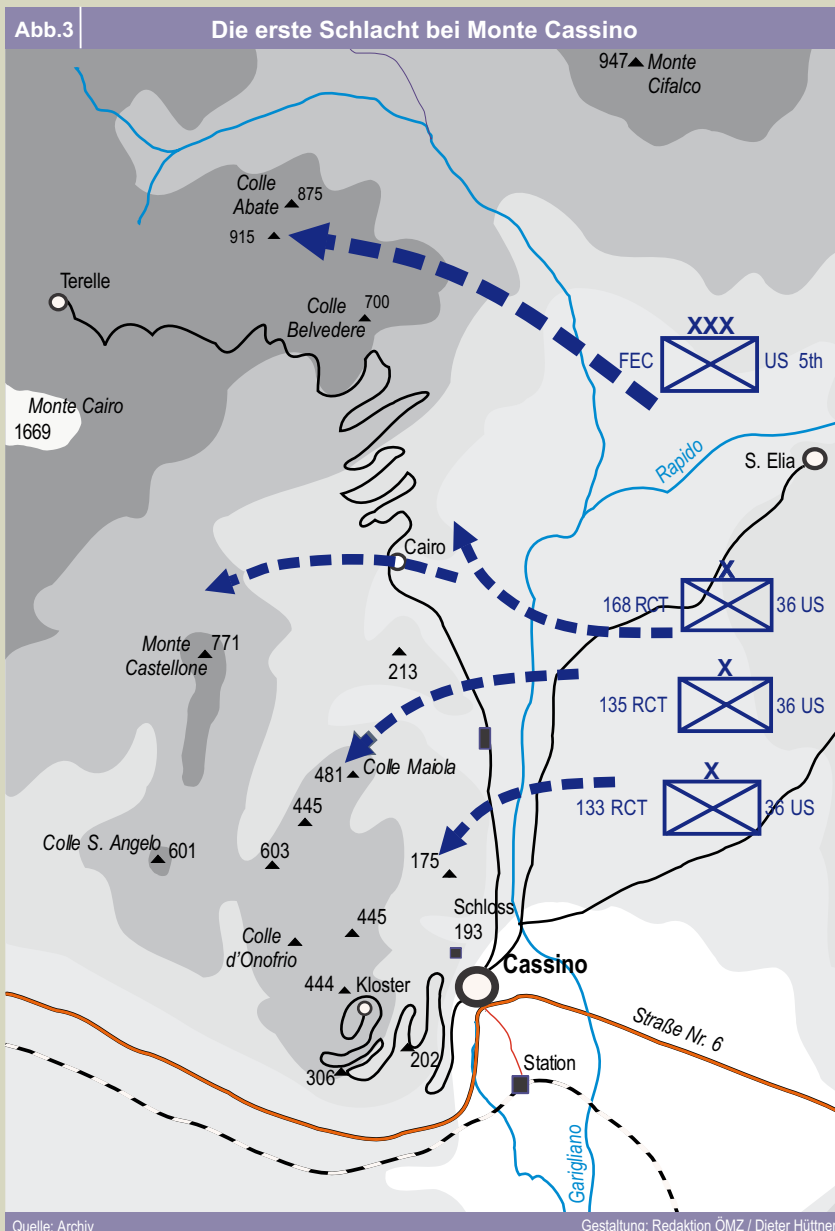
Das aber erforderte zwingend einen Erfolg, den nun die Neuseeländer und Inder bringen sollten.

Statt den ursprünglich geplanten nördlichen Umfassungsangriff über den Monte Castellone zu versuchen, griff Freyberg mit der 4. indischen Division die deutschen Stellungen frontal in den Cassino-Bergen an, während die Neuseeländer die Stadt Cassino einnehmen sollten. An eine Entfaltung in Divisionsstärke war jedoch nicht zu denken, meist konnten nur ein oder zwei Bataillone eingesetzt werden, die von den Deutschen in der Abwehr oder im Gegenangriff einzeln zerschlagen wurden. Dabei war das Kloster selbst längst zu einer Art „bete noire“ der Alliierten geworden, die, von allen Seiten sichtbar, wie ein drohendes Menetekel empfunden wurde. Freyberg und der Kommandeur der 4. indischen Division, Major-General Tucker,⁵¹⁾ gingen davon aus, dass die Deutschen längst das Kloster als Beobachtungspunkt nutzten, und waren überzeugt davon, dass sich deutsche Soldaten innerhalb der Klostermauern befanden. Tatsächlich aber war dies nicht der Fall, allerdings befanden sich mehrere deutsche Stellungen nur etwa 300 m vom Fuß des Klosters entfernt. Freyberg verlangte ultimativ die

Zerstörung des Klosters, Clark war jedoch skeptisch, zumal Keyes, der Befehlshaber des II. US-Korps, die Bombardierung nicht nur für unnötig, sondern sogar für kontraproduktiv hielt.⁵²⁾

Das Problem mit Freyberg war jedoch, dass in der neuseeländischen Division ein großer Teil der waffenfähigen Männer des Landes diente und Freyberg damit direkt der neuseeländischen Regierung gegenüber verantwortlich war. Mit Rücksicht auf Freybergs besondere Stellung erhielt schließlich die alliierte Luftwaffe den Befehl, das Kloster zu zerstören.⁵³⁾ Clark erklärte jedoch Alexander, wenn es sich bei Freyberg um einen amerikanischen General gehandelt hätte, er ihm die Genehmigung dafür nicht erteilt hätte.⁵⁴⁾ Der Angriff erfolgte am 15. Februar mit 140 schweren und 112 mittleren Bombern, die in mehreren Wellen angriffen und das Kloster mit ca. 576 Tonnen Bomben völlig zerstörten. Weil Freyberg jedoch die indische 4. Division nicht unmittelbar nach der Zerstörung des Klosters angreifen ließ, verpuffte die Wirkung des Luftangriffs, und die Deutschen richteten sich in den Klosterruinen sogleich zur Verteidigung ein.⁵⁵⁾ Alle Versuche des neuseeländischen Korps, die deutschen Stellungen bei Monte Cassino zu durchbrechen, scheiterten unter schweren Verlusten, und am 18. Februar flauten die Kämpfe ab.

Für die Deutschen war dies zwar ein erneuter Abwehrerfolg, aber die Hoffnungen auf die Zerschlagung des Anzio-Brückenkopfs erfüllten sich nicht. Stattdessen banden die alliierten Kräfte bei Anzio Anfang März mit den LXXXVI. Panzerkorps und dem I. Fallschirmkorps neun Divisionen und drei Regimenter, und dies entsprach damit teilweise Brookes Strategie, so viele deutsche Großverbände in Italien zu binden wie möglich. Das focht jedoch Churchill wenig an, der ständig drängte und zu Anzio sagte: „We hoped to land a wildcat that would tear out the bowels of the Boche. Instead we have stranded a vast whale with its tail flopping about in the water.“⁵⁶⁾



Das schlechte Wetter mit schwersten Regenfällen in der Ebene und Schneestürmen in den Bergen verzögerte die Wiederaufnahme der alliierten Offensive bis zum 15. März, u.a., weil die Flugplätze im Raum Foggia unter Wasser standen. Am 15. März versuchte das neuseeländische Korps erneut einen Frontalangriff, nachdem am Vormittag über der Stadt Cassino ca. 1.140 Tonnen Bomben abgeworfen worden waren, während die Artillerie von 12:30 bis 20:00 Uhr nahezu 195.969⁵⁷⁾ Granaten mit einem Gesamtgewicht von 1.200 Tonnen auf die Stadt und den Klosterberg verschoss, was etwa 444 Granaten in der Minute oder 7 pro Sekunde entspricht. Die angreifenden Neuseeländer erwarteten nach diesem Bombardement keinen Widerstand und waren mehr als überrascht, dass überhaupt Deutsche dieses Inferno überlebt hatten. Im erbitterten Widerstand der Überlebenden des II. Bataillons⁵⁸⁾ des Fallschirmjägerregiments 3 blieb der Angriff immer wieder liegen, behindert durch die zahllosen Bombentrichter, die das Gelände für Panzer nun fast unpassierbar machten, und durch den kolonnenweisen Einsatz der beiden Divisionen des neuseeländischen Korps.⁵⁹⁾ Zwar eroberten die Inder den Galgenberg, konnten sich aber dort nur mit äußerster Mühe halten, weil die Deutschen immer wieder zum Gegenangriff antraten.

Am 23. März 1944 ließ Alexander den Angriff einstellen, und die Truppen zogen sich von den eroberten Höhen zurück. Bis zur nächsten Offensive sollten sieben Wochen vergehen, denen eine massive Luftoffensive der Alliierten voranging, bei der in 21.688 Einsätzen 25.373 Tonnen Bomben abgeworfen wurden.⁶⁰⁾ Das Ziel, damit den deutschen Nachschub zu unterbinden, wurde jedoch nicht erreicht, weil die Deutschen ihren Nachschub v.a. nachts und bei schlechtem Wetter nach vorne brachten. Der dann folgende alliierte Angriff, Operation „Diadem“, entfaltete sich auf einer 32 km breiten Front vom Tyrrhenischen Meer bis nördlich von Cassino. Dabei traten insgesamt elf Divisionen, vier Panzer- und eine Infanteriebrigade an, während sich mittlerweile sechs Divisionen im völlig überfüllten Landekopf bei Anzio drängten. Diesen Kräften standen auf deutscher Seite elf Divisionen der 10. und sieben der 14. Armee gegenüber.

Den schwierigsten Auftrag hatten die beiden polnischen Divisionen zu erfüllen, die Cassino angreifen sollten. Leese, der Oberbefehlshaber der 8. Armee, hatte Lieutenant-General Anders,⁶¹⁾ dem Kommandieren General des polnischen Korps, am 24. März 1944 zehn Minuten Bedenkzeit gegeben, ob er den Angriff dort durchführen würde, und ihm gesagt, dass dieser Auftrag der schwierigste sei. Anders hatte ja gesagt, obgleich er wusste, was ihm bevorstand. Dies v.a., um sowjetischen Behauptungen entgegenzutreten, die Polen würden nur an ungefährlichen Frontabschnitten kämpfen.⁶²⁾

Der materielle Aufwand der Alliierten war gewaltig, aber die Entscheidung fiel in den Aurunci-Bergen, wo das französische Expeditionskorps⁶³⁾ unter General Alphonse Juin⁶⁴⁾ angriff. Alexander und Clark hatten dem kühnen Vorschlag Juins zugestimmt, durch die als völlig unwegsam geltende Gebirgskette anzugreifen. Weder die alliierten Befehlshaber noch die Deutschen hielten einen Angriff dort für möglich, und die deutsche Front war dort ziemlich ausgedünnt.

Der Beginn der Operation „Diadem“ in der Nacht vom 11./12. Mai 1944 war für die Deutschen eine vollständige Überraschung. Doch während die Polen in erbitterten Kämpfen praktisch Felsbrocken um Felsbrocken, Widerstandsnest um Widerstandsnest einnehmen mussten und die Briten sich nach dem Übergang über den Rapido meterweise durch die deutschen Linien „fraßen“, gelang Juins Marokkanern und Algeriern der Durchbruch. Am 17. Mai erkannte Kesselring, dass seine Front durchbrochen war, und in der Nacht zum 18. Mai räumten die deutschen Fallschirmjäger Stadt und Klosterberg, den die Polen der 3. Karpatenschützen-Division am 18. Mai einnahmen. Am 15. Mai hatte auch das II. US-Korps die „Gustavlinie“ durchbrochen, und am 25. Mai stieß die 5. US-Armee durch den so genannten „Senger-Riegel“⁶⁵⁾ bei Pico - Pontecorvo und vereinigte sich mit dem am 23. Mai aus dem Anzio-Brückenkopf ausgebrochenen VI. US-Korps Truscotts. Dessen Ziel war die Via Casilina im Raum Valmontone, um den Rückzugsweg der deutschen 10. Armee zu blockieren. Damit war die Chance zum Abschneiden zumindest von Teilen dieser Armee gegeben, doch ungeachtet der Proteste⁶⁶⁾ von Major General Harmon,⁶⁷⁾ dem Kommandeur der 1. US-Panzerdivision, und Major General O'Daniel,⁶⁸⁾ dem Kommandeur der 3. US-Infanteriedivision, ließ Clark das VI. Korps nach Rom vorstoßen, was die 10. Armee wohl vor der Vernichtung bewahrte und den Krieg in Italien wesentlich verlängerte. Am 4. Juni 1944 gelangten die ersten Vorausabteilungen von Clarks Truppen nach Rom, der sich dort als Sieger feiern ließ und Pattons Einschätzung Clarks vom 10.1.1943 bestätigte, als dieser schrieb: „*His whole mind is on Clark.*“⁶⁹⁾

Alexander hätte diese Abänderung des Operationsplans, die ausschließlich auf Clarks Eitelkeit und Ruhmsucht gründete, niemals hinnehmen dürfen. Ebenso schwer wog, dass Alexander nicht den Befehl zur Verfolgung der deutschen Kräfte gab, die jetzt auch steigende Verluste durch die alliierten Luftstreitkräfte hinnehmen mussten, weil die Absetzbewegungen der gegnerischen Luftwaffe endlich die ersehnten Ziele gaben. Insofern war die alliierte Luftoffensive während „Diadem“ wesentlich erfolgreicher als „Strangle“, was nicht nur auf die höhere Zahl von 30.079 Einsätzen zurückzuführen ist.⁷⁰⁾ Noch schwerer in der Liste der verpassten Chancen aber wog, dass die alliierte 15th Army Group in Italien zwei US-Divisionen und das französische Expeditionskorps mit vier Divisionen für „Dragoon“, die Landung in Südfrankreich, abgeben musste, sodass Alexander den geplanten alliierten Großangriff der 5. US-Armee und der britischen 8. Armee beiderseits des Futa-Passes nicht durchführen konnte.

Die Deutschen zogen sich in den nächsten Wochen unter schweren Kämpfen vor den langsam nachdrängenden Alliierten zurück, bis sie am 31.8.1944 zum Teil die so genannte „Grün-Linie“ erreichten, die von Cinquale bis Pesaro lief. Am 25. August 1944 verfügte Kesselring über 29 Divisionen, gegenüber 20 alliierten Divisionen. Allerdings relativiert sich diese zahlenmäßige Überlegenheit durch die bessere materielle Ausstattung der alliierten Divisionen. Zudem mussten die Deutschen immer einige Divisionen zum Schutz ihrer Nachschubwege abstellen,

sodass sich das Verhältnis in der Kampfzone nahezu anglich.

Die Hoffnungen Alexanders und Wilsons, nach Durchstoßen der „Grün-Linie“ noch vor dem Herbst die Po-Ebene zu erreichen und eventuell doch noch durch die Laibacher Pforte in das Deutsche Reich vorzustößen, erfüllten sich nicht. Zwar konnte die 8. Armee zwischen dem 25. August und dem 21. September nach mit äußerster Erbitterung geführten Kämpfen Rimini einnehmen, während die am 1. September angetretene 5. US-Armee am 1. Oktober versuchte, Bologna zu nehmen. Doch der mit Einsatz aller Reserven vorgetragene Angriff blieb schließlich am 20. Oktober 14 km vor Bologna liegen, und die abgekämpften US-Verbände stellten sich auf das Überwintern im Apennin ein. Die Briten konnten dagegen an der Ostküste weiter vordringen, sodass die Front am 15. Januar 1945 auf einer Linie Valli di Comacchio - Imola - Ligurisches Meer verlief.

Erst am 9. April 1945 begann dann die letzte alliierte Großoffensive in Italien, Operation „Grapeshot“, bei der zunächst die 8. Armee auf Ferrara vorstieß, um die deutschen Kräfte zu vernichten, die zwischen dem angreifenden britischen V. Korps, Lieutenant-General Sir Charles Keighley,⁷¹⁾ und dem südlichen Ufer des Po standen. Unterstützt wurde der Angriff von der bis dahin auf dem italienischen Kriegsschauplatz größten Konzentration von Luftstreitkräften, Operation „Buckland“, zu denen neben den Kräften der MAAF (Mediterranean Allied Air Force) auch die schweren Bomber der 15th USAAF (U.S. Army Air Force) traten.⁷²⁾ Bereits am 14. April brach der deutsche Widerstand vor dem V. britischen Korps zusammen. Die am 14. April angetretene 5. US-Armee, die jetzt auch über eine Gebirgsdivision verfügte, durchstieß am 20. April die Berge, und am 21. April fiel Bologna. Ende April hörte die deutsche Heeresgruppe C praktisch auf zu bestehen, Munition und Betriebsstoff waren nahezu aufgebraucht. Am 29. April unterzeichnete Oberstleutnant i.G. v. Schweinitz für Generaloberst v. Vietinghoff⁷³⁾ als OB Südwest und HGr C die bedingungslose Kapitulation im alliierten Hauptquartier in Caserta, die am 2. Mai um 14:00 Uhr in Kraft trat. SS-Sturmbannführer Wenner unterzeichnete für SS-Obergruppenführer Wolff, den höchsten SS- und Polizeiführer und bevollmächtigten General der Wehrmacht in Italien. Für die Alliierten unterzeichnete General William Morgan, der Chef des Generalstabes von Feldmarschall Alexander.

Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch: Für die deutsche Seite schwanken die Angaben zwischen 415.615⁷⁴⁾ und 536.000⁷⁵⁾ Gefallenen, Verwundeten und Vermissten, für die 5. US-Armee betrug die Zahl 188.746 und für die britische 8. Armee 123.254.⁷⁶⁾ Für die italienische Seite betrugen die Verluste nach Angaben der italienischen Regierung vom 8. September 1943 bis zum 8. Mai 1945 87.030 gefallene, vermisste oder gestorben Soldaten, während bis zum 8. September 1943 bereits 204.436 Soldaten gefallen, vermisst oder gestorben waren.⁷⁷⁾ Dazu kamen während des ganzen Krieges 153.147 getötete Zivilisten, von denen 123.119 nach dem 8. September 1943 umkamen, davon allein 42.613 durch Luftangriffe.⁷⁸⁾ In diesen Zahlen sind 8.562 ermordete Juden enthalten. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Gerhard Schreiber: Das Ende des nordafrikanischen Feldzuges und der Krieg in Italien 1943 bis 1945. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 8, im Auftrag d. Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Karl-Heinz Frieser, München 2007, S.1109.
- 2) Dwight D. Eisenhower, 1890-1969, 34. Präsident der USA 1953-1961, Supreme Allied Commander Mediterranean bis Dezember 1943. Zu Eisenhower siehe Stephen E. Ambrose, Eisenhower. Soldier and President, New York 1990.
- 3) General, später Field Marshal The Honourable Sir Harold Alexander, GCB, CSI, DSO, MC, 1891-1969. Zu Alexander, dem späteren Earl of Tunis siehe Nigel Nicolson, „Alex“. Life of Field Marshal Earl Alexander of Tunis, London 1973.
- 4) Admiral of the Fleet Sir Andrew Cunningham, 1st Viscount Cunningham of Hyndhope, 1883-1963. Zu Cunningham siehe Michael Simpson, A Life of Admiral of the Fleet Sir Andrew Cunningham. A Twentieth Century Naval Leader, London 2004.
- 5) Arthur Tedder: 1st Baron Tedder of Glenguin, 1890-1967. Zu Tedder siehe Vincent Orange, Tedder. Quietly in Command, London-Portland 2004.
- 6) Alfredo Guzzoni, 1877-1965. 1943 OB 6. italienische Armee auf Sizilien.
- 7) Zu den alliierten Operationen grundlegend The Mediterranean and Middle East vol. 5: The Campaign in Sicily 1943 and the Campaign in Italy 3rd September 1943 to 31st March 1944, by C.J.C. Molony, London 1973.
- 8) General, später Field Marshal Sir Bernard Montgomery, 1st Viscount Montgomery of Alamein, 1887-1976. August 1942-Dezember 1943 OB 8th Army, Dezember 1943-Mai 1945 OB 21st Army Group. Zu Montgomery siehe v.a. Nigel Hamilton: Monty. Master of the Battlefield, London 1984; sowie Nigel Hamilton: The Full Monty. Montgomery of Alamein 1887-1942, London 2001.
- 9) Lieutenant General, später General of the Army George S. Patton, 1885-21.12.1945. Juli-August 1943 OB 7. US-Armee, danach kein aktives Frontkommando wegen des so genannten „slapping incidents“, als Patton am 3.8.1943 bei einem Besuch eines Lazarets auf Sizilien einen Soldaten ohrfeigte, den er fälschlich der Feigheit und Drückebergerei beschuldigte. 1.8.1944-Mai 1945 OB 3. US-Armee. Zu Patton siehe Carlo d'Este, Patton. A Genius for War, New York 1995.
- 10) Hans Valentin Hube, 1890-21.4.1944 (Flugzeugabsturz). September 1942 KG (Kommandierender General) des XIV. Pz.Korps in Stalingrad, ausgeflogen 18.1.1943, 31.7.1943 Befehlshaber aller deutschen und italienischen Truppen auf Sizilien, Oktober 1943 OB (Oberbefehlshaber) 1. Panzerarmee.
- 11) The Patton Papers 1940-1945, ed. by Martin Blumenson, Boston 1974, reprint 1996, S.293.
- 12) William Wolf: American Fighter-Bombers in World War II. USAAF Jabos in the MTO and ETO, Atglen 2003, S.191.
- 13) Josef Schröder: Italiens Kriegsausritt 1943. Die deutschen Gegenmaßnahmen im italienischen Raum: Fall „Alarich“ und „Achse“, Göttingen, Zürich 1969, S.263.
- 14) S. Roskill: The War at Sea HMSO 1960, Vol.3, Part 1, S.145.
- 15) Allein die britische Mittelmeerflotte verfügte zu diesem Zeitpunkt über sechs Schlachtschiffe, zwei große Flugzeugträger, sechs Geleiträger, zehn Kreuzer, sechs Flakkreuzer und 27 große Zerstörer. Corelli Barnett: Engage The Enemy More Closely. The Royal Navy in the Second World War, London 1991, S.662.
- 16) Beim Angriff auf die türkischen Positionen in den Dardanellen am 18. März 1915 verlor Admiral de Robeck drei Linienschiffe durch Minentreffer, während zwei weitere durch Artilleriefeuer schwer beschädigt wurden. Robert Massie: Castles of Steel. Britain, Germany, and the Winning of the Great War at Sea, New York 2003, S.457-464.
- 17) Patton Papers, S.314.
- 18) Generalfeldmarschall Erwin Rommel, 1891-1944 (zum Selbstmord gezwungen 14.10.1944). 17.8.1943 OB Heeresgruppe B in Norditalien, ab November 1943 in Nordwestfrankreich. Zu Rommel siehe u.a. David Fraser: Knight's Cross. A Life of Field Marshal Erwin Rommel, New York 1994; sowie Maurice Philipp Remy: Mythos Rommel, München 1992.
- 19) Die Planungen für „Achse“ wurden am 30. August detailliert geregelt. Schröder, S.215f.
- 20) Field Marshal Lord Alanbrooke: War Diaries 1939-1945, ed. by Alex Danchev and Daniel Todman, London (paperback ed.) 2002, S.442.
- 21) Schreiber, S.1123.
- 22) General Sir Miles Dempsey, 1896-1969. Dezember 1942-Januar 1944 KG brit. XIII Corps, Januar 1944-August 1945 OB brit. 2nd Army.
- 23) General der Panzertruppe Traugott Herr, 1890-1976. Juli 1943-Februar

1944 und April-Dezember 1944 KG LXXVI. Pz.Korps, zeitweilig Führer der 14. Armee (24.11.-16.12.1944), Februar-Mai 1945 Führer der 10. Armee. Vgl. auch Dermot Bradley et Al.: Die Generale des Heeres 1921-1945, Bd.5., Osnabrück 1999.

24) General Mark Wayne Clark, 1896-1984. November 1942-Dezember 1944 OB 5. US-Armee, Dezember 1944-Mai 1945 OB 15th Army Group, danach OB Allied Forces Italy. März 1945 jüngster 4-Sterne General der US-Armee. Clark schrieb relativ apologetische Memoiren: Mark W. Clark: Calculated Risk, New York 1950.

25) Zur Landung bei Salerno siehe u.a. Des Hickey, Gus Smith: Operation Avalanche. Salerno Landings 1943, London 1983; sowie Erich Morris: Salerno. A Military Fiasco, London 1983.

26) Zitiert nach Barnett, S.678.

27) Vice Admiral H. Kent Hewitt, 1887-1972. Bei „Avalanche“ Allied Naval Commander Western Task Force.

28) Lord Alanbrooke: War Diaries, S.452.

29) Wolf, S.197.

30) Ian Gooderson: Air Power at the Battlefront. Allied Close Air Support in Europe 1943-45, London 1998, S.213. Allein die USAAF flog vom 18.8.-20.9.1943 9.527 Einsätze. Wolf, S.198.

31) Joseph Goebbels: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte Teil 2: Diktate 1941-1945, 15 Bde. München 1993-1996, Bd. 10, S.180, v. 27.10.1943.

32) Generalfeldmarschall Albert Kesselring, 1885-1960. OB Süd 1941, 1943 bis Kriegsende OB Südwest mit Unterbrechungen, zugleich OB HGr C. 1947 v. brit. Militärgericht zum Tode verurteilt, Umwandlung in 21 Jahre Haft, wegen Krankheit 1952 entlassen.

33) Dominick Graham, Shelford Bidwell: Tug of War. The Battle for Italy 1943-1945, Paperback, ed. Barnsley 2004 (1st ed. 1986), S.99.

34) Graham, Bidwell: Tug of War, S.98.

35) Graham, Bidwell: Tug of War, S.99.

36) So der Kommandeur des 143rd Infantry Regiment der 36th Division. Zit. nach Graham/Bidwell: Tug of War, S.95.

37) Morris: Salerno, S.305.

38) Lieutenant-General Sir Oliver Leese: 3rd Baronet, 1894-1978, KG brit. XXX Corps September 1942-Dezember 1943, OB brit. 8th Army Dezember 1943-September 1944. Zu Leese Rowland Ryder, Oliver Leese, London 1987.

39) Molony, S.578-581.

40) Zu „Shingle“ siehe u.a. Lloyd Clark: Anzio. The Friction of War. Italy and the Battle for Rome 1944, London 2006; sowie Lamson, Maj. Roy, Jr.; Conn, Dr. Stetson (1948): Anzio 22 January-22 May 1944. CMH Online bookshelves: American Forces in Action Series. Washington: US Army Center of Military History. CMH Pub 100-10. <http://www.army.mil/cmh/books/wwii/anziobeach/anzio-fm.htm>.

41) Zu Monte Cassino siehe v.a. Katriel Ben Arie: Die Schlacht bei Monte Cassino 1944. Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges Bd. 29, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg 1985; sowie u.a. John Ellis: Cassino. The Hollow Victory. The Battle for Rome January-June 1944, London 1984.

42) Ben Arie, S.111.

43) Major General John P. Lucas, 1890-1949.

44) Molony, S.671-677.

45) Die Luftüberlegenheit der Alliierten im Raum Anzio zwischen dem 22. Januar und 15. März 1944 lag konstant bei etwa 10:1, Wolf, S.208.

46) Major General, zuletzt General, Lucien K. Truscott, 1895-1965. Februar 1944-Oktober 1944 KG VI. US-Korps, Oktober-Dezember 1944 OB 15. US-Armee, Dezember 1944-Oktober 1945 OB 5. US-Armee.

47) Ben Arie, S.155.

48) Lieutenant General Sir Bernard Freyberg V.C., 1st Baron, 1889-1963. Zu Freyberg siehe W.G. Stevens: Freyberg V.C. The Man, Wellington (NZ), 1965; sowie Laurie Barber: Churchill's Salamander, London 1990.

49) General, später Field Marshal Sir Henry Maitland Wilson, 1st Baron, 1881-1964. Januar-Dezember 1944 Supreme Allied Commander Mediterranean.

50) Ebd., S.518/19.

51) Major-General Francis Tuker, später Lieutenant-General, 1894-1967. Kommandeur der indischen 4th Division Dezember 1941-Februar 1944.

52) Clark, Calculated Risk, S.316.

53) Ben Arie, S.197 kommt zu dem Schluss, dass Freyberg für die Zerstörung des Klosters verantwortlich gewesen ist. Auch Tuker plädierte für die Zerstörung des Klosters, allerdings nur dann, wenn dem Luftangriff sofort der Angriff der Infanterie gegen den Klosterberg folgen würde, was jedoch nicht geschah. Ebd., S.196.

54) Clark: Calculated Risk, S.318.

55) Ben Arie, S.201.

56) Alanbrooke: Diaries, S.527.

57) Ellis: Cassino, S.221/222; Molony, S.785f.

58) Lediglich die 6. Kompanie und der Bataillonsstab überstanden die Bomben- und Artillerieangriffe und trugen maßgeblich zum deutschen Abwehrerfolg bei. Ben Arie, S.259-263.

59) Ben Arie, S.255.

60) Operation „Strangle“, Wolf, S.214.

61) Lieutenant General Wladyslaw Anders, 1892-1970. 1943-1945 KG II Polish Corps. Vgl. Wladyslaw Anders: An Army in Exile, London 1949.

62) Ben Arie, S.316.

63) Das französische Expeditionskorps bestand aus drei Infanteriedivisionen, einer Gebirgsdivision und drei Kampfgruppen.

64) Alphonse Juin, 1888-1967. Général et Maréchal de France. Chef du Corps Expéditionnaire Français en Italie 1943-1944.

65) Benannt nach dem General der Panzertruppe von Senger und Etterlin, 1891-1963. Oktober 1943-Mai 1945 KG des XIV. Panzerkorps.

66) Graham, Bidwell: Tug of War, S.340/341.

67) Major General Ernest Harmon, 1894-1979. April 1943-Juli 1944 Kommandeur 1. US-Panzerdivision, Januar 1945-Januar 1946 KG XXII. US-Korps.

68) Major General, später Lieutenant General John O'Daniel, 1894-1975. Januar 1944-Juli 1945 Kommandeur 3. US-Infanteriedivision.

69) Patton Papers, S.150.

70) Wolf, S.220.

71) Lieutenant General, später General Sir Charles Keightley, 1901-1974. Dezember 1943-August 1944 Kommandeur der britischen 78th Infantry Division, August 1944-Mai 1945 KG britisches V Corps.

72) Vom 1.1.-2.5.1945 flogen die alliierten Luftstreitkräfte im Rahmen von „Buckland“ insgesamt 60.563 Einsätze, bei denen 62.610 Tonnen Bomben abgeworfen wurden. Wolf, S.242.

73) Generaloberst Heinrich v. Vietinghoff genannt Scheel, 1887-1952. August 1943-Januar 1945 OB 10. Armee, zugleich 23. Oktober 1944-15. Januar 1945 in Vertretung OB Südwest, 15. März 1945-2. Mai 1945 OB Heeresgruppe C.

74) Schreiber, S.1161 korrigiert nach Zahlen des OKW.

75) Graham, Bidwell: Tug of War, S.403. Zahl von Alexander „reported in his final despatch“ während die US-Armee auf 434.646 kommt.

76) Ebd., S.403.

77) Istituto Centrale Statistica, Morti e Dispersi per Cause Belliche Negli Anni 1940-1945, Rom 1957.

78) Ebd.



Dr. Romedio Graf v. Thun-Hohenstein

Geb. 1952; Besuch des humanistischen Gymnasiums in Kiel; Studium der Geschichte und Philosophie in Kiel und München; 1980 Promotion bei Karl-Dietrich Erdmann in Geschichte mit einer Biographie des Generalmajors Hans Oster; 1980-1984 u.a. Lehrtätigkeit an der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik in Kiel; seit 1984 selbstständiger Forstwirt und freischaffender Historiker mit dem Schwerpunkt der Militärgeschichte des Zweiten Weltkrieges.

Abrüstung - Rüstungskontrolle von nuklearen Massenvernichtungswaffen - Nonproliferation

Die Rolle des BMLVS im gesamtstaatlichen Zusammenhang

Günter Greimel

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) sowie deren Trägersysteme sind wichtige Bestandteile einer kooperativen, auf Vertrauensbildung und Prävention ausgerichteten Sicherheitspolitik. Auf der Grundlage von Ausgewogenheit, Gegenseitigkeit und Verifizierbarkeit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität im regionalen und globalen Rahmen. Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes wie das Ende des Ost-West-Konfliktes oder die Entwicklung des internationalen Terrorismus führten jedoch zu Rahmenbedingungen, die eine Anpassung und Erneuerung der bestehenden Instrumente der Rüstungskontrolle erforderten.¹⁾

Ende der 1980er-Jahre trat ein, was sich nach vier Jahrzehnten der systempolitischen Konfrontation niemand hätte vorstellen können: Der Kalte Krieg ging zu Ende, das östliche Militärbündnis löste sich auf, das sowjetische Imperium zerfiel.²⁾ Rüstungskontrolle war ein integraler Bestandteil der Entspannungspolitik zwischen West und Ost, um das prekäre Gleichgewicht zwischen den beiden nuklearen Supermächten zu stabilisieren.

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von MVW unterliegen heute mit dem Zerfall der bipolaren Welt anderen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen als zur Zeit des Kalten Krieges. An die Stelle der bipolaren „Ordnung“ des Kalten Krieges trat eine neue „Welt-Unordnung“.³⁾ Bedrohungen und Risiken durch die Proliferation von MVW, internationalen Menschen- und Drogenhandel, organisierte Kriminalität, internationalen/transnationalen Terrorismus sowie grenzüberschreitende Massenmigration bestimmen die sicherheitspolitische Lage, sind die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts und haben die alten Konfrontationsszenarien abgelöst.⁴⁾

Obwohl mit dem Ende der bipolaren Welt neue Abrüstungsverträge ausverhandelt wurden und Rüstungskontrollregime und -initiativen entstanden sind, ist es kaum gelungen, diese Euphorie in das 21. Jahrhundert mitzunehmen. Aufgrund des Misstrauens zwischen den beiden Großmächten war es kaum möglich, angemessene Ansätze bzw. Ideen zur Verminderung und Eindämmung der neuen Bedrohungen zu finden. Zu sehr war das Misstrauen zwischen den beiden Großmächten vorhanden.

Erste wichtige Signale für eine Wiederbelebung und damit auch die Einleitung einer neuen Ära in der Rüstungskontrolle wurden durch die Ratifizierung des Vertrags zur substanziellen Reduzierung der Atomwaffen (Strategic Arms Reduction Treaty - START) zwischen den USA und Russland gesetzt. Zudem wurde eine baldige Ratifizierung des Atomteststoppvertrages (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty - CTBT) von der US-Regierung in Aussicht gestellt, was eine Abkehr der jahrelangen Blockade der Bush-Ära darstellt.

Dennoch, oder gerade deswegen, stellt sich hierzu die Frage, ob die bestehenden Instrumente der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von MVW ihrer Aufgabe noch gerecht werden oder durch neue Ansätze versucht werden sollte, den derzeitigen sicherheitspolitischen Bedrohungen zu begegnen.⁵⁾

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen ist ein Teil der negativen Folgen der Globalisierung und verlangt, dass sich die internationale Gemeinschaft an diese neuen Krisenpotenziale anpasst.⁶⁾

Die UNO, die NATO, aber auch die EU haben diese Gefahr der Proliferation grundsätzlich erkannt. Deren Bekämpfung findet in den Sicherheitsstrategien und strategischen Konzepten ihren Platz. So wird in der EU im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) die Thematik wahrgenommen, wobei das zentrale Element die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) darstellt.

Österreich hält in der neuen Sicherheitsstrategie fest, dass es sich der Politik des Friedens verpflichtet, die ein integraler Bestandteil der Rechts- und Wertegemeinschaft der EU ist. Ein Ziel in dieser Sicherheitsstrategie stellen die regionale und globale Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Sicherheitssektorreform sowie die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen dar. In diesem Kontext ist Österreich bereits in allen wichtigen Verträgen, Abkommen und Initiativen vertreten und zum Sitz von vielen internationalen Organisationen geworden.

Für die internationale Reputation des BMLVS ist dieser Themenbereich von Bedeutung. Im Sinne des gesamtstaatlichen Ansatzes beteiligt sich das BMLVS bereits aktiv am Aufbau von Rüstungskontrollregimen,

-organisationen und -initiativen. Die Rolle des BMLVS in diesem Themenbereich wird später erörtert werden.

Zuvor sollen in diesem Artikel die Probleme, aber auch die Erfolge der globalen Rüstungskontrolle dargestellt werden. Dazu werden themenrelevante Verträge, internationale Organisationen und Abkommen näher erörtert, um die Vernetzung und das Zusammenspiel der Rüstungskontrolle erkennen zu können.

Probleme und Erfolge im Bereich der globalen Rüstungskontrolle

Rüstungskontrolle ist wie bereits erwähnt ein unverzichtbares Instrument in der Sicherheitspolitik. Erfolge dabei sind, dass Staaten, die Nuklearwaffenprogramme, -waffen oder nukleare Ambitionen hatten, diese aufgaben und dem Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation of Nuclear Weapons Treaty - NPT wird in der Folge näher erörtert) als Nichtnuklearwaffenstaaten beitraten. Dazu zählten u.a. Argentinien, Brasilien, Südafrika und Libyen.

Auch der Abschluss von bilateralen Verträgen und deren Folgen kann indirekt als Erfolg für die globale Rüstungskontrolle gewertet werden. So war es notwendig, mit dem Zerfall der Sowjetunion 1992 START I in einen multilateralen Vertrag umzuwandeln, um die früheren Sowjetrepubliken Kasachstan, Ukraine und Belarus, auf deren Territorium noch strategische Nuklearwaffen stationiert waren, in diesen Vertrag zu integrieren. Durch die freiwillige Verpflichtung der drei ehemaligen Sowjetrepubliken, dem Atomwaffensperrvertrag als Nichtnuklearwaffenstaat beizutreten, mussten alle gelagerten Nuklearwaffen vernichtet bzw. an Russland übergeben werden, womit die Proliferation dieser Waffen verhindert wurde.

Problematisch ist, dass es Staaten trotz der vertraglich festgelegten Überwachungsmechanismen gelungen ist (und immer noch gelingt), atomare Kapazitäten zu erreichen und geheime Nuklearwaffenprogramme zu betreiben bzw. Nuklearwaffen zu produzieren oder zu besitzen. Staaten wie Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea bewegen sich dabei außerhalb der Rüstungskontrollforen.

Dass es möglich ist, am Netzwerk der Rüstungskontrolle vorbeizuarbeiten, wurde durch die Aufdeckung des irakischen Atomprogramms, die Versuche Nordkoreas in Richtung eigener Nuklearwaffenkapazitäten sowie die angeblichen Bemühungen des Irans um nukleare Waffen gezeigt. Dies alles lässt eine neue Kategorie von Problemstaaten erkennen, die zwar Mitglied des NPT sind, aber trotzdem ein heimliches Nuklear(waffen)-Programm betreiben, das aufgrund bestehender Lücken im Überwachungssystem nur schwer aufzuklären ist.⁷⁾

Der grundsätzliche Erfolg der Überprüfungskonferenz (Review Conference - RevCon) 2010 des NPT kann nicht über die Probleme sowohl des Vertrages als solchen noch der Rüstungskontrolle hinwegtäuschen. Die über Jahrzehnte entstandene Kluft zwischen Nuklearwaffenstaaten und Nichtnuklearwaffenstaaten konnte bis dato nicht geschlossen werden. Nach wie vor konnte noch keine Lösung zu den offenen Problembereichen zur Abrüstung von Nuklearwaffen, friedlichen Nutzung der Nuklearenergie, Überprüfbarkeit der Einhaltung des NPT, Universalität, Sanktionierung und Auslegung der

Ausstiegsklausel gefunden werden. Es wurden zwar Aktionspläne ausgearbeitet und im Konsens verabschiedet, diese müssen jedoch erst in die Realität umgesetzt werden. Erste Anzeichen dazu konnten, wie bereits beschrieben, festgestellt werden. Obwohl der grundsätzliche Wille zur Stärkung des NPT mit seinen drei Säulen (nukleare Abrüstung, Nonproliferation und friedliche Nutzung) erkennbar ist, darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass der Vertrag, der seit 1970 in Kraft ist, aus dem zeitlichen Blickwinkel gesehen v.a. in der ersten Säule noch keine großen Veränderungen bewirkt hat.

Obwohl die Nuklearwaffenstaaten gemäß Art. VI des NPT zur Abrüstung ihres Nuklearwaffenpotenzials verpflichtet wären, kommen sie dieser Bestimmung nur sehr zögerlich nach. In den nationalen Sicherheitsdoktrinen messen die Nuklearwaffenstaaten den Atomwaffen immer noch eine hohe Bedeutung bei und behalten sich die Option eines Einsatzes von Nuklearwaffen vor. Genau diese Aspekte tragen dazu bei, dass Nichtnuklearwaffenstaaten ihre Sicherheit eher durch den Besitz von Nuklearwaffen gewährleistet sehen. Daran ändert auch der im Frühjahr 2010 unterzeichnete „START neu“, der die Reduzierung der Nuklearwaffenarsenale der USA und Russlands vorsieht, nicht viel.

Wie lückenhaft das Netz der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung ist, zeigen Beispiele wie das des illegalen libyschen Atomprogramms für militärische Zwecke trotz des verhängten Embargos, der Austritt Nordkoreas 2003 aus dem NPT ohne die Möglichkeit für die anderen Vertragsstaaten, dieses Vorgehen zu sanktionieren, das mehr als fragliche Atomprogramm des Irans sowie die Aufdeckung der Proliferationsaktivitäten des pakistanischen Wissenschaftlers Abdul Qader Khans.

Seit der Aufdeckung der geheimen nuklearen Aktivitäten des Irans stellt sich die Frage, ob dieser die friedliche Nutzung der Kernenergie für militärische Zwecke missbraucht. Diese Frage beschäftigt seither den Gouverneursrat der International Atomic Energy Agency (IAEA) und den UNO-Sicherheitsrat. Bisher wurden in der Causa Iran elf Resolutionen des Gouverneursrats der IAEA und sechs UNO-Sicherheitsratsresolutionen verabschiedet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich seit dem Ende des Kalten Krieges die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen gravierend verändert haben. Nuklearterrorismus und die Proliferation von Nuklearmaterialien durch Staaten außerhalb des Rüstungskontrollnetzwerks stellen dabei zusätzliche Aufgaben dar.

Mit der Wahl Obamas, mit dem positiven Abschluss der Überprüfungskonferenz 2010 des NPT, mit der Unterzeichnung des START-neu und dem abgehaltenen Nuclear Summit in Washington wurden der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, nach jahrelanger Stagnation, ein neuer Impuls gegeben.

Relevante Organisationen, Verträge und Initiativen

Eine Welt mit einer großen Anzahl von Staaten mit Nuklearwaffen wäre sicherheitspolitisch ein Desaster, der freiwillige Verzicht darauf ein Sicherheitsgewinn. Zu

dieser simpel und einfach dargestellten These stellt sich allerdings die Frage, wie diese wechselseitige Abstinenz glaubwürdig gemacht werden kann, um das Risiko der Täuschung durch andere Staaten ausschließen zu können. Hier hat man es mit einer klassischen Dilemma-Situation zu tun, bei der ein kollektiv bestes Ergebnis nur durch ein gemeinsames Handeln zu erreichen ist. Mit der Gründung der verschiedensten Organisationen und durch Unterzeichnung bzw. Ratifizierung von Verträgen wurden wechselseitige Pflichten und Rechte sowie Kommunikationskanäle zum Informationsaustausch geschaffen. Verifikationssysteme sollen dazu das notwendige Vertrauen schaffen. Dieses Rüstungskontrollnetz sollte somit das Verhalten von Staaten im internationalen System stabilisieren.⁸⁾ Soweit die Theorie.

Tatsächlich besteht aufgrund der derzeitigen internationalen sicherheitspolitischen Situation keine Alternative zum sicherheitspolitischen Gesamtansatz, der auf die Schaffung eines globalen sicherheitspolitischen Konsenses hinzielt. Dieser Gesamtansatz setzt gemeinsame Normen voraus, die im Bereich der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in Form von multilateralen Übereinkommen bereits bestehen.

Folgend sollen die bereits zum Teil angesprochenen Verträge, internationalen Organisationen, Abkommen und Initiativen, die im Bereich der internationalen Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Relevanz sind, näher dargestellt werden, um die Vernetzung innerhalb des Themenbereiches zu erkennen.

Treaty on the Non-proliferation of Nuclear Weapons (NPT)

Der NPT ist der bedeutendste Vertrag zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von MVW. Ihm sind seit der Auflage zur Unterzeichnung am 1.7.1968 (in Kraft seit 5.3.1970) 188 Länder beigetreten. Bis dato fehlen lediglich drei Staaten, die bis heute den Vertrag nicht unterzeichnet haben: Israel, Indien und Pakistan - Nordkorea erklärte im Jahr 2003 den Austritt und ist damit der vierte Staat, der im NPT fehlt.⁹⁾

Der Vertrag stützt sich auf drei Säulen: die nukleare Abrüstung, die Nichtverbreitung und die friedliche Nutzung von Kernenergie. Um die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht für militärische Zwecke zu missbrauchen, unterwerfen sich die Vertragsstaaten der Überwachung der in Wien ansässigen IAEA. Die Nichtnuklearwaffenstaaten verpflichten sich im Zuge des umfassenden Sicherheitsabkommens (Safeguards), alle spaltbaren Materialien in ihrem Besitz der IAEA zugänglich zu machen. Im Gegenzug wird ihnen die ungehinderte Nutzung der Kernenergie ermöglicht. Alle Mitgliedsländer dürfen Kerntechnologie und Spaltmaterial nur für friedliche Zwecke verwenden und erst weitergeben, wenn das Empfängerland den IAEA-Safeguards unterstellt ist.¹⁰⁾ Der NPT regelt auch, dass der Besitz von Nuklearwaffen auf die fünf Staaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China beschränkt bleiben soll. Diese fünf Staaten besaßen vor Verhandlungsbeginn des NPT (1968) bereits Nuklearwaffen und hatten diese auch getestet. Für alle anderen Vertragsstaaten war und ist der Beitritt nur als

Nichtnuklearwaffenstaat möglich. Der NPT ist aufgrund der Unterscheidung von Nuklearwaffenstaaten und Nichtnuklearwaffenstaaten der einzige diskriminierende Vertrag im Themenbereich.

Der ursprünglich auf 25 Jahre begrenzte Vertrag wurde im Zuge der Überprüfungskonferenz 1995 - eine solche findet in der Regel alle fünf Jahre statt - auf unbegrenzte Zeit verlängert. Zuvor bekräftigten die Nuklearwaffenstaaten nochmals das Ziel der nuklearen Abrüstung und stimmten einem Dokument zu, in dem die Prinzipien und Ziele der Rüstungskontrollpolitik festgehalten wurden. Dabei verpflichteten sie sich erneut, politisch jedoch nicht rechtlich, zu den „negativen Sicherheitsgarantien“. Diese Garantien der Nuklearwaffenstaaten sagen aus, dass gegen einen Nichtnuklearwaffenstaat keine Nuklearwaffen eingesetzt und auch nicht mit einem Einsatz gedroht werden darf. Negative Sicherheitsgarantien waren fester Bestandteil des politischen Abkommens 1995, dem die Nuklearwaffenstaaten für die unbegrenzte Verlängerung des NPT zustimmten. Negative Sicherheitsgarantien wurden von allen fünf Nuklearwaffenstaaten mit unterschiedlicher Einschränkung seit 1968 abgegeben, die Glaubwürdigkeit derartiger Zugeständnisse war jedoch stets umstritten. Ähnliches gilt auch für die positiven Sicherheitsklärungen. Dies sind Zusagen von Nuklearwaffenstaaten für Nichtnuklearwaffenstaaten, für deren Sicherheit einzutreten, sollten sie Gegenstand eines bewaffneten Konfliktes werden. Positive Sicherheitsklärungen wurden v.a. durch die USA entweder im Rahmen bilateraler Zusagen oder im Rahmen des Nordatlantikpaktes ausgesprochen.¹¹⁾ Durch die Nichtnuklearwaffenstaaten wird daher immer wieder ein rechtlich verbindlicher Vertrag für die Sicherheitsgarantien verlangt. Diese Thematik sorgt bei den Überprüfungskonferenzen des NPT und deren Vorbereitungskonferenzen immer wieder für Konfrontationen.¹²⁾

Ähnlich wie auch bei anderen Verträgen sieht der NPT auch die Möglichkeit eines Austrittes vor. Einer der Gründe für einen Austritt könnte eine Gefährdung der höchsten Interessen eines Staates sein. Ob eine solche Situation eingetreten ist, legt der Staat selbst fest, daher obliegt ihm die Entscheidung für einen solchen Schritt. Die Absicht des Ausstiegs muss den anderen Vertragsstaaten und dem UNO-Sicherheitsrat lediglich bekannt gegeben werden und tritt drei Monate danach in Kraft.

Zu den Bestimmungen des NPT kann zusammenfassend festgehalten werden, dass dieser eine ungleichmäßige Belastung von Nuklearwaffenstaaten und Nichtnuklearwaffenstaaten beinhaltet. So sind die friedliche Nutzung und die Sicherheitsüberwachung konkret geregelt. Bezüglich der nuklearen Abrüstung genügt nur die Bereitschaft der Nuklearwaffenstaaten, dies zu tun.¹³⁾ Im Art. VI des NPT ist daher ein nur sehr aufgeweichter Wortlaut zur Abrüstung festgelegt: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Überprüfungskonferenzen (Review Conference - RevCon) und ihre Kontroversen

Überprüfungskonferenzen zum NPT finden in Abständen von fünf Jahren statt. Im Mai 2010 wurde die achte RevCon abgehalten. Verließen die vergangenen Überprüfungskonferenzen größtenteils kontrovers, konnte bei der Überprüfungskonferenz 2010 ein Erfolg verbucht werden.

Das Ziel dieser Überprüfungskonferenz, die Einigung auf ein ausgewogenes Abschlussdokument zur Stärkung des NPT, wurde erreicht. Im Mai 2010 wurde ein umfassendes Schlussdokument angenommen, in dem sich die Vertragsstaaten auf Aktionspläne mit konkreten Schritten zu den drei Säulen sowie auf einen Prozess zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Sinne der Nahost-Resolution 1995 einigten. Dieses Schlussdokument gliedert sich in zwei Teile, wobei der erste Teil der Überprüfung des NPT dient und als nicht konsensualer Bericht des Vorsitzenden zur Kenntnis genommen wurde. Die zukunftsorientierten Beschlüsse und Empfehlungen des Aktionsplans, die im Konsens angenommen wurden, stellen den zweiten Teil dar.

Hier die wichtigsten Punkte des Aktionsplans:

- Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Schaffung einer nuklearwaffenfreien Welt unter Bezugnahme auf den Fünf-Punkte-Plan des UNO-Generalsekretärs, der die Verhandlung über eine Nuklearwaffenkonvention beinhaltet.

- Die fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA verpflichten sich zu neuen Anstrengungen hinsichtlich einer gemeinsamen und beschleunigten Umsetzung ihrer Abrüstungsbemühungen. Im Aktionsplan wird von den Nuklearwaffenstaaten gefordert, im Rahmen der NPT-Vorbereitungskommission 2014 über ihre Fortschritte zu berichten.

- Ein formal wichtiger Beschluss gelang der Konferenz mit der „Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten“. Neben einem klaren Bekenntnis zur Entscheidung zur Resolution des Sicherheitsrates von 1995 wurde auch eine Reihe praktischer Schritte zu deren Umsetzung festgelegt. Erstmals wurde in diesem Punkt auch Israel erwähnt und aufgefordert, dem NPT als Nichtnuklearwaffenstaat beizutreten.

- Besondere Relevanz wurde dem Atomteststoppvertrag (CTBT) beigemessen. Hierbei wurde ausdrücklich ein rasches Inkrafttreten des Vertrages gefordert. Dazu wurden Vertragsstaaten, die den CTBT noch nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert haben, aufgefordert, dass sie dies ohne Verzögerungen und Bedingungen durchführen und damit ein baldiges Inkrafttreten ermöglichen.

- Nordkorea wird aufgefordert, seine Verpflichtungen im Rahmen der Sechsparteiengespräche nachzukommen. Weiters wird Nordkorea aufgefordert, dem NPT wieder beizutreten und sein Nuklearwaffenprogramm aufzugeben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass 40 Jahre nach Inkrafttreten des NPT mit der Überprüfungskonferenz 2010 der Vertrag aus der Legitimations- und Vertrauenskrise vorerst herausgeführt wurde. Hauptsächlich waren zwei Entwicklungen, die im Vorfeld der Konferenz stattfanden, für den positiven Ausgang

verantwortlich. Zum einen wurde sowohl auf politischer als auch zivilgesellschaftlicher Ebene die Diskussion über einen „Global Zero“ wiederbelebt. Zum anderen schlugen die USA nach der Wahl Obamas und seinem Bekenntnis zu einer nuklearwaffenfreien Welt in seiner Prager Grundsatzrede 2009 einen multilateralen und abrüstungsfreundlichen Kurs ein.

Mit diesen positiven Vorzeichen ist es schlussendlich am letzten Tag der Überprüfungskonferenz gelungen, ein Abschlussdokument im Konsens anzunehmen. Dieses Ergebnis bestätigt den NPT als erhaltenswertes Fundament für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.¹⁴⁾

Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty (CTBT)

Grundsätzliches

Der umfassende Atomwaffenteststoppvertrag (CTBT) ist ein zentrales Element der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Mit dem NPT und einem möglichen Vertrag für ein Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke (Fissile Material Cut-off Treaty - FMCT) ist der CTBT ein wesentlicher Teil des umfassenden Systems, das die politischen, rechtlichen und technischen Grundlagen für die Umsetzung des eigentlichen Hauptzieles des NPT, die nuklearwaffenfreie Welt, schafft. Der Beitrag des CTBT ist das umfassende Verbot von nuklearen Testexplosionen sowie allen anderen nuklearen Explosionen ohne Einschränkung der Sprengkraft oder der Testumgebung. Um die vertraglichen Verpflichtungen überprüfen zu können, wird ein globales Verifikationsregime geschaffen.¹⁵⁾

Zu einer Dynamisierung der Diskussion über einen CTBT trug natürlich der NPT bei. Die Entscheidung, die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verbieten und die fünf anerkannten Nuklearwaffenstaaten zur Abrüstung zu verpflichten, rückte das Thema eines Teststoppvertrages wieder in das Zentrum der internationalen Gemeinschaft, da ohne Tests eine Entwicklung von Nuklearwaffen nahezu unmöglich schien.¹⁶⁾ Trotzdem dauerte es aufgrund der Rivalitäten während des Kalten Krieges bis 1996, um einen CTBT fertig auszuhandeln.

Nach langjähriger Diskussion wurde durch die Genfer Abrüstungskonferenz der ausverhandelte Vertrag am 10.9.1996 in der UNO-Resolution 50/245 festgelegt und am 24.9.1996 für alle Staaten zur Unterzeichnung aufgelegt. In einer feierlichen Zeremonie am Rande der Generalversammlung unterzeichnete der damalige Präsident der USA, Bill Clinton, den Vertrag als Erster.

Trotz der etwas komplizierten Inkrafttretungsformel war man nach der Auflage zur Unterzeichnung des CTBT der Ansicht, dass der Ratifizierungsprozess in nur wenigen Jahren abgeschlossen sein wird. Diese Zielsetzung konnte nicht erreicht werden. Der derzeitige Stand der Unterzeichnerstaaten beträgt 182, davon haben 153 ratifiziert. Von den 44 Annex-2-Staaten (das sind jene Staaten, die 1995 über Nukleartechnologie verfügten und den Vertrag unbedingt ratifizieren müssen, nur dann kann dieser in Kraft treten) haben 35 ratifiziert. Am 29.1.2008 hat Kolumbien als bislang letzter Annex-2-Staat den CTBT ratifiziert. Die hohe Anzahl an

Vertragsstaaten kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass für ein Inkrafttreten immer noch neun Annex-2-Staaten fehlen, wobei Indien, Pakistan und Nordkorea den Vertrag noch nicht unterzeichnet haben und Ägypten, China, Israel, der Iran, Indonesien und die USA mit der Ratifikation noch ausständig sind. Indonesien hat als Annex-2-Staat im Zuge der NPT RevCon im Mai dieses Jahres angekündigt, dass sich der Vertrag im Ratifizierungsprozess befinde.

Einige Staaten haben ihre Ratifizierung von den USA abhängig gemacht. Sollten die USA dies machen, wäre das ein entscheidender Erfolg für den Vertrag¹⁷⁾ und könnte damit dem CTBT insgesamt zum Durchbruch verhelfen. Die Folge wäre, dass der Druck auch auf Pakistan und Indien und alle anderen Annex-2-Staaten, die noch nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert haben, steigen würde.¹⁸⁾

Durch den CTBT soll die weitere Entwicklung von Nuklearwaffen verhindert und das in Art. VI des NPT festgelegte Ziel der nuklearen Abrüstung gefördert werden. Im Gegensatz zum NPT, wo zwischen den Nuklearwaffenstaaten und den Nichtnuklearwaffenstaaten unterschieden wird und die Verpflichtungen asymmetrisch sind, besteht die Verpflichtung zum Verzicht auf nukleare Tests für alle Vertragsstaaten. Bei dem im Konsens angenommenen Abschlussdokument der 6. Überprüfungskonferenz des NPT im Jahre 2000 wird die Universalisierung des CTBT an erster Stelle der dreizehn praktischen Schritte zur Umsetzung der nuklearen Abrüstungsverpflichtung aus Art. VI des NPT angeführt.¹⁹⁾ Besondere Relevanz wurde dem CTBT auch bei der Überprüfungskonferenz des NPT 2010 beigemessen. Dabei wurde ein Aktionsplan im Konsens angenommen, in dem ausdrücklich ein rasches Inkrafttreten des Vertrages gefordert wird. Als weiterer Schritt wurde ein Moratorium für Nuklearwaffentests gefordert, solange das Inkrafttreten des CTBT noch in der Schwebe ist.

Zwei wesentliche Faktoren waren ausschlaggebend für einen CTBT: Zum einen ermöglicht der technische Fortschritt die Errichtung eines glaubwürdigen Verifikationssystems. Das Provisorische Technische Sekretariat (PTS), das mit dem Aufbau des CTBT-Verifikationssystems betraut wurde, bestätigt, dass die Verifikationsmöglichkeiten in den letzten zwölf Jahren deutlich verbessert wurden und dadurch das Vertrauen in die Organisation erheblich gestiegen ist. Der zweite Faktor ist die Schaffung einer ausgereiften Simulationstechnologie, die es erlaubt, Nuklearwaffen ohne Explosion zu testen. Simulationen und subkritische Tests (Tests, in denen keine unkontrollierten Kettenreaktionen stattfinden) wurden dabei nicht in den Vertrag mit einbezogen. Gründe dafür liegen auf der Hand. Erstens könnten derartige Verbote nur schwer überprüft werden, und zweitens wäre dies durch die Nuklearwaffenstaaten nicht akzeptiert worden und so der Vertrag nie zum Abschluss gekommen. Aus heutiger Sicht ist es eher unwahrscheinlich, dass Nuklearwaffen aufgrund dieser angeführten Computersimulation neu- oder weiterentwickelt werden können.

Das Verifikationsregime

Der CTBT sieht die Errichtung eines globalen Verifikationssystems vor, in dem den Vertragsstaaten die Sicherheit gegeben werden soll, dass ein Vertragsbruch

nur schwer möglich ist. Das seit 1997 bestehende Provisorische Technische Sekretariat (PTS) der Vorbereitungskommission (Preparatory Commission - PrepCom) für die Umfassende Teststopp Organisation (CTBTO) in Wien hat v.a. die Aufgabe, dieses System zu errichten. Die Vorbereitungskommission verfügt mit der Arbeitsgruppe A (Verwaltung, Budget) und Arbeitsgruppe B (Verifikationsangelegenheiten) über zwei nachgeordnete politische Abteilungen, die Vorschläge und Empfehlungen für die Beratungen und Annahmen durch die Vollversammlung der Unterzeichnerstaaten ausarbeiten.

Das Verifikationssystem besteht aus vier Komponenten:

- das Internationale Monitoring System (IMS) umfasst 321 Messstationen sowie 16 Radionukleidlabor;
- die Globale Kommunikationsinfrastruktur (GCI), die alle Messstationen und Labors über Satellitenleitungen oder Festnetzverbindungen mit dem Internationalen Datenzentrum in Wien verbindet;
- das Internationale Datenzentrum (IDC), in dem die Daten der Messstationen und Labors empfangen, bearbeitet, analysiert und archiviert werden;
- die Vor-Ort-Inspektionen (OSI), die nach dem Inkrafttreten des CTBT aufgrund der Anordnung des Exekutivrates der CTBTO durchgeführt werden können, um Gewissheit über Natur und Ort eines verdächtigen Ereignisses zu erlangen. Sie sollen den IDC zusätzliche Daten liefern, die für die eindeutige Identifikation notwendig sind.

Zu den oben dargestellten Komponenten kann die Organisation auf Informationen der Vertragsstaaten zurückgreifen (National Technical Means), um ein noch genaueres Bild von einer etwaigen Explosion zu erhalten. Der Ausbau eines weltweiten Netzwerks von Messstationen stellt sicher, dass der gesamte Erdball überwacht werden kann, auch wenn einzelne Stationen abgeschaltet oder zerstört werden sollten.

Das Verifikationssystem der CTBTO hat bis 2010 ca. 90%²⁰⁾ der 321 Messstationen errichtet und ist damit bereits imstande, eine weltweite Überwachung, wie sie im Vertrag vorgesehen ist, zu gewährleisten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der CTBT mit dem internationalen Überwachungssystem die Identifikation eines Tests sowie die örtliche Eingrenzung eines Testgebietes möglich macht. Mit den vier verschiedenen Komponenten zur Überwachung der Kontinente mit Seismik, der Ozeane mit Hydroakustik, des Luftraums mit atmosphärischem Infraschall und mit dem Nachweis des radioaktiven Fallouts sind Nuklearexplosionen ab 1 Kilotonne TNT-Äquivalent weltweit detektierbar und innerhalb 1.000 km² lokalisierbar. Daher ist es eher unmöglich, dass Nuklearwaffentests durchgeführt werden, ohne dass diese durch das Überwachungssystem der CTBTO lokalisiert werden, wie zuletzt die beiden Beispiele im Fall Nordkoreas gezeigt haben.

Die UNO als Hauptakteur

Das Ziel der UNO ist der Weltfrieden und die Wahrung der internationalen Sicherheit. Die UNO bemühen sich in Erfüllung dieser Aufgaben daher auch im Bereich der

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Hierbei sind die wichtigsten Foren der Erste Ausschuss der Generalversammlung, die Abrüstungskommission und die Genfer Abrüstungskonferenz. Gemeinsam bilden sie das Instrumentarium des globalen, multilateralen Abrüstungs- und Rüstungskontrolldialogs.²¹⁾ Der Sicherheitsrat als wichtigstes Organ der UNO hat zur Thematik der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung die Resolutionen 1540 und 1887 verabschiedet. Von besonderer Relevanz im Bereich Massenvernichtungswaffen ist die Genfer Abrüstungskonferenz (UN-Conference on Disarmament UNCD).

Genfer Abrüstungskonferenz

Für Verhandlungen über Rüstungskontrolle im weltweiten Rahmen ist die UNCD das einzige multilaterale Forum. Sie ist mit ihren 65²²⁾ Staaten formal eine unabhängige Einrichtung, faktisch jedoch eng mit der UNO verbunden. Als einige Erfolge der UNCD können der NPT (1968), die Chemiewaffenkonvention (1997) und der CTBT (zur Ratifizierung seit 1996) genannt werden.²³⁾

In den vergangenen Jahren war die UNCD in ihrem Verhalten eher passiv. Die Überlegungen einer Auflösung wegen der Wirkungslosigkeit wurden aufgrund des Wandels des weltpolitischen Klimas sowie der grundlegenden Änderung der Arbeitsweise vorerst nicht weiter verfolgt.²⁴⁾

Die permanente Agenda für die UNCD wurde 1979 festgelegt und wird jährlich aktualisiert. Bis 2009 konnten sich jedoch die CD-Staaten nicht auf die Aufnahme substanzieller Verhandlungen zu den Kernthemen wie dem Produktionsstopp für waffenfähiges spaltbares Material (Fissile Material Cut-off Treaty - FMCT), nukleare Abrüstung, negative Sicherheitsgarantien, Verhinderung des Wetttrübens im Weltraum (Prevention of an Arms Race in Outer Space - PAROS) einigen.

Im Mai 2009 wurde schlussendlich ein Arbeitsprogramm im Konsens angenommen. Damit war ein Durchbruch nach zwölfjähriger Blockade in der UNCD erreicht worden. Ein Beginn der Verhandlungen über einen Vertrag für ein Verbot von spaltbarem Material für Atomwaffenzwecke (FMCT) fand jedoch bis dato noch nicht statt. Die Tätigkeit des UNCD stagniert aufgrund verschiedenster nationaler Widerstände abermals. Im Zuge der 64. Generalversammlung der UNO wurden in der Resolution 64/29 die Mitgliedstaaten nochmals nachdrücklich aufgefordert, die Verhandlungen über einen FMCT sofort aufzunehmen. Dieser Aufforderung kamen die Mitgliedstaaten bis dato nicht nach.

Die Sicherheitsratsresolution 1540

Die Annahme der Resolution 1540²⁵⁾ (Res. 1540) des UNO-Sicherheitsrats am 28. April 2004 stellt in der globalen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung eine essenzielle Maßnahme dar. Einige bestehende Lücken im Nichtverbreitungssystem konnten dadurch geschlossen werden. In dieser Resolution wurden die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, entsprechende nationale Grundlagen zu schaffen, um die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, eine strikte Exportkontrolle zu

schaffen sowie die Sicherung von für Massenvernichtungswaffen relevanten Materialien zu gewährleisten.

Mit der Res. 1540 wurde erstmals eine Resolution zum Thema Massenvernichtungswaffen durch den UNO-Sicherheitsrat verabschiedet und ist nach der Resolution 1373/2001²⁶⁾ (Maßnahmen gegen Terrorismus) die zweite gesetzgebende Resolution, die den Mitgliedstaaten der UNO konkrete Verpflichtungen auferlegt. Dadurch wurden erste Schritte zur Herausbildung einer neuen strategischen Einigkeit der internationalen Staatengemeinschaft zur Proliferationsbekämpfung gesetzt und die zentrale Rolle des Sicherheitsrates als letzter Instanz zur Durchsetzung der Erfüllung bestehender Verträge, Normen und politischer Abkommen im Bereich der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung unterstrichen.

Die Sicherheitsratsresolution 1887

Eine weitere themenrelevante Resolution wurde am 24. September 2009 durch den Sicherheitsrat, unter dem Vorsitz von US-Präsident Obama, einstimmig angenommen.

Die von den USA eingebrachte Resolution 1887 unterstreicht v.a. die Rolle des NPT als wichtigsten Eckpfeiler für eine Welt ohne Nuklearwaffen.

Des Weiteren werden in der Resolution festgehalten:

- die Abrüstungsbemühungen der Nuklearwaffenstaaten, wie z.B. die Verhandlungen über den Nachfolgevertrag START I zwischen den USA und Russland oder die Reduzierung der nuklear bestückten U-Boote Großbritanniens;
- Forderungen für ein rasches Inkrafttreten des CTBT, einen Verhandlungsbeginn für einen FMCT sowie die Umsetzung bestehender Vertragsverpflichtungen aus dem NPT;
- Stärkung der Kontrollbefugnisse der IAEA;
- nationale Umsetzung der in der Res. 1540 geforderten Maßnahmen;
- strikte nationale Kontrollen für den Export von sensiblen Gütern und Technologie im nuklearen Bereich;
- Multilateralisierung für den Brennstoffzyklus, einschließlich der Garantien der Versorgung mit nuklearen Brennstoffen unter Aufsicht der IAEA.

UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon bezeichnete die SR-Sitzung zur nuklearen Abrüstung und Nonproliferation als einen historischen Moment und forderte u.a. eine stärkere Rolle des Sicherheitsrates im Bereich Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation.

Ein wichtiger Zusatz in der Resolution 1887 ist, dass im Falle einer Verletzung der Nichtverbreitungsbestimmungen, die im Jahr 2004 in der Resolution 1540 festgelegt wurden, der UNO-Sicherheitsrat einzuschalten ist.

Die IAEA und der damals amtierende Generaldirektor Mohammed El Baradei begrüßten die Forderung zur Erweiterung der rechtlichen Befugnisse der IAEA und bezeichneten den Vorschlag der Multilateralisierung des Brennstoffzyklus, der u.a. auch durch Österreich eingebracht wurde, als wichtigen Schritt. Diese „virtuelle“ Bank würde nicht physisch Uranreserven lagern, sondern vielmehr würde die Kontrolle über bestehende Urananreicherungsanlagen an die IAEA übertragen werden. Nuklearbrennstoff für Atomreaktoren könnte dann nur noch über die zentrale Verwaltung bezogen werden.

Die Rolle der IAEA in der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Grundsätzliches

Die Hauptaufgaben der IAEA sind einerseits die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, andererseits die Bereitstellung eines wirksamen Kontrollorgans zur Überwachung der ausschließlich friedlichen Nutzung von spaltbarem Material. Verschiedene Interessen und Schwerpunkte der mehr als 140 Mitgliedstaaten haben die Arbeit der IAEA sehr beeinflusst und oftmals zu engeren Verflechtungen der IAEA mit anderen Organisationen geführt.²⁷⁾

Die letzten Jahre zeigen, dass sich die IAEA immer mehr im weltpolitischen Spannungsfeld bewegt. Daher agiert sie gegenwärtig nicht nur als technische, sondern immer mehr als politische Organisation.

Die Organisationsstruktur und die Rechtsgrundlage der IAEA

Die in Wien ansässige Organisation wurde im Rahmen der UNO 1957 gegründet. Sie ist eine wissenschaftlich-technische Organisation und dient der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie.

Die wichtigste Rechtsgrundlage der IAEA ist die Satzung, die die Ziele und Funktionen der Organisation sowie ihre drei Organe (Generalkonferenz, Gouverneursrat und Sekretariat) festlegt.

Derzeitiger Generaldirektor ist der Japaner Yukiya Amano. Die Organisation verfügt über 2.200 Mitarbeiter, davon etwa 350 Inspektoren, und ein Budget von 260 Millionen Dollar. Die Inspektoren kontrollieren weltweit mehr als 800 Anlagen, unbemerktes Abzweigen von Nuklearmaterial soll so verhindert werden.²⁸⁾

Das Programm der Organisation hat sich in den letzten 50 Jahren weiter entwickelt und an die Anforderungen der Mitgliedstaaten angepasst. Die heutige Tätigkeit der IAEA beruht auf drei Säulen:

- der weltweiten Kontrolle der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch ein laufend ausgebautes Safeguardsystem,
- Maßnahmen auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Objektschutzes, darunter v.a. der Entwicklung von Rechtsnormen und -standards sowie
- der technologischen Zusammenarbeit, insbesondere der Isotopenforschung und -anwendung, zu einem geringen Teil auch der Entwicklung der Nuklearenergietechnik.²⁹⁾

Das Safeguard-System

Im Art. 3, Abs. 1 des NPT werden die so genannten Safeguards für den zivilkernaren Handel festgelegt. Damit sind die Sicherungsmaßnahmen des NPT zu verstehen, die verhindern sollen, „dass Kernenergie von der friedlichen Nutzung abgezweigt und für Nuklearwaffen oder sonstige Kernsprengkörper verwendet wird“.³⁰⁾ Die Nuklearwaffenstaaten verpflichten sich im Gegenzug, nur mit Nicht-nuklearwaffenstaaten, die die Überwachungsmaßnahmen akzeptieren, Nuklearhandel für zivile Zwecke zu betreiben. Die Aufgabe der Konkretisierung und Spezifizierung der

Exportkontrollnorm und der Sicherungsnorm wurde der IAEA übertragen.³¹⁾ Dies trägt erheblich zum Abbau des gegenseitigen Misstrauens bei. Nach dem Golfkrieg 1991 wurden Verstöße des Irak gegen den NPT festgestellt. Die Folge war, dass die Mitgliedstaaten der IAEA sich veranlasst fühlten, bestehende Kontrolllücken des Sicherheitssystems zu schließen und mit einem Zusatzprotokoll (Additional Protocol) zu stärken. Auf dieser Basis können nicht nur Nuklearmaterialbestände eines Landes kontrolliert, sondern auch Umweltproben entnommen und analysiert werden. Zudem wurden die Inspektionsrechte erweitert, und die Mitgliedstaaten müssen die Produktion und Ausfuhr bestimmter Ausrüstungsgüter für nukleare Anlagen periodisch an die IAEA melden.

Die Sanktionen

Problematisch bleiben weiterhin die ungenügenden Sanktionen bei einem Verstoß gegen den NPT. Selbst wenn ein Vergehen festgestellt wird, sind die Chancen gering, den Staat künftig von einem Fehlverhalten abzuhalten. Stellt das Sekretariat der IAEA das Abzweigen von nuklearem Material fest, so erfolgt eine Meldung an den Gouverneursrat. Dieser kann den (vermeintlichen) Verstoß an den Sicherheitsrat weiterleiten. Erblickt der Sicherheitsrat darin eine Gefahr für den Weltfrieden oder die internationale Sicherheit, hat er das Recht, kollektive Zwangsmaßnahmen zu verhängen. Übertritt ein Staat die Vereinbarungen, hat er nicht notwendigerweise mit Sanktionen zu rechnen. Allerdings ist bereits die Veröffentlichung eines Vergehens eine Form der Sanktionierung, die innenpolitischen Druck nach sich ziehen oder zu einem Reputationsverlust gegenüber den anderen Staaten führen kann.³²⁾

Die Notwendigkeit der Arbeit der IAEA

Unbestritten ist die Schwierigkeit des Problemfeldes „atomare Rüstung“. Die Staaten halten ihre Rüstungspläne aus verständlichen Gründen geheim, was zur Folge hat, dass ein Klima des Misstrauens entsteht. Eine „vermittelnde“ Organisation wie die IAEA ist in einer solchen Situation von Vorteil. Allerdings müssen ihre Handlungen auf verbindlichen Verträgen zwischen den einzelnen Staaten basieren, und sie sollte idealerweise mit wirkungsvollen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet sein.

Die Safeguards „erzeugen ein unerlässliches Mindestmaß an Transparenz und stärken so das zwischenstaatliche Vertrauen in die Beachtung und Befolgung der vereinbarten Normen und Regeln“.³³⁾

Exportkontrollregime

Exportkontrollen, die aufwändige Genehmigungsverfahren für Ausfuhren mit sich bringen, sollen verhindern, dass Güter, Materialien und Technologien, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke nutzbar (Dual-Use-Güter) sind, in falsche Hände geraten und zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen bzw. deren Trägermitteln benutzt werden könnten. Die Liste einschlägiger Güter, wie beispielsweise der für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlichen Dual-Use-Verordnung, ist lang und komplex.

Die in den Exportkontrollregimen getroffene Vereinbarung, die Ausfuhr bestimmter Warengruppen

genehmigungspflichtig zu machen, ist die entscheidende Handhabung gegen einen Missbrauch und kann als vertrauensbildende Maßnahme betrachtet werden. Die konkrete Entscheidung, einen Export in einem kritischen Fall zu untersagen, verbleibt jedoch in der nationalen Zuständigkeit. Den Regimen liegt keine internationale rechtliche Vereinbarung zugrunde, sondern sie stellen eine politisch verbindliche Selbstverpflichtung dar, zu der es auch gehört, sich gegenseitig über untersagte Ausfuhren (Denials) zu informieren. So haben sich Staaten, die über Nukleartechnologie verfügen, im Zangger-Komitee und in der Nuclear Suppliers Group (NSG) zusammengetan, um ihre Exportpolitik zu harmonisieren.³⁴⁾

Neben dem Kontrollregime im Nuklearbereich gibt es den Kontrollmechanismus für Raketen und Trägersysteme, die zur Ausbringung von Massenvernichtungswaffen geeignet sind (Missile Technology Control Regime - MTCR). Als Ergänzung zum MTCR wurde mit dem „Hague Code of Conduct against Ballistic Missiles Proliferation“ (HCoC) im Jahr 2002 ein weiteres politisches Übereinkommen zur Begegnung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme verabschiedet. HCoC zählt bis dato 134 Unterzeichnerstaaten. Ziel des Kodex ist u.a. die Stärkung der bestehenden nationalen und internationalen Sicherheitsvereinbarungen sowie Abrüstungs- und Nichtverbreitungsmechanismen. Dazu wurde eine zentrale Kontaktstelle (Immediate Central Contact - ICC) eingerichtet. Die Verantwortung dafür wurde Österreich übertragen und im BMeiA eingerichtet. ICC ist die Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch im Rahmen des HCoC.

Exportkontrolle gewann v.a. im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung an Bedeutung. Die Gefahr, die von unkontrolliertem Export von Waffensystemen, Komponenten, Technologien und Herstellungsverfahren sowie durch Abwanderung wissenschaftlich-technischen Personals ausgeht, steht schon seit Langem auf den Agenden internationaler Gremien; spätestens jedoch durch die Terroranschläge 2001 erfährt die Nichtverbreitung jene allgemeine Aufwertung, die von Expertenkreisen bereits seit Längerem gefordert wurde.

Position der EU

Wie eingangs erwähnt, wurden die Bedrohungen der internationalen Sicherheit auch von der EU erfasst und als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts erkannt. Dies wird im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) behandelt, wobei die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) ein zentrales Element darstellt.

Der Europäische Rat bezeichnet die Proliferation von Massenvernichtungswaffen als die potenziell größte Gefahr für die Sicherheit und verabschiedete am 12. und 13.12.2003 die „Europäische Sicherheitsstrategie für ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ (ESS). In einem weiteren Schritt wurden in den letzten Jahren Strategien zu Teilaspekten ausgearbeitet, nämlich die Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2003) und die Strategie der EU zur Bekämpfung der Anhäufung von Klein- und Leichtwaffen, dazugehörige

Munition sowie des unerlaubten Handels (2005). In diesen Dokumenten werden einzelne Aspekte detailliert behandelt. So setzt sich die EU in der Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen erstmals systematisch mit dem Problem auseinander. Um diese Maßnahmen noch effizienter umzusetzen, wurden im Dezember 2008 die „Neuen Handlungslinien der EU im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme“ vom Rat angenommen.

Mit der bereits angesprochenen ESS, der „Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“ und den „Neuen Handlungslinien der EU im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme“ veränderte die EU ihre Aktivitäten im Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsbereich massiv. Damit haben die EU-Mitgliedstaaten dieses Politikfeld zu einem zentralen Thema ihres gemeinsamen Handelns gemacht. Trotz aller Fortschritte der Union auf diesem Gebiet ist ihr großes Potenzial im Bereich der Rüstungskontrolle noch nicht ausgeschöpft.³⁵⁾ Die EU nutzt ihr politisches und ökonomisches Gewicht nicht ausreichend, um eine effektive Stärkung der Rüstungskontrolle zu erreichen. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass die nationalen Positionen und daher auch deren Interessen in der Union immer noch vor dem Gemeinsamen stehen und daher Entscheidungen nur einen Minimalkonsens darstellen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die EU mit der internationalen Staatengemeinschaft zum Ziel gesetzt hat, die Verbreitung von Nuklearwaffen und ihrer Trägersysteme zu verhindern. Die bereits angeführten Verträge, Abkommen und Initiativen stellen die Basis dafür dar. Eine Anpassung an das geänderte sicherheitspolitische Umfeld ist aufgrund des fehlenden Konsenses nur eingeschränkt möglich. Aus denselben Gründen können auch keine entsprechenden völkerrechtlichen Maßnahmen gegen den Missbrauch der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie und gegen die Umgehung der bestehenden Verträge, Abkommen und Initiativen gefunden werden.

Es gibt zwar neue Ansätze in Form von sicherheitspolitischen Initiativen auf diesem Gebiet, die die bereits erwähnten Lücken zu schließen versuchen, ob diese ausreichen, bleibt jedoch gegenwärtig offen.

Position Österreichs

Für Österreich ist grundsätzlich das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) federführend für den Bereich Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung zuständig, es präsentiert die österreichische Position nach außen und ist dementsprechend in den internationalen Verhandlungsforen vertreten. Österreich setzt sich in seiner Position v.a. für die Stärkung der Eckpfeiler der internationalen Sicherheitsarchitektur, insbesondere des NPT und des CTBT, ein. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Regierung im Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode für die vollständige Abrüstung aller Atomwaffen ein. Österreich tritt weiters für die Errichtung eines multilateralen Systems zur Regulierung des Zugangs zu nuklearem Brennstoff unter strenger Kontrolle der IAEA

ein. Des Weiteren ist Österreich in allen rüstungskontrollrelevanten Organisationen, Verträgen, Abkommen und Initiativen vertreten.

Österreich als Sitzstaat

Immer wieder wird Wien als die Drehscheibe für internationale Organisationen, Abkommen und Initiativen in den Bereichen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung bezeichnet. Tatsächlich ist Österreich als Sitzstaat der Vereinten Nationen in diesem Bereich besonders verpflichtet. Als die wichtigsten der UNO nahe stehenden Organisationen seien hier die IAEA und die CTBTO erwähnt. Beide Organisationen tragen einen wesentlichen Teil zur Stabilisierung in sicherheitspolitischen Belangen bei.

Weiters ist in Wien die „Zentrale Kontaktstelle“ (Immediate Central Contact - ICC) des HCoC im BMeiA eingerichtet, in der alle Daten, die gemäß Kodex zu melden sind, gesammelt und den Teilnehmerstaaten übermittelt werden.

Österreich setzt sich auch für die Errichtung eines UNO-Verbindungsbüros für Abrüstungsfragen in Wien ein und unterstützt die Gründung eines globalen Zentrums für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (Vienna Center for Disarmament and Nonproliferation), das mit Februar 2011 in Wien eröffnet wurde.

Rolle des BMLVS im gesamtstaatlichen Zusammenhang

Für das Ressort ist die Thematik aufgrund der sicherheits- und militärpolitischen, aber auch technischen Dimension von großer Bedeutung. Das BMLVS beteiligt sich daher im Rahmen des gesamtstaatlichen Ansatzes im Bereich der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Dies erfolgt einerseits in sämtlichen internationalen/multilateralen Gremien und andererseits im Rahmen der projektmäßigen Umsetzung. Durch diese Einbindung werden sicherheitspolitische Tendenzen und Entwicklungen frühzeitig erkannt, die u.a. auch für künftige Einsätze des ÖBH von Relevanz sein könnten.

Damit finden die Ableitungen aus den nationalen und internationalen Bedrohungsanalysen nicht nur in militärstrategischen Beurteilungen ihren Niederschlag, sondern führen auch zu konkreten Schritten für das BMLVS/ÖBH. Dazu zählen u.a.:

- die Teilnahme mit Experten des BMLVS/ÖBH an Konferenzen, Seminaren und Übungen im multinationalen Rahmen, um damit einen geeigneten Ausbildungsstand zu erreichen und mittels Erfahrungsaustausch die fachliche Ausbildung im ÖBH zu optimieren (internationales Netzwerk);
- das Kennenlernen bzw. Mitentwickeln internationaler Standards in Bezug auf Gerätschaft und Komponenten wie z.B. im Logistik-, Kommunikations- und ABC-Bereich (Spürsysteme und mobile Labors), um im Rahmen der geforderten Interoperabilität auch mit internationalen Organisationen oder auch anderen Kontingenten die notwendigen Informationen gesichert austauschen zu können.
- In weiterer Folge entsteht die Möglichkeit gemeinschaftlicher Beschaffungen in diesem Bereich, wodurch im Regelfall automatisch eine Interoperabilität geschaffen wird.

- Die Berücksichtigung der Analysen bei der Beschaffung von Ausrüstung für Soldaten im Hinblick auf die Schutzwirkung (z.B. bei ABC-Schutzbekleidung).

Eine der konkreten und weitestreichenden Kooperationen zu dieser Thematik wurde mit der CTBTO aufgebaut. Dieses langjährige aktive Engagement des BMLVS mit der PrepCom CTBTO konnte in den letzten Jahren intensiviert werden. So beteiligten sich Experten aus dem Bereich Verifikation, Fernmeldetruppschule, ABC-Abwehrschule und Landesverteidigungsakademie an Übungen, Workshops, Seminaren und Projekten der PrepCom CTBTO, beispielsweise:

- Beteiligung mit einem Experten aus der Verifikation bei der vierwöchigen Abschlussübung des 1. Trainingszyklus in Kasachstan 2008;
- Unterstützung durch Experten der FMFS für das „Communication Project“ der CTBTO, das im März 2010 begonnen hat und im November 2010 mit der Directed Exercise 2010 in Jordanien zum Abschluss gekommen ist;
- Teilnahme mit Experten aus den Bereichen ABC-Abwehr, Fernmeldewesen und Logistik am 2. Trainingszyklus, der mit dem Introductory Course im Juni 2010 begonnen hat und mit Ende 2012 voraussichtlich beendet wird.

Um die Zusammenarbeit effizienter und strukturierter zu gestalten, wurde zwischen PrepCom CTBTO und BMLVS im Februar 2011 ein „Memorandum of Understanding“ (MoU) unterzeichnet.

Darin wird zum einen geregelt, dass das BMLVS/ÖBH vorhandene Übungsplätze zur Verfügung stellt, um der PrepCom CTBTO die Durchführung von Übungen und Testungen von Material und Gerät zu ermöglichen. Zum anderen wird festgelegt, dass ein Experte des BMLVS/ÖBH, der auch als Point of Contact fungiert, im Rahmen spezifischer Projekte der PrepCom CTBTO mitwirkt.

Mittelbare und unmittelbare Vorteile für das BMLVS/ÖBH ergeben sich dabei aufgrund des Standortes Wien und der wissenschaftlichen Expertise der Organisation. Der Nutzen einer strukturierten Zusammenarbeit für das BMLVS/ÖBH liegt hierbei in den verschiedensten Bereichen:

- fachlicher Nutzen für das Analyseelement der ABC-Abwehrschule im Bereich Forensik, Analytik,
- Erfahrungsaustausch der angewandten Methoden im Themenbereich,
- Teilnahme an Übungen im internationalen Bereich unter Echtzeitbedingungen,
- Informationsbeschaffung (Auswertung von internationalen Daten),
- Gerätebeschaffung und -testung (z.B. Detektoren für Radioaktivität, Kommunikationstechnologie etc.),
- Möglichkeit, einen essenziellen Beitrag bei der Verlegung eines Feldlagers und der Sicherstellung der Durchhaltefähigkeit des Inspektorenteams in allen Klimazonen zu leisten,
- Wissenszugewinn aufgrund des Erfahrungsaustausches mit anderen multinationalen zivilen oder militärischen Logistikexperten,
- Erfahrungsgewinn bei Einsätzen von neuen zivilen, modernen Techniken für die logistische Unterstützung im Rahmen von Verlegungen, Lagerung und Rückverlegung.

Schlussfolgerungen

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung benötigen ein strenges normatives Regelwerk - deshalb wird es in naher Zukunft nötig sein, die vorhandenen Verpflichtungen und Empfehlungen ohne zusätzliche Forderungen umzusetzen. Darüber hinaus wird es aber auch notwendig sein, die Kontrollorgane für die angeführten Verträge, die IAEA und die CTBTO wesentlich aufzuwerten.

Betrachtet man die sicherheitspolitische Entwicklung der EU in den letzten Jahren, so zeigt sich, dass Fragen zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zunehmende Aufmerksamkeit erhalten haben. Beginnend mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1993 bis hin zu den Strategien, Handlungslinien und Aktionsplänen für Sicherheitspolitik und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hat die Union ihre Politik in diesem Bereich wesentlich weiterentwickelt und konkretisiert. Die Umsetzung hängt natürlich weiterhin vom politischen Willen der Teilnehmerstaaten ab.

Österreich hat mit Wien als Drehscheibe im internationalen Dialog zur Rüstungskontrolle eine besondere Verantwortung. Neben den beiden angeführten Organisationen ist Wien Sitz zahlreicher anderer Rüstungskontrollmechanismen, wie etwa der Arbeitsgruppensitzung der Nuclear Suppliers Group (japanische Botschaft bei der UNO) und dem Haager Verhaltenskodex für Raketen.³⁶⁾ Da Österreich als Sitzstaat dieser abrüstungs-, rüstungskontroll- und nichtverbreitungsrelevanten Gremien eine besondere Verantwortung übernommen hat, ist zu erwarten, dass sich Österreich auch weiterhin aktiv in diese Thematik einbringen wird.

Das BMLVS hat die Möglichkeit, sich künftig im Rahmen dieser Thematik verstärkt auf operativer Ebene einzubringen. Wie erläutert wurde, stellt die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine der größten Gefahren für die internationale Sicherheit dar. Um die Proliferation von Nuklearwaffen, Trägersystemen und Gütern, die zur Erstellung von Massenvernichtungswaffen dienen, verhindern zu können, ist für die nahe Zukunft vorstellbar, dass die EU gemeinsame Aktionen mit Einbindung militärischer Komponenten planen wird. Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein und die dafür erforderlichen Schritte für die Ausbildung und den Einsatz zeitgerecht setzen zu können, muss sich das BMLVS/ÖBH ständig mit dem komplexen Themenbereich Rüstungskontrolle befassen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Ernst-Christoph Meier, Klaus-Michael Nelte, Heinz-Uwe Schäfer (2006): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, 6. vollst. überarb. Aufl. Hamburg: Mittler, S.7.
- 2) Götz Neuneck, Reinhard Mutz (Hrsg.): Vorbeugende Rüstungskontrolle, Nomos Verlag, Baden-Baden 2000, S.19.
- 3) Vgl. Götz Neuneck, Christian Mölling: Die Zukunft der Rüstungskontrolle. 1. Auflage, Nomos Verlag, Baden-Baden 2005, S.202.
- 4) Vgl. Rudolf Hecht: Studien aus Lehrveranstaltungen der Landesverteidigungsakademie und des Instituts für Politikwissenschaften. Wien: Landesverteidigungsakademie Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 2005,10). S.1.
- 5) Ebenda.
- 6) Vgl. Alexander Siedschlag: Jahrbuch der europäischen Sicherheitspolitik. Nomos Verlag, Baden-Baden 2006/07, S.20.

- 7) Vgl. Joachim Krause: Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die weltpolitische Transformation. München: Oldenbourg 1998, S.49.
- 8) Vgl. Harald Müller, Niklas Schömig, Hans-Joachim Schmidt, Simone Wisotzki: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. 1. Aufl. Nomos Verlag, Baden-Baden 2006, S.176f.
- 9) Ebenda, S.177.
- 10) Ebenda.
- 11) Vgl. Wichard Woyke (2008): Handwörterbuch Internationale Politik, 11. Aufl. Verlag Barbara Budrich, S.442.
- 12) Vgl. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/Atomwaffen-mpi.html>, 15.2.2011.
- 13) Vgl. Anton Eischer (2005): Nukleare Proliferation - sicherheitspolitische Herausforderung und Neuorientierung, Diplomarbeit, S.68ff.
- 14) Vgl. http://ifsh.de/ISAR/pdf/wp_15.pdf, 18.3.2011.
- 15) Vgl. Neuneck/Mölling, Zukunft der Rüstungskontrolle, a.a.O., S.193.
- 16) Ebenda, S.194.
- 17) Vgl. http://www.dpg-physik.de/veroeffentlichung/stellungnahmen/mem_abruest_2000.html, 21.1.2011.
- 18) Vgl. <http://m.fid.de/artikel/50081007.xml?v=2.0>, 21.1.2011.
- 19) Vgl. Anton Eischer (2005): Nukleare Proliferation - sicherheitspolitische Herausforderung und Neuorientierung, Diplomarbeit, S.104.
- 20) Vgl. <http://www.ctbto.org/>, 13.10.2010.
- 21) Vgl. http://www.dgvm.de/index.php?=-487&no_cache=1&type=98, 13.10.2010.
- 22) [http://www.unog.ch/80256EE600585943/\(httpPages\)/6286395D9F8DABA380256EF70073A846?OpenDocument](http://www.unog.ch/80256EE600585943/(httpPages)/6286395D9F8DABA380256EF70073A846?OpenDocument), 25.10.2010.
- 23) Vgl., Sven Bernhard Gareis, Johannes Varwick: Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen. 3. aktual. und erw. Aufl. Leske + Budrich, Opladen 2003, S.153.
- 24) Vgl. Götz Neuneck: Vorbeugende Rüstungskontrolle, 1. Aufl. Nomos Verlag, Baden-Baden 2000, S.376.
- 25) Vgl. <http://www.un.org/sc/1540/>, 16.10.2010.
- 26) Vgl. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N01/557/43/PDF/N0155743.pdf?OpenElement>, 18.10.2010.
- 27) Vgl. Dirk Schriefer, Schriefer-Sandner-Rudischhauser: 50 Jahre Internationale Atomenergie-Organisation IAEA. 1. Aufl. Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, S.10.
- 28) Vgl. <http://www.iaea.org/>, 18.10.2010.
- 29) Vgl. Schriefer, a.a.O., S.58f.
- 30) Sicherungsnorm, Art. 3, Abs. 1 NPT.
- 31) Vgl. Volker Rittberger, Bernhard Zangl: Internationale Organisationen - Politik und Geschichte; Europäische und Weltweite internationale Zusammenschlüsse; Leske + Budrich, Opladen 2003, S.215.
- 32) 1988 gerät die BRD in den Verdacht nukleare Materialien an Pakistan geliefert zu haben, sie verschärft in der Folge ihre Exportkontrollen.
- 33) Vgl. Rittberger/Zangl, a.a.O., S.217.
- 34) Vgl. <http://www.bits.de/public/articles/nw.htm>, 15.2.2011.
- 35) Vgl. Neuneck/Mölling, Zukunft der Rüstungskontrolle, a.a.O., S.91.
- 36) Vgl. <http://www.bmeia.gv.at/index.php?id=75308>, 19.10.2010.



Mag. phil Günter Greimel

Geb. 1962; Ministerialrat; 1981 Eintritt in das ÖBH. Dienst im LWSR 34, PzStbB 9 und KdoIE als UO. Ausbildung zum JgZgKdt in Saalfelden; 1986/87 und 1998/99 Auslandseinsätze; Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien; 2001 Versetzung zur Abteilung Militärpolitik des BMLVS; seit 2004 zuständig für den Themenbereich Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen in der Abteilung Militärpolitik des BMLVS. Delegationsmitglied in der österreichischen Delegation bei allen relevanten internationalen Tagungen zum Themenbereich. Schwerpunkt 2011 war u.a. die Ausformulierung, Ausarbeitung eines Memorandum of Understanding über die strukturierte Zusammenarbeit des BMLVS mit der in Wien ansässigen „Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization“.